



Interkulturelle Woche 2008

Teilhaben - Teil werden!
Woche der ausländischen Mitbürger

INHALT

1 GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2008

2 GRUSSWORT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2008

Ján Figel', Europäische Kommission

TEILHABEN – TEIL WERDEN!

3 Über Unterschiede kann man lachen, über Ungleichheit nicht
Andreas Lipsch

5 Menschenrechte und Interkulturalität
Prof. Dr. Heiner Bielefeldt

7 Irreguläre Migration in europäischer Perspektive
Weihbischof Dr. Josef Voß

11 Auf dem Weg zu einer gemeinschaftlichen EU-Migrationspolitik?
Volker Roßocha

13 Die Qual der Wahl für Optionskinder
Das reformierte Staatsbürgerschaftsrecht birgt Probleme
Canan Topçu

14 Deutschkenntnisse sind im Ausland zu erwerben
Hiltrud Stöcker-Zafari

15 Ein Fahrplan für Integration: Der nationale Integrationsplan
Dr. Doris Dickel

17 »Leben in der Illegalität«
Das Katholischen Forum zum Bericht des Bundesministeriums
des Innern »Illegal Aufhältige Migranten in Deutschland«

ZUM WELTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE

19 Der junge Migrant
Ansprache von Papst Benedikt XVI.

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

21 Teilhaben – Teil werden!
Predigt von Monsignore Wolfgang Miehle

23 Dein Volk ist auch mein Volk!
Predigt von Pfarrer Jürgen Quandt

26 Meditation über Lukas 18, 1-8
Im Abschiebungsgewahrsam Berlin-Köpenick
Pfarrer Bernhard Fricke

27 Frankfurter Seligpreisungen

27 Fürbittengebet

28 Psalmgebet in der Abschiebungshaft
Pfarrer Bernhard Fricke

29 Liturgievorschlag für einen Gemeindegottesdienst
innerhalb der Interkulturellen Woche 2008
Pfarrer Peter Oldenbruch

ZUSAMMENLEBEN MIT MUSLIMEN VOR ORT – BEISPIELE UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

31 »Man muss Gast des anderen sein, um ihn zu verstehen«
Wie sich Christen und Muslime im Bistum Essen begegnen
Weihbischof Franz Vorrath

33 Die »Kirche im Dorf« und die Moschee vor der Haustür.
Wenn Religion sichtbar wird ...
Dr. Christoph Dahling-Sander

35 »Zum ersten Mal seit den Tagen des Propheten ...«. Zum Offenen Brief von 138 muslimischen Gelehrten an die Christen
Karl-Josef Kuschel

37 Tag der Offenen Moschee
Nurhan Soykan

38 Karfreitag: Christen und Muslime besuchen sich
Tobias Laufs

39 Kirchenführer für Muslime
Dr. Haringke Fugmann

39 Julia liebt Romeo
Barbara Janocha

41 Fastenbrechen in der Freiburger Straßenbahn
Kemal Türk

BEISPIELE UND ANREGUNGEN

42 Hier wo ich lebe, will ich wählen
Ioanna Zacharaki

43 Die eigene Zukunft in die Hand nehmen
Nachdenken über eine Utopie: Wie interkulturell wird
Deutschland in zehn Jahren sein? • Stefan Herceg

44 Koptisch, katholisch, muslimisch, buddhistisch
Die Gruppe Mosaik vereint Menschen unterschiedlicher
Religionen und Herkünfte • Anne Hoffmann

45 Alle Deutschen tragen Lederhosen?
Stereotype und Vorurteile im Kindergarten und was man
dagegen tun kann • Petra Wagner

47 Die Sadteilmütter von Neukölln
In Berlin nehmen Türkinnen die Integration ihrer Landsleute
selbst in die Hand • Svenja Bergt

48 Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus
und Gewalt – Beispiele

50 Memorandum gegen Rassismus zeigt Handlungsmöglichkeiten
auf • Johannes Brandstätter

51 Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus • Petra Albert

53 »HINGUCKEN!« – Ein Landesprogramm soll die Zivilgesellschaft
stärken • Cornelia Habisch

54 3-2-1 Mut!
Das Projekt Empowerment des Verbandes binationaler
Familien und Partnerschaften in Leipzig • Siri Pahnke

55 Irreguläre Einwanderung: Sieben Anstöße, mit der Realität
umzugehen • Johannes Brandstätter

57 AUSSTELLUNGEN, AKTIONEN UND MATERIALHINWEISE

60 Bestellformular

61 Impressum

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN /

WOCHEN DER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER 2008

»Teilhaben – Teil werden!« lautet das Motto der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger. Es knüpft an eine Glaubenseinsicht an, die im Neuen Testament in die Worte gefasst ist: »So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen, ein Bau, erbaut auf dem Grund der Apostel und Propheten, in dem Jesus Christus der Schlussstein ist« (Epheser 2, 19f). Der Epheserbrief möchte deutlich machen, dass auch die ehemaligen Nicht-Juden, also Heiden nach damaligem Sprachgebrauch, genauso wie die ehemaligen Juden, die zum Glauben an Jesus Christus gefunden haben, in gleicher unteilbarer Weise zur Kirche Jesu Christi gehören. Jenseits aller Unterschiede von Herkunft, Geschlecht, sozialer Schicht und kultureller Verschiedenheit sind sie durch Jesus Christus zu einem gemeinsamen Bauwerk zusammengefügt. Ebenso haben auch heute Christen und Christinnen unabhängig von ihrer nationalen oder kulturellen Herkunft Teil an der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft derer, die sich zu Jesus Christus als ihrem Herrn und als Heiland der Welt bekennen.

Dieses Bekenntnis zu Jesus Christus schließt immer schon den Glauben an den Schöpfergott und Vater Jesu Christi ein, der jeden Menschen als sein Ebenbild geschaffen und ihn mit gleicher Würde ausgestattet hat. Gott hat alle Menschen zum Mitwirken und zur Teilhabe an seiner guten Schöpfung berufen. Die Kirchen sind in besonderer Weise aufgerufen, die ihnen anvertrauten Gaben dafür einzusetzen, dass auch diejenigen, die von der Teilhabe ausgeschlossen sind, die Möglichkeit erhalten, ein Leben in Würde zu führen. Bereits in dem »Gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht« von 1997 heißt es dazu: »Es gilt, gesellschaftliche und politische Voraussetzungen zu schaffen, damit das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein und eine gerechte Teilhabe an den Gütern dieser Erde möglichst umfassend zum Tragen kommt.«

Seit langem werben die Kirchen in Deutschland um die Einsicht, dass nur volle Teilhabe

die Grundlagen schafft, um gleichberechtigt Anteil an der Entwicklung unseres Gemeinwesens nehmen zu können. Mittlerweile wird von breiten gesellschaftlichen Kreisen die Überzeugung geteilt: Deutschland ist ein Zuwanderungsland und bleibt auf Zuwanderung angewiesen. Zuwanderung und Integration sind Begriffe, die gegenwärtig die politische und gesellschaftliche Diskussion bestimmen. Mit dem Nationalen Integrationsplan, mit der Einrichtung der Deutschen Islamkonferenz und mit anderen Maßnahmen haben die Bundesregierung und viele Länderregierungen aner kennenswerte Integrationsanstrengungen unternommen, die sich vor allem an die bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten richten. Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist ein deutliches Zeichen für den Integrationswillen. Auch wenn der Erwerb der Staatsbürgerschaft an klare Kriterien gebunden sein muss, so sollte er doch nach Möglichkeit aktiv gefördert und unterstützt werden.

Integration beginnt am ersten Tag; dies gilt auch für Flüchtlinge. Kontakte zwischen der Bevölkerung und den neu Ankommenden müssen ermöglicht werden. Die Unterbringung von Flüchtlingen in einer so genannten Erstaufnahmeeinrichtung sollte deshalb, wenn sie überhaupt nötig ist, so kurz wie möglich sein. Denn sie isoliert die Ankommenden, statt ihnen Kontakte zu ermöglichen. Auch Flüchtlinge haben das Bedürfnis nach Kommunikation und einen Anspruch auf Teilhabe, selbst wenn zu Beginn ihres Aufenthaltes nicht feststeht, ob sie dauerhaft bleiben können. Von der gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Menschen, die seit vielen Jahren mit einer bloßen Duldung bei uns leben, ist bisher erst eine vergleichsweise geringe Zahl der potentiell Begünstigten erreicht worden. Diese Regelung sollte deshalb möglichst großzügig umgesetzt werden. Neue Regelungen im Bereich des Ehegattennachzugs haben bisher nicht wie beabsichtigt Zwangsehen verhindert. Vielmehr besteht die Gefahr, dass dadurch der Nachzug von Ehepartnern oder Ehepartnerinnen und damit das Recht auf Familieneinheit in menschlich schwer erträglicher Weise eingeschränkt werden. Ebenso nachdrücklich, wie sie dem Miss-

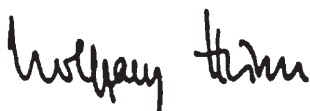
stand arrangierter Ehen entgegentreten, setzen die Kirchen sich für den Schutz von Ehe und Familie ein.

Mit dem Motto »Teilhaben – Teil werden!« reiht sich die Interkulturelle Woche auch in das EU-Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 ein. Blicken wir auf den europäischen Kontext, in den auch Deutschland immer stärker durch eine verbindliche Gesetzgebung eingebunden ist, erfüllt uns die Entwicklung des Flüchtlingsschutzes mit Sorge. Denn es erscheint so, als ob sich Europa seiner Verantwortung für Flüchtlinge in erheblichem Umfang entziehe und diese umso stärker den Staaten in armen Teilen der Welt aufbürde. Erschreckende Bilder von Menschen, die bei dem Versuch ertrunken sind, das europäische Festland zu erreichen, stoßen sich scharf mit den christlich-abendländischen Grundwerten von Freiheit, Menschenwürde und Unverletzbarkeit der Person, wie sie dem europäischen Einigungsprojekt zugrunde liegen und im Entwurf eines Grundlagenvertrags der Europäischen Union festgehalten sind. Viele von denen, die es dennoch schaffen, die europäischen Außengrenzen zu überwinden, verzichten oft auf die geringen Chancen, die ihnen engherzige Asylverfahren bieten. Stattdessen wächst die Zahl derer, die einen Weg des Überlebens ohne Papiere in Europa suchen. Ohne jeglichen Nachweis ihrer Identität führen zu können, sind diese Menschen in ihrer Würde besonders bedroht.

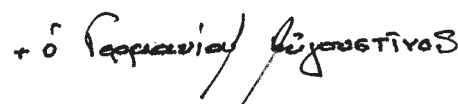
Damit sind nur einige der Themen angesprochen, die bei den zahlreichen Gottesdiensten und Veranstaltungen in der Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturellen Woche Anlass für Gebete, Gegenstand gemeinsamen Nachdenkens und Stoff für Diskussionen sein werden. Wir danken allen, die seit Jahren durch ihr vielfältiges Engagement für die Chancengleichheit und volle Teilhabemöglichkeiten von Migranten und Flüchtlingen eintreten und die auf diese Weise die Glaubenswahrheit aus dem Epheserbrief in die gesellschaftliche Wirklichkeit übersetzen: »So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.«



Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Bischof Dr. Wolfgang Huber
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland



Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit von Deutschland

GRUSSWORT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2008

DAS EUROPÄISCHE JAHR DES INTERKULTURELLEN DIALOGS

In Europa hat sich viel verändert während der letzten Jahre. Mehrere Erweiterungsrunden, die zunehmende Mobilität der Bürger innerhalb der Europäischen Union und ein wachsender Austausch mit den Ländern außerhalb Europas beeinflussen unsere Gesellschaft: Das Ausmaß wechselseitigen Einflusses zwischen den verschiedenen Kulturen, Sprachen, ethnischen Gruppen und Religionen wächst. Im 21. Jahrhundert steht Europa einer neuen Herausforderung gegenüber: der Schaffung einer »interkulturellen« Gesellschaft, die ihre Basis in einem von Offenheit und gegenseitigem Respekt geprägten Dialog findet.

Dieser Dialog zwischen den Kulturen spielt eine elementare Rolle bei der Entstehung engerer Bindungen zwischen uns Europäern, aber auch mit Völkern jenseits unserer Grenzen. Deshalb hat die Europäische Kommission mit Unterstützung des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und allen Mitgliedstaaten das Jahr 2008 zum »Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs« erklärt. Zu seinen Zielen gehört es, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den interkulturellen Dialog zu richten und insbesondere bei jungen Menschen hierfür das Bewusstsein zu schärfen. Schließlich soll das Jahr allen europäischen Staatsbürgern und allen in der EU wohnenden Menschen helfen, im täglichen Leben von der reichen kulturellen Vielfalt zu profitieren, die eine der großen Stärken Europas ist. Über eine bloße Koexistenz hinaus brauchen wir einen Schritt hin zum Zusammenleben.

Zum interkulturellen Dialog gehört zwingend auch die Dimension der Religion, des Glaubens und der philosophischen Überzeugung; sie stellt einen wichtigen Teil des kulturellen Hintergrunds und der Identität der Mitmenschen in der EU dar. Mit der zunehmenden kulturellen und religiösen Vielfalt Europas steigt auch die Bedeutung des interreligiösen Dialogs für den interkulturellen Dialog.

Welche Rolle spielen die Kirchen und Religionen im Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs? Während der Vorbereitung haben Kirchen und Glaubensgemeinschaften ein starkes Interesse am Europäischen Jahr und an der Pflege des interkulturellen Dialogs innerhalb ihrer Gemeinschaften gezeigt. Vertreter von Kirchen und Glaubensgemeinschaften arbeiten daran, ihren gemeinsamen Bemühungen

öffentlich Ausdruck zu verleihen und konkrete Verpflichtungen einzugehen, um den interkulturellen Dialog zwischen religiösen Gemeinschaften und weltlichen Vereinigungen zu fördern. Insbesondere Jugendorganisationen und ihre jeweiligen Netzwerke stellen ein wichtiges Forum für die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Gemeinschaften dar. Die Europäische Kommission hat für das Europäische Jahr 2008 einen Bottom-up-Ansatz gewählt, um anhand erfolgreicher Beispiele zu zeigen, dass Aktivitäten auf lokaler Ebene auch innerhalb religiöser Gemeinschaften häufig die besten Resultate hervorbringen.



Für den Erfolg des Europäischen Jahres sind meines Erachtens zwei Elemente von besonderer Bedeutung: Einerseits sollte die Debatte über die Kulturen Europas und der Welt in das tägliche Leben der Menschen integriert werden. Andererseits sollten wir eine Kultur des Dialogs pflegen, die auf Kenntnis des Anderen und auf gegenseitiger Achtung basiert. Es ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von menschlicher Reife, sich mit seinen eigenen Ansichten der Kritik Anderer zu stellen. Die EU hat sich immer dafür eingesetzt, gute Voraussetzungen für eine Kultur des Dialogs und der Toleranz zu schaffen. Die Union steht allen religiösen Gemeinschaften mit großem Respekt gegenüber und erkennt deren wichtige Rolle für unsere Gesellschaften an. Bereits seit den achtziger Jahren haben die Präsidenten der Europäischen Kommission den Dialog über die europäische Integration mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften gepflegt. Dieser Dialog hat zwei Ziele: erstens soll er das Wissen der Religionen und Glaubensgemeinschaften um die Bedeutung der europäischen Integration fördern; zweitens soll er es den EU-Institutionen ermöglichen, von den Sichtweisen religiöser und anderer Gemeinschaften in Bezug auf die politischen und sozialen Perspektiven zu lernen.

Religionen spielen eine wesentliche Rolle bei der Pflege europäischer und universaler Werte wie Toleranz, gegenseitigem Respekt und Meinungsfreiheit. Diese Werte sind Teil unserer geistigen und spirituellen Entwicklung als Individuen und sollten auf jede denkbare Art gepflegt werden. Erziehungs- und Bildungsfragen innerhalb religiöser Gemeinschaften oder anderer Glaubensgemeinschaften spielen dabei eine wesentliche Rolle für die Förderung von Wissen, Offenheit und Respekt gegenüber anderen Überzeugungen.

Ich möchte die Träger der Interkulturellen Woche zu ihren Aktivitäten auf dem Gebiet des interkulturellen und interreligiösen Dialogs beglückwünschen. Diese Interkulturelle Woche ist eine von der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie getragene Initiative, die viele Menschen auf lokaler Ebene, in den Städten und Stadtvierteln, mit einbezieht. Dort sollte der Dialog unbedingt gefördert werden, wollen wir eine Debatte über die kulturelle Vielfalt und die aktive Teilhabe der Menschen am täglichen Leben anstoßen. Es ist unser Wunsch, eine weltoffene und aktive Unionsbürgerschaft zu fördern. Deshalb lautet der Slogan des Europäischen Jahres für den interkulturellen Dialog: »Vielfalt gemeinsam leben«.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen eine fruchtbare und frohe Interkulturelle Woche!



Ján Figel' ist Kommissar der Europäischen Kommission für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend.

ÜBER UNTERSCHIEDE KANN MAN LACHEN, ÜBER UNGLEICHHEIT NICHT

DAS PLAKAT 2008

Andreas Lipsch

■ Zwerge sehen Sie an. Und wir schauen aus der Vogelperspektive auf das Plakat zur Interkulturellen Woche 2008. Amüsiert? Oder eher irritiert?

Am Gartenzwerg scheiden sich die Geister schnell. Schon bei seiner Geburt waren nicht alle nur entzückt über diesen deutschen »Hartbrandwichtel«, wie der Gartenzwerg unter Juristen genannt wird. Seit er 1872 im thüringischen Gräfenroda in die serienmäßige Produktion ging, wurde er ebenso begeistert gesammelt wie beißend verspottet. Aber weder der Zorn ernsthafter Gartenarchitekten noch der erbitterte Streit unter Nachbarn konnten seine Einwanderung in deutsche Vorgärten verhindern. Der Höhepunkt seiner Karriere fiel übrigens in die Zeit der ersten Anwerbung sogenannter Gastarbeiter/innen Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre. Seitdem zählt er zu den meistgenannten Klischees über Deutschland. »Deutsche haben Gartenzwerge.« Etwa nicht?

WIR SIND UNTERSCHIEDLICH VERSCHIEDEN

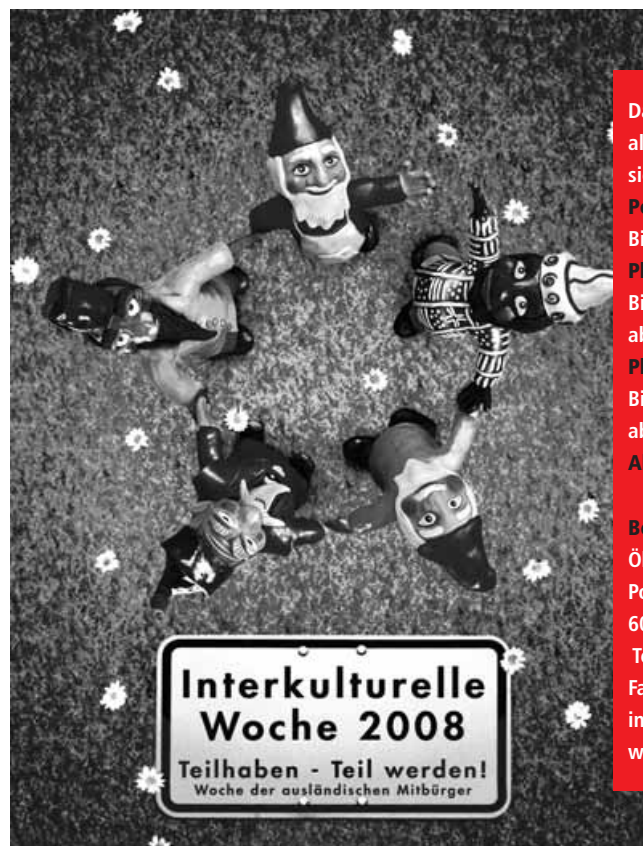
Sagen wir mal so: Dass Deutsche Zwerge in ihre Gärten stellen, ist ungefähr genauso wahr, wie die Vermutung zutrifft, dass Muslime Bärte haben, Türken Fez tragen und Schwarze so gemütvoll dreinschauen wie Onkel Tom. Natürlich sind das alles Klischees. Wer an ihnen vermeintliche kulturelle Unterschiede festmacht, läuft Gefahr, den Anderen auf eine Andersartigkeit festzulegen, die gar nichts mit ihm zu tun hat. »Kulturalisierung« wird das geschimpft. Schwarze sind..., Türk(inn)en

tragen..., Muslime haben... und Deutsche immer Gartenzwerge. Das ist ganz offensichtlich Unsinn. Andererseits: In Deutschland gibt es auch heute noch 25 Millionen Gartenzwerge, und es gibt Muslime mit Bärten, und Chinesen, die wie Chinesen aussehen. Es gibt sie, die kulturellen und religiösen Unterschiede. Und wer sie lieber verschweigt, um bloß nichts falsch zu machen, wird leicht farbenblind, versteht sein Gegenüber miss oder gar nicht, und vereinnahmt ihn oder sie zu schnell, was wiederum »Assimilation« gescholten wird. Wir sind verschieden, heute allerdings unterschiedlich verschieden. Ein muslimischer Freund zum Beispiel, der gerade baut, hat sich fest vorgenommen, einen Gartenzwerg vor sein fertiges Eigenheim zu stellen. Im Ernst! Ob er das nun ironisch meint, oder nur ich das komisch finde, das habe ich noch nicht herausgefunden.

Mit alledem spielt das diesjährige Plakat zur Interkulturellen Woche: Mit den Klischees, indem es sie bis ins Alberne überzeichnet. Mit den realen Unterschieden und den Unterscheidungen, die wir machen. Und mit der kulturellen Melange und den Mehrfachidentitäten, die in der Einwanderungsgesellschaft entstehen. Aus dem homogenen deutschen Gartenzwerg ist eine heterogene multikulturelle Zwergengesellschaft geworden.

HUMOR UND IRONIE SIND ALS INTEGRATIONSMOTOREN NOCH KAUM ENTDECKT

Wenn wir uns jetzt noch von einigen Wissenschaftlern daran erinnern lassen, dass der deutsche Gartenzwerg eine Zuwanderungsgeschichte hat, eigentlich nämlich aus Kappadokien in Mittelanatolien stammt, wo er vor 700



Das Motiv »Gartenzwerge« ist als Postkarte und als Plakat (vierfarbig, siehe Titelseite) erhältlich.

Postkarte:

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €

Plakat DIN A3:

Bis 9 Expl. 0,40 €, ab 10 Expl. 0,30 €, ab 100 Exemplare 0,20 €

Plakat DIN A2:

Bis 9 Expl. 0,80 €, ab 10 Expl. 0,50 €, ab 100 Exemplare 0,40 €

Alle Preise zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

■ Das Motiv »Gartenzwerge« gewann den ersten Platz beim Plakatwettbewerb zur Interkulturellen Woche 2008. Entwickelt wurde es von einer Gruppe von Studierenden der European School of Design in Frankfurt/M.
Kontakt: study@europeanschoolofdesign.eu

Jahren zum ersten Mal gesehen wurde, dann scheinen diese Gartenzwerge mit Migrationshintergrund die These von Ranjit Hoskote und Ilija Trojanow zu bestätigen. Die beiden – Kulturkritiker der eine, Schriftsteller der andere – behaupten nämlich, dass sich Kulturen nicht bekämpfen, sondern zusammenfließen. Der Kampf der Kulturen könne darum getrost abgesagt werden. Genau das haben die fünf Zwerge längst getan. Sie kämpfen nicht, sie beargwöhnen sich nicht, sie leben und arbeiten zusammen. Vor allem aber: Sie lachen. Übereinander? Auf jeden Fall miteinander. Und vielleicht ja sogar ein bisschen über sich selbst. Das wäre besonders sympathisch. Denn Humor und Ironie sind als Integrationsmotoren noch kaum entdeckt. Auch im Nationalen Integrationsplan werden sie leider nicht genannt. Eine Ausnahme ist der Erziehungswissenschaftler Thomas Eppenstein, der am Ende seiner hochgelehrten Promotion über interkulturelle Pädagogik schreibt: »Zur Vollenendung käme interkulturelle Kompetenz ... in solchen Momenten, in denen wir ... miteinander lachen könnten; auch übereinander – das wäre eine ideale Verständigungsgemeinschaft und vollendete Integration.«¹

Fünf Zwerge lachen uns an. Sie ermutigen uns, ein Teil zu werden dieser gut gelaunten Verständigungsgemeinschaft. Da hinten rechts haben sie schon Platz gemacht und winken. Wir aber zögern.

UNGLEICHHEIT IST NICHT ZUM LACHEN

Das real existierende interkulturelle Zusammenleben in Deutschland ist weniger lustbetont und humorvoll als auf diesem Bild. Da fehlt es oft an Ironie, dafür gibt es zu viel Verbissenheit. Warum das so ist? Ich glaube nicht, dass wir nicht über Unterschiede lachen könnten. Dass es trotzdem so selten passiert, liegt wohl eher daran, dass diese fünf unterschiedlichen Zwerge im wirklichen Leben nicht gleich behandelt werden. Im Einwanderungsland Deutschland haben sie nämlich nicht die gleichen Rechte und nicht dieselben

Chancen. Der mit dem schwarzen Bart zum Beispiel darf seine Frau nicht zu sich ziehen lassen, solange sie nicht in Kappadokien Deutsch gelernt hat. So bestimmt es das deutsche Zuwanderungsgesetz. Und sein Sohn darf, wenn er 21 wird, nicht Deutscher bleiben, wenn er, wie sein Vater, auch Türke sein möchte. Der afrikanische Zwerg ist nur geduldet. Eigentlich sollte er gar nicht hier sein, obwohl er schon seit 18 Jahren hier lebt und arbeitet. Und wenn er in der U-Bahn von Nazis angepöbelt wird, tun die Mitfahrenden so, als sei er tatsächlich nicht da. Den Chinesen gibt es offiziell gar nicht, weil er keine Aufenthaltspapiere hat. Seine Kinder können nicht die Schule besuchen, und wenn sie krank sind, kann er sie nicht zum Arzt bringen wie sein deutscher Nachbar. Und das, obwohl er seit Jahren und zur Zufriedenheit ihrer Besitzer deutsche Vorgärten in Ordnung hält. Er liest auf dem weißen Schild nicht »Teil haben – Teil werden!« sondern immer noch das althergebrachte »Betreten verboten!« Alle drei dürfen weder wählen noch mitbestimmen.

Diese gesetzlich verordnete Ungleichheit ist nun wirklich nicht zum Lachen. Es bleibt also noch einiges zu tun, bis wirklich alle was zu lachen haben. Gerade in diesem und dem nächsten Jahr, wo Tausende hier aufgewachsener junger Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft eine davon abgeben sollen. Warum? Warum sollen sie nicht dasselbe Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, das für EU-Bürger mittlerweile selbstverständlich ist? Es bleibt noch viel zu tun, damit alle Menschen dort wählen und mitbestimmen können, wo sie wohnen und arbeiten. Wer meint, die Hürden für eine Einbürgerung immer höher legen zu müssen, muss dann eben wieder konfrontiert werden mit der Frage nach einem kommunalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Mit der gesetzlichen Bleiberechtsregelung haben Gesetzgeber und Behörden zu wenig getan. Noch weniger als von vielen befürchtet werden tatsächlich bleiben dürfen. Und gerade, wenn das allen deutlich werden wird, nämlich spätestens Ende nächsten Jahres, läuft die gesetzliche Härtefallregelung aus. Niemand hat das bei der Novelle des Zuwanderungsgesetzes bedacht und dafür gesorgt, dass Härtefallkommissionen zu einer dauerhaften Einrichtung werden. Es bleibt noch viel

zu tun, bis das Grundrecht auf Schutz der Familie für alle gleichermaßen gilt. Noch wird es regelmäßig verletzt, wenn nachziehenden Ehegatten zugemutet wird, zuvor einen Deutschkurs hinter den sieben Bergen, sagen wir mal im iranischen Hinterland zu absolvieren. Sie werden nie kommen können, und das nimmt der deutsche Gesetzgeber in Kauf. Bei Abschiebungen werden regelmäßig Familien getrennt, als sei die Würde von Menschen eine abwägbare Sache. Genau das aber ist sie nicht, und sie darf um keinen Preis dazu gemacht werden.

ALLE GLEICH – ALLE VERSCHIEDEN

Nach jüdisch-christlicher Überzeugung ist die Menschenwürde ein Gottesgeschenk, das niemand antasten darf. Und weil Gott jedem Menschen diese Würde zugesprochen hat, haben auch alle Rechte, unabhängig von Herkunft, Nationalität und Aufenthaltsstatus. Alle gleich und alle verschieden, so hat Gott die Menschenfamilie gedacht und gemacht. Erst wenn das auch politische und gesellschaftliche Wirklichkeit geworden ist, haben alle was zu lachen. So wie die fünf unterschiedlichen und gut gelaunten Zwerge, die Deutschland sein könnten, genauso wie der englische Rasen, auf dem sie stehen, und die staatenlosen Gänseblümchen.

Noch steht vor vielen Wiesen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft »Betreten verboten«. Nutzen wir die Interkulturelle Woche und die interkulturellen Monate, die vor uns liegen, um möglichst viele davon abzuschrauben. Ersetzen wir sie durch das ungleich schönere Motto: »Teilhaben – Teil werden!«. Dann werden wir noch viele solcher humorvollen Verständigungsgemeinschaften erleben, in denen alle und aus eigener Erfahrung wissen: Über Unterschiede kann man lachen, über Ungleichheit nicht.

■ Kontakt: Pfarrer Andreas Lipsch
Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau
Ederstr. 12, 60486 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 79 47 226
Fax: 069 / 79 47 99 226
andreas.lipsch@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de
Andreas Lipsch ist stellvertretender Vorsitzender des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses.

¹ Thomas Eppenstein: Einfalt der Vielfalt? Interkulturelle pädagogische Kompetenz in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt/M. 2003: S. 317

MENSCHENRECHTE UND INTERKULTURALITÄT

Prof. Dr. Heiner Bielefeldt

Die Europäische Union hat das Jahr 2008 zum Jahr des Interkulturellen Dialogs erklärt. Machen wir uns nichts vor: Wenn von Interkulturalität die Rede ist, geht es derzeit fast immer hauptsächlich um den Islam und das Zusammenleben mit Muslimen. Dabei dominieren schon seit längerem skeptische Töne. Auch hinter dem vor einigen Jahren gängig gewordenen Slogan, die multikulturelle Gesellschaft sei gescheitert, steckt in erster Linie ein Unbehagen gegenüber dem Islam, das nicht selten in offene Ablehnung umschlägt. Dass »islamophobe« Tendenzen in der Europäischen Union weit verbreitet sind, haben Berichte des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia belegt. Diesen Tendenzen entgegenzuwirken, ist eine große Herausforderung des interkulturellen Dialogs.

Den Menschenrechten kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zu. Sie gehören einerseits zum Selbstverständnis Europas und sorgen andererseits dafür, dass Europa pluralistisch – auch kulturell und religiös pluralistisch – bleibt. Die Europäische Menschenrechtskonvention bildet ein wichtiges Referenzdokument europäischer Politik und Rechtsprechung. Sie ist 1950 im Rahmen des Europarats entstanden, der mit derzeit 47 Mitgliedsstaaten – darunter auch die islamisch geprägte Türkei – einen viel größeren Raum umspannt als die Europäische Union. Darüber hinaus gibt es seit 2000 eine eigene EU-Grundrechtscharta, die im kommenden Jahr förmlich in Kraft treten soll.

Unter den Menschenrechten verstehen wir jene grundlegenden Rechte, die jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zukommen. Sie sind als universale Rechte nicht abhängig von persönlichen Vorleistungen, gesellschaftlichen Funktionen oder Statuspositionen – auch nicht von kultureller Anpassungsbereitschaft oder Staatsangehörigkeit. Ihren tragenden Grund bildet die Menschenwürde, die jedem Menschen gleichermaßen zusteht.



Inhaltlich geht es in den Menschenrechten um Freiheitsansprüche. Jeder einzelne Mensch soll die Möglichkeit haben, seinen je persönlichen Lebensweg – für sich selbst und in Gemeinschaft mit Anderen – zu finden, nach den eigenen Überzeugungen zu leben und dies ggf. auch öffentlich zu bekunden. Eine den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft kann daher nur eine pluralistische Gesellschaft sein, die um der gleichberechtigten Selbstbestimmung der Menschen willen die Vielfalt der Überzeugungen, Lebensweisen, Sprachen und kulturellen Prägungen wertschätzt. Die Menschenrechte stehen insofern gegen alle Tendenzen, der Europäischen Union eine hegemoniale Leitkultur einzuziehen oder sie gar als einen exklusiven »Christenclub« zu definieren. Ein den Menschenrechten verpflichtetes Europa wird vielmehr ein Europa sein müssen, in dem sich auch kulturelle und religiöse Minderheiten heimisch und zugehörig fühlen können; dass dazu auch die in den EU-Staaten ansässigen Muslime zählen, sollte sich von selbst verstehen.

Nun wird gegenüber dem Islam immer wieder vorgebracht, dass er mit den Menschenrechten unvereinbar sei. Dieser Einwand macht sich insbesondere am Geschlechterverhältnis fest. Weitere Vorwürfe beziehen sich auf den Umgang mit Andersgläubigen und innerislamischen Minderheiten, denen in einer islamisch geprägten Gesellschaft bzw. in islamisch dominierten Milieus

jede Entfaltungschance und manchmal sogar das Lebensrecht abgesprochen werde. Wie sind solche Vorbehalte zu bewerten, und wie soll man sich dazu verhalten? Vier Aspekte möchte ich kurz skizzieren:

1. DIE KULTURKRITISCHE KOMPONENTE DER MENSCHENRECHTE

Dass die Menschenrechte in Spannung zu konservativen oder gar fundamentalistischen Strömungen innerhalb des Islams stehen, ist zweifellos richtig. Diese Spannung gilt es zur Kenntnis zu nehmen; auf keinen Fall sollte sie zugunsten eines vordergründig guten interkulturellen Gesprächsklimas heruntergespielt werden. Grundsätzlich gilt, dass der emanzipatorische Anspruch der Menschenrechte kulturkritische Wirkungen entfaltet und die Bereitschaft zu kulturellem Wandel einfordert – und natürlich auch Grenzen interkultureller Toleranz markiert.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings ein Gebot der Ehrlichkeit und Fairness klarzustellen, dass die kulturkritische Komponente der Menschenrechte sich nicht primär oder gar ausschließlich auf kulturelle Minderheiten bezieht. Auch die christlichen Kirchen in Europa hatten und haben ihre Schwierigkeiten mit internem Pluralismus, mit der Gleichberechtigung der Geschlechter oder mit der Akzeptanz sexueller Minderheiten. Die katholi-

sche Kirche musste einen langen Weg zurücklegen, ehe sie auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil die Religionsfreiheit eindeutig anerkannte. Und für die europäischen Gesellschaften insgesamt gilt, dass sie beispielsweise im Umgang mit Flüchtlingen vor großen menschenrechtlichen Herausforderungen stehen. Es ist deshalb falsch, den Eindruck zu erwecken, die europäischen Mehrheitsgesellschaften hätten die menschenrechtliche Aufklärung bereits hinter sich, die dem Islam pauschal noch bevorstehe.

2. DIE INTERKULTURELLE ÜBERSETZBARKEIT DES MENSCHENRECHTSANSPRUCHES

Immer wieder stößt man auf die Gleichsetzung der Menschenrechte mit »westlichen Werten«. Häufig geschieht dies in der Entgegensetzung zum Islam. Nun ist es zwar historisch korrekt, dass Menschenrechte zunächst in Westeuropa und Nordamerika formuliert und politisch wirksam geworden sind. Aus diesem historischen Faktum abzuleiten, dass Menschenrechte konstitutiv an den kulturellen Horizont des »Westens« gebunden seien, wäre jedoch ein Kurzschluss.

Ihren sachlichen Ursprung haben die Menschenrechte in Erfahrungen strukturellen Unrechts, auf das Menschenrechte – mit ihrem Anspruch auf Freiheit und Gleichberechtigung – eine spezifisch moderne politische Antwort geben. Im Blick auf Unrechtserfahrungen ist die Idee der Menschenrechte von vornherein für interkulturelle Übersetzungsprozesse offen. Menschenrechte lassen sich zwar weder aus der Bibel noch aus dem Koran einfach »ableiten«. Denn sie stellen eine moderne Rechtsfigur dar, die in den Grundschriften der Religionen so noch nicht vorkommt. Das den Menschenrechten innewohnende Gerechtigkeitspathos lässt sich aber sowohl mit der Bibel als auch mit dem Koran oder auch mit anderen Quellen religiöser und kultureller Traditionen in Verbindung bringen. Eine Person kann als Christin, als Jude, als Bahá'í oder als Muslima für die Menschenrechte eintreten und sich zugleich der eigenen religiösen Tradition verbunden wissen. Dass von den Menschenrechten her gleichzeitig Impulse für eine Veränderung religiöser und kultureller Selbstverständnisse ausgehen, ist schon gesagt worden.

3. DIE NOTWENDIGKEIT EINES KOMPLEXEN ISLAMBILDES

Die Kontroverse über Islam und Menschenrechte findet oft in einer geradezu weltfremden Abstraktheit statt. Es geht immer wieder um die theoretische »Möglichkeit«, ob Muslime denn überhaupt in der Lage sind, in einer den Menschenrechten verpflichteten demokratischen Gesellschaft zu leben. Dabei ist diese immer wieder in Frage gestellte Möglichkeit in Europa doch längst praktische Wirklichkeit geworden: Es ist eine schlichte Tatsache, dass viele Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund – Strenghläubige, weniger Gläubige, Orthodoxe und Volksreligiöse, Zweifler und Gleichgültige – seit langem in den demokratisch verfassten Gesellschaften Europas leben, arbeiten, sich heimisch fühlen, ihre Kinder großziehen und gelegentlich auch an öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen.

Die in den meisten Fällen undramatische Normalität muslimischen Lebens kommt in der öffentlichen Islamdebatte viel zu wenig zu Wort. Der Grund dafür dürfte darin bestehen, dass die, natürlich nicht zu akzeptierenden, Erscheinungsformen von Fundamentalis-



mus oder einer religiös motivierten Gewaltbereitschaft als besonders symptomatisch für den Islam angesehen werden, dessen »wahres Wesen« sich darin zeige. Die vielfältigen Formen muslimischen Lebens und muslimischen Selbstverständnisses drohen auf diese Weise in den Schatten des vermeintlich »eigentlichen« Islams zu geraten, der nach wie vor ungebrochen mit Fanatismus, Autoritarismus und Militanz assoziiert wird.

Ein angemessenes Bild des Islams und der Vielfalt muslimischen Lebens in Europa zu gewinnen und zu vermitteln, wäre eine wichtige Aufgabe des interkulturellen Dialogs. Und nur durch Begegnung und Gespräch kann erfahrbar werden, dass muslimische und nicht-muslimische Nachbarn einander so fremd in aller Regel gar nicht sind.

4. DIE KRITIK AN EINER FALSCHEN ISLAMFIXIERUNG IN DER AKTUELLEN INTEGRATIONSDEBATTE

Während man in den 1980er Jahren etwaige kulturelle Interessen der – wie man damals in Deutschland noch sagte – »Gastarbeiter« kaum zur Kenntnis genommen hatte, hat man sich seit den 1990er Jahre zunehmend daran gewöhnt, die Migrationsbevölkerung vor allem in ihrer kulturellen und religiösen »Besonderheit« wahrzunehmen. Dies ist Fortschritt und Rückschritt zugleich. Die falsche Ignoranz von damals ist mittlerweile durch eine ebenso falsche, weil einseitige Fixierung auf Kultur und Religion ersetzt worden. Dies wieder führt dazu, dass die vielen offenkundigen Probleme der Integrationspolitik, deren Ursachen vielfältig sein können, vorschnell als Ausdruck kulturell-religiöser »Fremdheit« interpretiert werden – so als sei beispielsweise die Konzentration von finanziell zu meist schlechter gestellten Menschen mit Migrationsgeschichte in bestimmten sozialen Brennpunkten nicht etwa primär eine Folge der Wohnungsmarktentwicklung, sondern Ausdruck einer strategisch geplanten Landnahme zum Zweck der Errichtung einer »islamischen Parallelgesellschaft«.

Die Fixierung der Integrationsdebatte auf den Islam führt nicht nur zu Fehlwahrnehmungen, sondern setzt auch problematische Signale für die praktische Politik. So besteht die Gefahr,



dass beispielsweise der zweifellos gebotene Einsatz zugunsten verbesserter Chancen von Frauen und Mädchen aus Migrationsfamilien unter der Hand zum Kulturkampf gegen den Islam gerät. Eine weitere Folge der Islamfixierung besteht darin, dass auch den Unfrommen, Gelegenheitsfrommen oder religiös Gleichgültigen unter der türkischen oder arabischen Migrationsbevölkerung von vornherein eine muslimische Identität zugeschrieben wird. Sie müssen deshalb erleben, dass sie in Talkshows und politischen Anhörungen durch die Vorsitzenden von Moscheegemeinden repräsentiert werden sollen, mit denen sie vielleicht gar nichts zu tun haben möchten.

Ein interkultureller Dialog muss die existierende Vielfalt menschlicher Selbstverständnisse und Lebensentwürfe zum Ausgangspunkt nehmen. Ein an den Menschenrechten orientierter interkultureller Dialog wird deshalb immer auch die »Grenzgänger« einbeziehen müssen: Frauen und Männer mit uneindeutigen Identitäten, Konvertiten und Dissidentinnen sowie Minderheiten in-

nerhalb der Minderheiten. Der interkulturelle Dialog weitet sich auf diese Weise zum Polylog.

■ Kontakt: Prof. Dr. Heiner Bielefeldt
Deutsches Institut für Menschenrechte
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
Tel.: 030 / 25 93 59-0
info@institut-fuer-menschenrechte.de
www.institut-fuer-menschenrechte.de
Prof. Dr. Heiner Bielefeldt ist Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Das Motiv »Schrift« – erarbeitet von einer Gruppe von Studierenden der European School of Design in Frankfurt/M. – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2008 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

IRREGULÄRE MIGRATION IN EUROPÄISCHER PERSPEKTIVE

Weihbischof Dr. Josef Voß

■ Wirft man einen Blick auf die Ursachen für den Anstieg irregulärer Migration, stellt man fest, dass sich die internationalen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verändert haben. Seit dem 2. Weltkrieg hat die rechtliche Differenzierung zwischen politischen Flüchtlingen und freiwilligen (Arbeits-)Migranten die Praxis gegenüber Zuwanderern geprägt. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass diese rechtliche Unterscheidung den Realitäten nicht mehr gerecht wird. Viele Menschen fliehen vor Umständen, die von den Flüchtlingsschutzabkommen nicht erfasst sind, wie wirtschaftlicher Not und Perspektivlosigkeit, Naturkatastrophen und anderen mehr. In so genannten »gemischten Migrationsströmen« ist es schwierig, zwischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen zu unterscheiden. Obwohl sich die Rahmenbedingungen geändert haben, ist das Recht dieser Entwicklung bisher nicht gefolgt. Im Ergebnis steigt die Rate der irregulären Migranten an, obwohl nach wie vor in absoluten Zahlen letztere die Mehrheit stellen.

Die Dimensionen des Phänomens liegen naturgemäß weitgehend im Dunkeln, je nach Schätzverfahren liegen sie zwischen 21 und 40 Millionen irregulären Migranten weltweit, das wären etwa 15-20 % der weltweit 175 - 200 Millionen Migranten insgesamt. Der Anteil der irregulären Migration an den gegenwärtigen Wanderungsbewegungen wird auf 30 % geschätzt, die Internationale Agentur für Migration IOM vermutet für die Industriestaaten sogar 50 %. In Europa geht man davon aus, dass jedes Jahr zwischen 400.000 und 800.000 irreguläre Migranten einreisen und sich insgesamt zwischen 5,5 und 8 Millionen bereits hier aufhalten, etwa 10 % aller Migranten in Europa. Der überwiegende Anteil reist vermutlich legal mit einem Visum ein und taucht dann in die Illegalität ab. Am sichtbarsten ist die illegale Einreise an den Seegrenzen im Atlantik und im Mittelmeer: 2006 wurden beispielsweise in Italien 16.000 Menschen registriert, die mit Booten über das Meer kamen (eine Versechsfachung gegenüber 2005), auf

den Kanarischen Inseln über 30.000. Wie viele bei diesem waghalsigen Unternehmen ihr Leben verlieren, ist unbekannt. Die Regionalregierung der Kanaren spricht von 6.000, die allein 2006 umkamen. Hilfsorganisationen befürchten wegen der immer gefährlicheren Routen, die durch die FRONTEX-Einsätze notwendig werden, weiter steigende Zahlen. In den Nachbarregionen der EU halten sich womöglich mehrere Millionen Menschen auf, die auf eine Gelegenheit warten, den Sprung zu wagen. Die dortigen Staaten sind im komplexen Migrationsgeschehen also gleichzeitig Transit-, Herkunfts- und sogar Zielstaaten für diejenigen, die letztlich dort bleiben.

HUMANITÄRE UND POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Schon diese kurzen Schlaglichter machen die immensen humanitären und auch politischen Herausforderungen deutlich. In einer globalisierten und interdependenten Welt können sie nur bewältigt werden, wenn der Umgang mit irregulärer Migration in ein kohärentes Konzept der Migrationspolitik eingebunden ist. Dazu gehören neben dem Grenzschutz und dem Umgang mit bereits eingereisten irregulären Migranten Konzepte, die die Ursachen irregulärer Migration angehen:

die schwierigen, manchmal unerträglichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in den Herkunftsländern, die äußerst restriktiven Bedingungen legaler Arbeitsmigration und nicht zuletzt der faktisch immer weiter eingeschränkte Zugang zu Asylverfahren in Europa.

In Europa wurden aus der Erkenntnis, dass die Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik begrenzt sind, in den letzten Jahren zahlreiche Regelungskompetenzen im Bereich der Migrationspolitik auf die Europäische Union verlagert, die damit zu einem wichtigen Akteur in diesem Feld geworden ist. Es lohnt also, einen Blick auf die zentralen Elemente europäischer Politik und die aktuellen Überlegungen zu werfen und diese kritisch zu hinterfragen. Jede Politik bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld verschiedener, teilweise widersprüchlicher Anforderungen: Die Kontrolle der Grenzen ist ein Kernbereich nationaler Souveränität (der in Europa durch das Schengen-Abkommen nur verlagert, nicht aber aufgegeben wurde), so dass von einer effizienten Kontrolle des Zugangs zum Staatsgebiet auch die Glaubwürdigkeit von Migrationspolitik insgesamt abhängt. Gleichzeitig sind die Staaten internationale Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte eingegangen, die auch

Foto: B. Geiger, Verlag Ralf Liebe

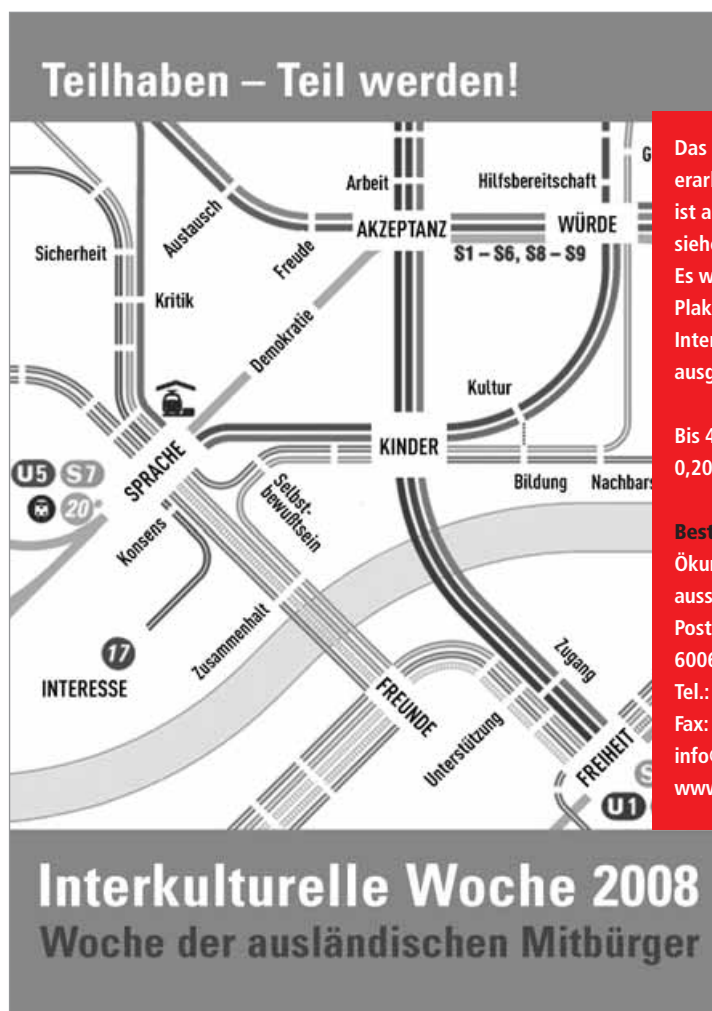


das Wertefundament demokratischer Rechtsstaaten darstellen. Wie kann also die Zugangskontrolle zum Staatsgebiet so gestaltet werden, dass menschenrechtliche Standards und die Verpflichtungen zum Flüchtlingsschutz eingehalten werden? Wie können die teilweise sehr unterschiedlichen Interessen innerhalb der Staaten und der Staaten untereinander ausbalanciert werden? Und nicht zuletzt: Welche Perspektiven und Chancen eröffnen die derzeit diskutierten Konzepte für die betroffenen Menschen, die nicht zur Manövriermasse oder zum Faustpfand in politischen Verhandlungen werden dürfen?

Die EU-Kommission sieht die Bekämpfung der irregulären Migration als Kernstück der gemeinsamen Migrationspolitik. Dieser Gedanke, der letztlich alle Überlegungen motiviert, greift aber zu kurz, um Lösungen zu finden, die auch den Menschen gerecht werden. So gerät beispielsweise die Frage der sozialen Rechte derjenigen, die bereits ohne Aufenthaltstatus in Europa leben, in Gefahr, allzu sehr in den Hintergrund zu treten. Dennoch scheint sich inzwischen auch bei der Kommission die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass irreguläre Migration in freiheitlichen Gesellschaften nie völlig zu verhindern ist.

ANFRAGEN AN KONZEPTE ZIRKULÄRE MIGRATION

Unklar ist bisher auch, wie sich bilaterale Abkommen zur legalen Entsendung von Arbeitskräften auf die irreguläre Migration ausgewirkt haben. Als Beispiel sei hier nur die inzwischen intensive Diskussion um Konzepte »zirkulärer Migration« genannt. Durch die Ausgestaltung bereits bestehender Migration soll nicht nur ein Ventil geschaffen, sondern sollen auch die Ursachen für irreguläre Migration angegangen werden. Da im Wohlstandsgefälle ein wichtiger Grund für irreguläre Migration vermutet wird, wird in diesem Kontext auch der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung aufgegriffen: Durch die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung in den Herkunftsländern der Migranten sollen auch dort Arbeitsplätze entstehen, die für junge Menschen Perspektiven eröffnen, sich auch in ihrer Heimat ein angemessenes Einkommen zu verdienen. Die Vermutung, eine Entwicklung der



Das Motiv »S-Bahnnetz« – erarbeitet von Imke Thiele – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2008 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Herkunftsländer führe zu einer schnellen Reduzierung der Auswanderung, ist allerdings nicht belegt – es gibt sogar Hinweise, dass eine Entwicklung in derzeit sehr armen Regionen zunächst zu einer Steigerung der Migrationsraten führen wird, wenn mehr Menschen als bisher die Ressourcen für eine Wanderung nach Europa aufbringen können. Allenfalls langfristig (und hier spricht man von Jahrzehnten) erscheint es realistisch, die erhofften Effekte erreichen zu können. Auch über diese grundsätzliche Anfrage an das Konzept hinaus müssen wir als Kirche die Frage stellen, wie Migration ausgestaltet werden muss, damit tatsächlich die behauptete »triple-win-Situation« mit Vorteilen für die europäischen Staaten, die Herkunftsländer und nicht zuletzt die Migranten selbst entstehen kann. Dazu muss ein zeitgemäßes Instrumentarium zur Ausbalancierung von Interessen entwickelt werden. Anders als dies beispielsweise beim Rotationsprinzip der Gastarbeiter-Ära oder bei den Vertragsarbeitern der DDR vorgesehen war, müssen die Migranten, sollen sie denn nach ihrer Rückkehr einen posi-

tiven Einfluss auf die Entwicklung ihrer Länder haben, in die Lage versetzt werden, in Europa entsprechende Kompetenzen zu erwerben. Die Ausstattung mit wesentlichen Rechten ist dabei ein entscheidender Aspekt. Darüber hinaus dürfen Konzepte nicht zu einer Instrumentalisierung der Menschen und ihrer Anstrengungen führen. Man muss daran erinnern, dass Menschen trotz aller Regelungen und Anreize nicht immer so reagieren, wie es vorgesehen ist: Lebenswege sind nur begrenzt vorhersehbar und planbar und ein gewisser Anteil von zunächst »zirkulären« Migranten wird in Europa bleiben wollen. Auch ist Vorsicht geboten, die Wirkung von Entwicklungsprogrammen zu überschätzen: Wäre der Erfolg von Entwicklungspolitik an Brüsseler oder Berliner Schreibtischen planbar, würden wir vermutlich diese Diskussion nicht führen. Weitere Fragen möchte ich hier nur andeuten: Wie kann sichergestellt werden, dass Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern nicht zu einer weiteren Einschränkung des Flüchtlingsschutzes führen? Nach welchen Kriterien werden diejenigen ausgewählt, die in den

Genuss von Regelungen kommen? Für welche Dauer sollen die Menschen Aufenthalt- und Arbeitserlaubnisse bekommen? Wenn wir hier über Zeiträume von mehreren Jahren sprechen (in der Diskussion werden immer wieder drei bis fünf Jahre genannt), welche Möglichkeiten zum Mitreisen von Familienangehörigen wird es geben? Wird es gewisse Mindeststandards bei Lohn und Sozialleistungen (wie Krankenversicherung, dem Erwerb von Rentenansprüchen usw.) geben? Wie können Arbeitnehmerrechte geschützt werden – beispielsweise wenn Aufenthaltserlaubnisse an bestimmte Arbeitgeber gebunden sind, die so auf unbequeme Arbeitnehmer großen Druck ausüben können? Wie sehen die Verfahren aus, mit denen eine Rückkehr der Arbeitnehmer in ihre Herkunftsländer gesichert und in manchen Fällen wohl auch erzwungen wird – ist dabei sichergestellt, dass die Menschenrechte und der Schutz eventuell in Europa gegründeter Familien gesichert sind?

Und nicht zuletzt: Welche Auswirkungen werden die Programme auf die Herkunftsländer der Migranten haben – hier seien nur die Stichworte brain-drain oder brain-circulation genannt. Es soll nicht verschwiegen werden, dass die meisten der hier nur angerissenen Fragen auch in den Dokumenten und ersten Konzepten der EU-Kommission gestellt werden. Allerdings erscheinen mir die entwicklungspolitischen Erwägungen in der Gesamtschau bisher zu kurz zu kommen – hier wird man sicher noch genauer die Auswirkungen und möglichen Effekte abzuwägen haben. Es ist zudem – und das nur als letzte Bemerkung an dieser Stelle – auffällig, dass in diesem Zusammenhang von Seiten der EU die Frage fairer Bedingungen in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nicht thematisiert wird.

DIE PRAXIS DER GRENZBERWACHUNG UND DER FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Die Erfahrungen in einem anderen für uns wichtigen Feld – dem Flüchtlingsschutz – lassen allerdings eine gewisse Skepsis aufkommen, dass diese Fragen auch bei der Entwicklung und Umsetzung konkreter Maßnahmen nicht in Vergessenheit geraten.

In allen offiziellen Dokumenten bekennt sich die EU-Kommission klar zu

ZUR SITUATION VON FLÜCHTLINGEN IN GRIECHENLAND



Oktober 2007, DIN A4, 44 Seiten,
5,00 Euro pro Ex., ab 10 Ex. 4,50 Euro,
jeweils zzgl. Versandkosten

PRO ASYL und die griechische Vereinigung der Rechtsanwälte für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten haben schwere Menschenrechtsverletzungen in Griechenland recherchiert und dokumentiert.

Im Sommer und Herbst 2007 haben Vertreter von PRO ASYL und der griechischen Rechtsanwältvereinigung mit mehr als 100 Flüchtlingen, Vertretern der griechischen Küstenwache sowie der Behörden gesprochen und verschiedene Haftlager auf den Inseln Lesbos, Chios und Samos besucht.

Die Ergebnisse haben die Stiftung PRO ASYL und der Förderverein PRO ASYL in der ausführlichen Dokumentation »The truth may be bitter, but it must be told« veröffentlicht.

Zu beziehen über:
Förderverein PRO ASYL
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.
Fax: 069/23 06 50

den humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, sie erklärt sogar die Einhaltung der Menschenrechte und die Demokratisierung zur Grundlage ihrer Außenpolitik. Der Beitritt potentieller Vertragspartner zu internationalen Menschenrechtsabkommen wird als eine wichtige Bedingung für künftige Vereinbarungen und Verträge genannt. Selbst das Konzept der Kommission zur Bekämpfung irregulärer Einwanderung hebt ausdrücklich hervor, dass die Grundrechte irregulärer Einwanderer »geschützt und [sogar] gefördert« werden müssen. Jede Einschränkung müsse nicht nur notwendig sein, sondern auch im Einklang mit der Charta der Grundrechte und anderen internationalen Verpflichtungen stehen. Auch in den so genannten »gemischten Migrationsströmen« müsse das individuelle Recht auf Asylsuche »in vollem Umfang« beibehalten werden. Die Union selbst setzt hier also – zu Recht! – einen sehr hohen Maßstab, an dem sich Europa messen lassen muss. Trotz dieser hehren Worte tobt zwischen den Mitgliedsstaaten ein teilweise erbitterter Streit über die »Lastenverteilung« bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Obwohl als Folge der rechtlichen und technischen Maßnahmen der letzten Jahre immer weniger Flüchtlinge den

Weg nach Europa finden, haben die Staaten offenbar eine Wahrnehmung großer Bedrohung entwickelt. Als Beispiel sei Kommissar Frattini erwähnt, der sich durch den Vorschlag hervorgetan hat, zur finanziellen Bewältigung der Aufgaben den Solidaritätsfonds der EU auszubauen. Bemerkenswert ist das deshalb, weil dieser Fonds bisher ausschließlich zur Unterstützung von Mitgliedsstaaten vorgesehen ist, die von Naturkatastrophen betroffen sind.

Ob die EU in ihrer Praxis der Grenzüberwachung dem eigenen Anspruch an Flüchtlingsschutz gerecht wird, erscheint mir keinesfalls sicher. Auch hier möchte ich nur einige Fragen formulieren, die sicher im Laufe der Tagung noch eingehender zur Sprache kommen werden:

Wie sind beispielsweise die Verhandlungen (oder gar bereits abgeschlossene bilaterale Rücknahmeabkommen) mit nordafrikanischen Staaten wie Libyen mit der Bedingung zu vereinbaren, diese Staaten müssten internationalen Abkommen zum Flüchtlingsschutz beitreten sein? Wie kann das Recht auf Asylsuche »im vollen Umfang« beibehalten werden, wenn Flüchtlinge Europa nicht erreichen und die Nachbarstaaten, mit denen Rücknahmeabkom-

men abgeschlossen wurden, keine Asylverfahren kennen? Offenbar verstoßen auch europäische Staaten gegen das strikte Refoulment-Verbot der Genfer Flüchtlingskonvention – in Griechenland ist beispielsweise für Flüchtlinge kein rechtsstaatliches Asylverfahren gesichert, es gibt sogar ernst zu nehmende Berichte, dass die griechische Küstenwache Flüchtlinge vor türkischen Inseln buchstäblich wieder ins Meer geworfen hat.

Auch die Etablierung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX und vor allem ihre Praxis werfen drängende Fragen auf – warum kommt trotz der oben geschilderten Selbstverpflichtung der EU der Aufgabenkatalog und die Selbstdarstellung von FRONTEX ohne jeglichen Bezug zu den Betroffenen

aus? Warum wird nicht einmal auf dem Papier der Flüchtlingsschutz erwähnt, wenn doch in öffentlichen Reden gern betont wird, die Seepatrouillen dienten nicht zuletzt zur Rettung von Menschenleben? Auch ist es offenbar in der Praxis von FRONTEX keinesfalls sichergestellt, dass in den gemischten Migrationsströmen im Sinne der GFK schutzbedürftige Personen Zugang zu einem fairen und transparenten Verfahren erhalten. Es ist zu bezweifeln, dass sich diese Zustände bessern werden, wenn Staaten wie Libyen oder Weißrussland womöglich mit der Durchführung solcher Verfahren betraut werden.

Der gegenwärtige Stand der Diskussion über die Konzepte, mit denen dem Phänomen der irregulären Zuwanderung begegnet werden soll, gibt mehr Anlass zu Fragen, als dass bereits die Antwort

gefunden wären. Die Kirche hat – gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen – die Verantwortung, in diesen Debatten für die individuellen Rechte der Menschen einzutreten. Menschen dürfen nicht in erster Linie als Arbeitskräfte oder Faktoren in der Entwicklung ihrer Herkunftsstaaten gesehen oder gar instrumentalisiert werden. Wir müssen darauf achten, dass sie bei der Suche nach besseren Lebensbedingungen für sich und ihre Familien den notwendigen Schutz und Respekt genießen.

■ Impulsreferat von Weihbischof Dr. Josef Voß, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und des Katholischen Forums Illegalität, gehalten am 5. März 2008 bei der Jahrestagung »Irreguläre Migration in europäischer Perspektive« in der Katholischen Akademie Berlin.

AUF DEM WEG ZU EINER GEMEINSCHAFTLICHEN EU-MIGRATIONSPOLITIK?

Volker Roßocha

■ Andere Länder, andere Herausforderungen und Lösungen: So lassen sich die verschiedenen Migrationspolitiken der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschreiben. Während Deutschland über Jahrzehnte die Tatsache der Einwanderung ignoriert bzw. verleugnet hat und erst seit dem Jahr 2000 offener über Zuwanderung, Integration und die Steuerung der Erwerbstätigenzuwanderung diskutiert, haben Länder wie Großbritannien, die Niederlande oder Frankreich eine lange Tradition bei der Anwerbung und Aufnahme von Menschen aus Drittstaaten.

Im Fokus der Europäischen Union standen lange Zeit die Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten und ihre Möglichkeiten, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten. Vereinbart wurden Regelungen zum Aufenthalt, zum Sozialschutz oder auch zur Möglichkeit der Unternehmung, in anderen Ländern mit eigenen Arbeitskräften tätig zu werden. Im Jahr 2001 legte die Kommission – angesichts der Debatte über die demographische Entwicklung

– einen ersten Vorschlag für die künftige Gestaltung eines Systems zur Zuwanderung von Erwerbstätigen vor. Sie scheiterte mit diesem Versuch an den unterschiedlichen Interessen der Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Nach einer Phase, in der vor allem Regelungen für den Schutz von Flüchtlingen, für den Familiennachzug und den Aufenthalt von langfristig in der EU lebenden Drittstaatsangehörigen geschaffen wurden, widmete sich die Kommission 2005 wieder der Frage der Erwerbstätigenzuwanderung. Ein Konsultationsprozess wurde mit einem »Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration« eingeleitet. Die Ergebnisse mündeten im »Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung«, der im Dezember 2005 vorgelegt wurde.

Dieser Plan ist Grundlage für die Entwicklung unterschiedlicher Richtlinienentwürfe der Kommission. Gleichzeitig hat die Europäische Union nur eingeschränkte Kompetenzen im Bereich der Zuwanderung. Sie darf – auch nach dem neuen EU-Vertrag – zwar eine gemeinsame Einwanderungspolitik ent-

wickeln, die eine Steuerung der »Migrationsströme«, eine angemessene Behandlung von Drittstaatsangehörigen sowie die Verhütung und Bekämpfung illegaler Einwanderung gewährleisten soll. Dennoch bleibt festgeschrieben, dass die gemeinschaftliche Politik nicht das Recht der Mitgliedsstaaten beeinträchtigen darf, selbständig zu entscheiden, wie viele Drittstaatsangehörige als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einreisen dürfen.

Der Widerspruch, einerseits eine gemeinschaftliche Zuwanderungspolitik zu entwickeln, aber gleichzeitig die Rechte der Mitgliedsstaaten nicht anzutasten, prägt die im Oktober 2007 vorgelegten zwei Richtlinienentwürfe der EU-Kommission, denen in diesem Herbst noch weitere folgen sollen. Vorgelegt wurden

1. der Richtlinienvorschlag »über ein einheitliches Verfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Drittstaatsangehörige zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedsstaates und über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedsstaat aufhalten« (Rahmenrichtlinie) und



© Gerhard Mester

2. der Richtlinienvorschlag »über die Bedingungen für eine Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung« (EU Blue Card).

Kern der Rahmenrichtlinie ist das Verfahren zur Erteilung einer kombinierten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Das mit dem Zuwanderungsgesetz geschaffene One-Stop-Government, das nur noch ein behördeninternes Abstimmungsverfahren zwischen Ausländerbehörde und Arbeitsagentur vorsieht, stand wohl Pate bei den Überlegungen der Kommission. Gleichzeitig sollen – wie schon aus dem Titel ersichtlich – Mindestrechte für Drittstaatsangehörige geschaffen werden. Bei diesen allerdings bleiben offensichtlich die Antidiskriminierungsrichtlinien und verschiedene internationale Konventionen unberücksichtigt. So ist es den Mitgliedsstaaten beispielsweise erlaubt, den Zugang zu öffentlichem Wohnraum auf Drittstaatsangehörige zu beschränken, die sich schon länger als drei Jahre rechtmäßig im Land aufhalten und das Recht Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, kann auf Drittstaatsangehörige beschränkt werden, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. In der Folge könnten arbeitslos gewordene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Gewerkschaftseintritt gehindert werden.

Im Mittelpunkt der EU Blue Card-Richtlinie steht der Versuch, hochqualifizierten Beschäftigten die Einreise und den Aufenthalt in einem Mitgliedsstaat zu erleichtern. Nach einer Aufenthaltszeit von zwei Jahren soll die Weiterwanderungsmöglichkeit in einen anderen Mitgliedsstaat ermöglicht werden. Um dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung zu tragen, haben die Mitgliedsstaaten einerseits die Möglichkeit, eigenständig höhere Anforderungen an eine hochqualifizierte Beschäftigung zu stellen und eine Arbeitsmarktprüfung einzuführen. Dieses gilt auch bei der Weiterwanderung. Die im Aufenthaltsgesetz vorgesehene Arbeitsmarktprüfung und das Vorrangprinzip können somit bestehen bleiben. Die Bundesregierung hat schon deutlich gemacht, dass diese Regelung für sie von besonderer Bedeutung ist. Problematisch sind auch die Regelungen zum Entzug der Erlaubnis bei temporärer Arbeitslosigkeit, denn bereits nach dreimonatiger Erwerbslosigkeit kann der Status entzogen werden.

Fraglich ist, ob – angesichts der im neuen Aufenthaltsgesetz geforderten Sprachkenntnisse als Voraussetzung für den Ehegattennachzug – die Bundesregierung den in der Richtlinie enthaltenen Regelungen zum Familiennachzug zustimmt. Denn die EU-Kommission will, dass eine Verpflichtung zur Teilnahme an einem Sprachkurs nur nach der Einreise verlangt werden darf.

Die vorgelegten Entwürfe folgen dem Grundsatz der Steuerung der Zuwanderung nach dem jeweiligen aktuellen Arbeitskräftebedarf. Sie stehen damit im Gegensatz unter anderem zu den Vorschlägen der Süßmuth-Kommission zur Schaffung von Einwanderungsmöglichkeiten für Erwerbstätige mit ihren Familien über das so genannte Punktesystem. Und beide Entwürfe ermöglichen es den Mitgliedsstaaten, nach eigenen Maßstäben oder der jeweiligen Regierungspolitik, von den vorgesehenen Regelungen abzuweichen. Die Umsetzung der Richtlinien würde somit unterschiedliche Zuwanderungsbestimmungen zementieren, statt sie im Sinne der Menschen möglichst einfach zu gestalten.

Skepsis ist daher angebracht: Die Richtlinienentwürfe und die noch angekündigten Vorschläge ermöglichen zwar der Wirtschaft unter bestimmten Voraussetzungen ihren Fachkräftebedarf durch die Zuwanderung aus Drittstaaten zu decken, gleichzeitig aber schaffen sie weder Rechtsklarheit für die Einwandernden, noch die Möglichkeit, sich dauerhaft in der EU nieder zu lassen.

■ Kontakt: Volker Roßocha
DGB-Bundesvorstand
Postfach 110372, 10833 Berlin
Tel.: 030 / 24 06 03 42
volker.rossocha@dgb.de, www.dgb.de
Volker Roßocha ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

DIE QUAL DER WAHL FÜR OPTIONS KINDER

DAS REFORMIERTE STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT BIRGT PROBLEME

Canan Topçu

■ Noch weiß Emina nicht, wie sie sich entscheiden wird. Soll sie ihre kroatische Staatsbürgerschaft abgeben und den deutschen Pass behalten oder umgekehrt?

Im November wird die Gymnasiastin aus Frankfurt 18 Jahre alt. Und kaum dass sie volljährig geworden ist, wird sie Post von der Einbürgerungsbehörde bekommen und aufgefordert, sich bis zu ihrem 23. Lebensjahr zu entscheiden. Dass sie sich entscheiden muss, findet Emina »doof«. Denn sie findet, dass sie beides ist – Kroatin und Deutsche. Warum also nicht die Pässe beider Staaten behalten?

Die Tochter kroatischer Eltern ist eine von vielen so genannten Optionskindern, die sich der gesetzlich verordneten Qual der Wahl aussetzen müssen. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird den Optionskindern automatisch entzogen, wenn sie nicht bis Ablauf der Frist – eben dem 23. Lebensjahr – nachweisen können, dass sie auf ihre Herkunftsnationalität verzichtet haben.

Für die 17-jährige Emina hatte ihre Mutter im Jahr 2000 den Einbürgerungsantrag gestellt. Im Jahr der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts gab es eine Sonderregelung:

Kinder, die zwischen 1990 und 1999 geboren waren, konnten per Antrag von dem neuen Gesetz profitieren.

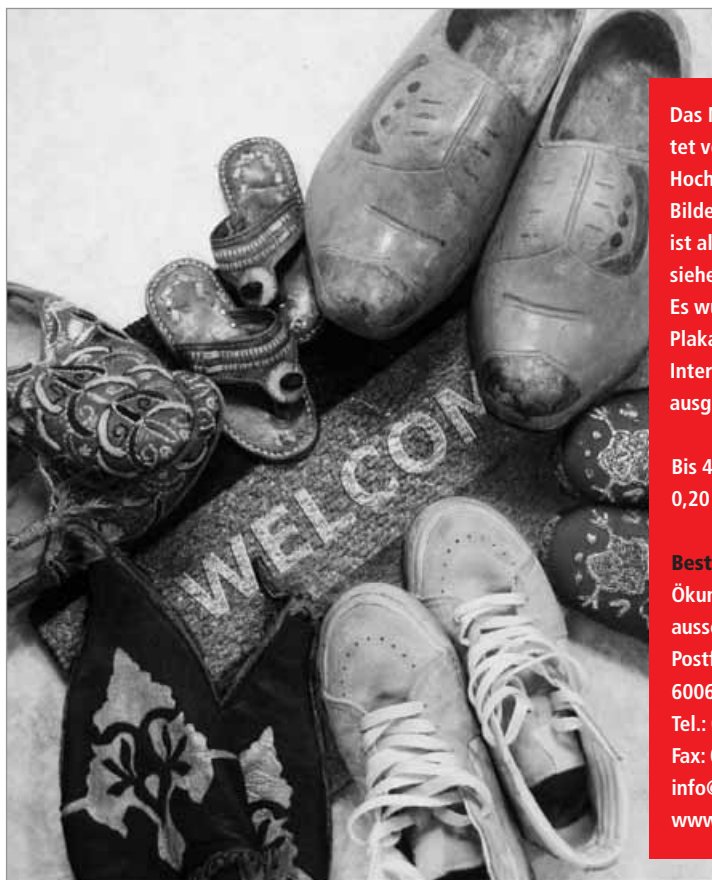
1999 hatte die rot-grüne Regierung die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Angriff genommen. Die Novelle sollte ein uraltes Reichsgesetz ablösen, das mit dem Jus Sanguinis (Blutrecht) die Nationalität eines Kindes an die Abstammung der Eltern band. Der Plan – wie in Frankreich – hier geborene Einwandererkinder automatisch zu Deutschen zu machen, scheiterte zunächst am Veto im Bundesrat. Dort hatten unionsregierte Länder nach der Anti-Doppelpass-Kampagne des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) eine Mehrheit.

Die FPD rettete der Reform mit dem Kompromiss »Optionsmodell« schließlich die Mehrheit.

Kernstück des unter der rot-grünen Regierung im Jahr 2000 reformierten Staatsbürgerschaftsrechts war die Einführung des Jus Soli. Demnach erhalten hier geborene Kinder von ausländischen Eltern unter bestimmten Voraussetzungen auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie sich dann für einen ihrer Pässe entscheiden. Schon bei der Einführung des »Optionsmodells« gab es Kritik daran. Streit gibt es jetzt auch in der großen Koalition, der Sinn der rot-grünen Reform wird bezweifelt: »Wir müssen sehr bald darüber nachdenken, ob das, was wir da vor acht Jahren beschlossen haben, nicht ein Irrweg war«, erklärte der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz zu Beginn des

Jahres. Er plädiert für einen »Abschied vom Optionsmodell« und steht mit dieser Forderung nicht allein da. Auch Grüne, Linkspartei und FDP fordern eine Generalüberprüfung der Optionsregel.

Im Laufe dieses Jahres werden rund 3.300 Jugendliche des Jahrgangs 1990 zu ihrem Geburtstag Post vom zuständigen Amt bekommen und belehrt, dass sie sich für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Betroffen vom Optionsmodell sind in den kommenden Jahren mehr als 300.000 Heranwachsende. Sie werden zur Aufgabe ihrer bisherigen Doppelstaatsangehörigkeit gezwungen sein. Von einer »Flut von rechtlichen und menschlichen Problemen« spricht daher der SPD-Innenexperte Wiefelspütz. Nicht anders sieht es auch der CDU-Vize-Fraktionsvorsitzende Wolfgang



Das Motiv »Schuhe« – erarbeitet von Vanessa Gowin, Freie Hochschule für Grafik Design & Bildende Kunst Freiburg e.V. – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2008 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss

Postfach 16 06 46

60069 Frankfurt/M.

Tel.: 069 / 23 06 05

Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

www.interkulturellewoche.de

INTERKULTURELLE WOCHE
Teilhaben - Teil werden! Woche der ausländischen Mitbürger

Bosbach: »Viele werden sich nicht entscheiden wollen und die Rechtsfolgen nicht klaglos akzeptieren«, erklärte er und warnte vor einer Prozesswelle.

Einig sind sich CDU und SPD in den Auswirkungen des Optionsmodells, aber nicht über die Lösung des Problems. Bosbach drängt auf eine Rückkehr zum alten Staatsangehörigkeitsrecht, also zur Abschaffung des Jus Soli, der deutschen Staatsbürgerschaft von Geburt an. Pragmatisch und ohne »un-

ideologische Überhöhung« solle man jetzt lieber über die doppelte Staatsbürgerschaft reden, empfehlen andere. Mehrstaatigkeit sei zwar keine Idealösung, aber auch bei weitem nicht der gesellschaftliche Weltuntergang, den einige da an die Wand malten, urteilen Sachverständige.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hingegen sieht »einen aktuellen Änderungsbedarf«. Ein Ende des Problems ist also nicht abzusehen. Und

wenn alles so bleibt wie bisher, dann wird sich Emina spätestens im November 2015 entscheiden müssen.

■ Kontakt: Canan Topçu
Frankfurter Rundschau, Redaktion Frankfurt
Walter-von-Cronberg-Platz 2-18
60594 Frankfurt/M.
C.Topcu@fr-aktuell.de
Canan Topcu ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

DEUTSCHKENNTNISSE SIND IM AUSLAND ZU ERWERBEN

Hiltrud Stöcker-Zafari

■ Viele Paare müssen leidvoll erfahren, dass sich ihre Planung, nach der Eheschließung zeitnah in Deutschland zusammen leben zu können, nicht realisieren lässt. Der Grund liegt in der Schwierigkeit, Deutschkenntnisse in einem anderssprachigen Umfeld und womöglich ohne professionelle Unterstützung zu erwerben:

»Ich bin deutscher Staatsbürger und habe meine Frau in Kuba geheiratet. Sie muss nun Deutschkenntnisse in Kuba nachweisen. Dies gestaltet sich jedoch recht schwierig: In Kuba gibt es bisher kein Goethe-Institut, auch keine

anderen Kursangebote. Ich habe bei meinem letzten Besuch Lehrmaterialien mitgenommen. Doch ohne professionelle Unterstützung ist das Lernen außerordentlich schwierig. Meine Frau hat nun ihre Arbeitsstelle aufgegeben, um einige Stunden am Tag Deutsch zu lernen. Damit wir überhaupt eine Chance haben, täglich wenigstens ein paar Minuten miteinander zu telefonieren, lebt meine Frau derzeit in Havanna. In ihrem Heimatort wäre das nicht möglich. Das Leben in Havanna ist aber extrem teuer und das bei einem monatlichen Durchschnittsverdienst von ca. 15-20 Euro. Außerdem versuchen wir per E-Mail und telefonisch (1 Min. kostet 0,80 Euro) zu üben.«

»Mein Mann, türkischer Staatsbürger, kann nicht einreisen, weil er zurzeit nicht den Nachweis von Deutschkenntnissen erbringen kann. Ein Deutschkurs erweist sich für ihn als sehr schwierig, da die nächste größere Stadt, in der es Kurse gibt, zwei Autostunden entfernt liegt. Die Kurse sind total überfüllt und immens teuer. Hinzu käme noch ein Verdienstausschlag für die Zeit, in der er diesen Kurs besucht – vorausgesetzt er käme in einen hinein.

Er versucht zwar, per Sprach-CD autodidaktisch die Sprache zu lernen, aber Sie können sich vorstellen, dass das nicht wirklich den gewünschten Effekt hat. Momentan denke ich, dass wir in absehbarer Zeit keine gemeinsa-



© Thomas Plafmann

me Zukunft haben werden. Das ist für mich sehr schwierig, da ich mit meinen 33 Jahren auch einen Kinderwunsch habe, den ich nun gezwungenermaßen erst einmal auf Eis legen muss.»

Seit Inkrafttreten der Änderungen im Zuwanderungsgesetz am 28. August 2007 müssen sich Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union auf einfache Art in Deutsch verständigen können, wenn sie zu ihren Ehegatten oder Verlobten nach Deutschland nachziehen wollen (§ 30 Abs. 1 und § 28 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz). Diese Regelung betrifft auch Ehegatten deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Können sie sich nicht auf einfache Art in Deutsch verständigen, so müssen sie nach den Anweisungen aus dem Bundesinnenministerium Deutschkurse im Herkunftsland besuchen und beim Goethe-Institut das Zertifikat Deutsch der Stufe A 1 erwerben. Die Anweisungen aus dem Bundesinnenministerium und die Praxis der Behörden sind noch restriktiver als es das Gesetz verlangt.

Viele Paare berichten, dass ein Antrag ohne einen entsprechenden Nachweis des Goethe-Instituts wegen Unvollständigkeit nicht entgegengenommen wird. D.h. sie erhalten oft nicht die Möglichkeit, vorhandene Deutschkenntnis-

se unter Beweis zu stellen. Sie sind somit gezwungen, erst Deutsch zu lernen, sich einer Prüfung zu unterziehen und dann den Antrag zu stellen. Damit wird der Ehegattennachzug, der sowieso zeitintensiv ist, noch weiter hinausgezögert und führt für die Paare zu einer noch längeren Trennungszeit mit entsprechenden finanziellen und psychischen Belastungen.

Ausgenommen von dieser Regelung sind Menschen, die in ihrem Herkunftsland ein Hochschulstudium absolviert haben oder auch jene, die zu EU-Bürgerinnen und -Bürgern nach Deutschland nachziehen wollen. Ausnahmen bestehen auch beim Nachzug zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus bestimmten Ländern, u.a. USA, Kanada, Australien, Republik Korea, Japan (vgl. § 41 Aufenthaltsverordnung) nach Deutschland.

Diese Regelungen sind diskriminierend. Sie erheben Hürden für Menschen aus bildungsfernen Familien und sehen Ausnahmen für bestimmte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vor. Es werden Grund- und Menschenrechte verletzt, daher sind die Regelungen wieder zurückzunehmen. Ohne Zweifel ist es sinnvoll, dass bereits vor der Einreise die Möglichkeit besteht, Deutsch zu

lernen. Dies darf jedoch nicht die zwingende Voraussetzung für den Familiennachzug nach Deutschland sein. Ohne hin lernt man eine Fremdsprache besser vor Ort. Eigens hierfür wurden Integrationskurse eingerichtet.

Was ist zu tun? Anhand von Fallbeispielen ist diese Forderung zu untermauern. Bitte dokumentieren Sie Ihnen bekannt gewordene Einzelfälle und schicken Sie diese an uns. Gebündelt sollen sie dem Gesetzgeber vorgelegt werden.

Darüber hinaus unterstützen Sie bitte Petitionen Einzelner an den Bundestag. Helfen Sie mit bei Formulierungen und sprechen Sie Abgeordnete vor Ort an. Machen Sie öffentlich, welche negativen Auswirkungen diese gesetzlichen Änderungen auf Paare und Familien haben.

■ Kontakt: Hiltrud Stöcker-Zafari
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 71 37 56-0
info@verband-binationaler.de
www.verband-binationaler.de

EIN FAHRPLAN FÜR INTEGRATION: DER NATIONALE INTEGRATIONSPLAN

Dr. Doris Dickel

■ Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Deshalb hat die Bundesregierung Integration zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Heute leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Dies ist fast ein Fünftel der Bevölkerung. In vielen deutschen Städten wird im Jahr 2010 die Hälfte der unter 40-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Heute schon stammt fast jedes dritte Kind unter fünf Jahren aus einer Zuwandererfamilie. Dieser Realität müssen sich Politik und Gesellschaft stellen.

Auf Einladung der Bundeskanzlerin fand deshalb am 14.7.2006 der 1. Nationale Integrationsgipfel statt. Bereits ein Jahr später, auf dem 2. Integrationsgipfel am 12.7.2007, wurde der Nationale Integrationsplan vorgestellt. Im Mittelpunkt des von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration koordinierten Prozesses steht die Integration der hier lebenden Menschen aus Zuwandererfamilien. Viele Migrantinnen und Migranten haben ihren Platz in der Gesellschaft gefunden und zur gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt Deutschlands beigetragen. Dennoch besteht gerade in Teilen der zweiten und dritten Generation z.T. erheblicher nachzuholender Integrationsbedarf.

Mit dem Nationalen Integrationsplan soll die Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen im Dialog mit Migrantengruppen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbänden, Vertretern von Wissenschaft, Kultur und Medien sowie Sportverbänden Schritt für Schritt verbessert werden. Von Oktober 2006 bis Ende März 2007 erarbeiteten über 360 Personen in zehn Arbeitsgruppen Berichte zu den Themenfeldern Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Integrationskurse, Erwerb deutscher Sprachkenntnisse über alle Bildungs- und Altersstufen hinweg, Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Integration vor Ort, Integration in der Bür-



© Thomas Plafmann

gesellschaft (Kultur, Medien, Sport, bürgerschaftliches Engagement und Wissenschaft). Die Bundesregierung, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände trugen mit eigenen Beschlüssen zum Nationalen Integrationsplan bei.

Entstanden ist ein »Fahrplan« mit ca. 400 Selbstverpflichtungen für die Integrationspolitik in den kommenden Jahren. Sein Ziel ist die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe der hier lebenden Migrantinnen und Migranten.

Die Zukunft unseres Landes hängt wesentlich vom Bildungsstand und der Qualifikation aller hier lebenden Menschen ab. Wir dürfen auf kein Talent verzichten. Gerade im Bildungs- und Ausbildungsbereich stehen wir aber weiterhin vor großen Problemen: Die Schulbildung von ausländischen Jugendlichen ist deutlich schlechter als die der deutschen Jugendlichen. Während rund 70 % der deutschen Schulentlassenen einen mittleren oder höheren Abschluss erzielen, gilt dies nur für gut 40 % der ausländischen Jugendlichen. Nicht einmal jeder Vierte macht eine Ausbildung, die Ausbildungsquote sinkt seit 1994.

Es liegt im elementaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, es liegt aber auch im Interesse der Jugendlichen selbst, dass

dieser gefährliche Trend gestoppt wird. Berufsausbildung ist die Ausgangsbasis für qualifizierte Beschäftigung, für beruflichen Aufstieg und somit auch für die gesellschaftliche Integration. Hierzu formuliert der Integrationsplan ein ganzes Bündel von staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen. Beispiele sind:

- der Ausbau von Ganztagschulen mit dem Ziel, die Zahl der Schulabbrecher mit Zuwanderungshintergrund zu reduzieren,
- die Öffnung der Ausbildungsbetriebe für Menschen mit Migrationshintergrund mit dem Ziel, den Negativtrend bei der Ausbildungsbeteiligung zu stoppen,
- die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft bei ausländischen Betriebsinhabern mit der Zusage, bis 2010 zehntausend neue Ausbildungsplätze zu schaffen,
- die Kampagne »Vielfalt als Chance« und die Unternehmensinitiative »Charta der Vielfalt«,
- das bundesweite Netzwerk »Bildungs- und Ausbildungspaten für Migrantinnen und Migranten«, das Sprachlern- und Lesepaten sowie individuelle Bildungsbegleitung und -beratung vermitteln und Betriebs-

inhaber mit Migrationshintergrund beim erstmaligen Einstieg in die duale Berufsausbildung unterstützen soll.

Wirtschaft und Politik müssen sich jetzt darauf konzentrieren, sichtbare Ergebnisse zu erreichen. Wenn wir es z.B. gemeinsam schaffen, im Herbst 2008 rund 15.000 mehr ausländische Jugendliche auszubilden, sind wir ein gutes Stück voran gekommen.

Bis Ende 2008 wird die Bundesregierung mit den am Nationalen Integrationsplan Beteiligten eine Zwischenbilanz zu seiner Umsetzung ziehen. Dann brauchen wir solche und andere sichtbare Ergebnisse. Dann müssen wir auf dem Weg zu mehr Integration ein sichtbares Stück vorangekommen sein.

■ **Kontakt:** Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Postfach, 11012 Berlin
Tel.: 01 888 / 400-1616
internetpost@integrationsbeauftragte.de
www.integrationsbeauftragte.de
Dr. Doris Dickel ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

LEBEN IN DER ILLEGALITÄT

DAS KATHOLISCHE FORUM ZUM BERICHT DES BUNDESMINISTERIUMS DES INNERN

»ILLEGAL AUFWÄLTIGE MIGRANTEN IN DEUTSCHLAND«

Der Bericht des Bundesministeriums des Innern geht auf den so genannten Prüfauftrag »Illegalität« zurück, der in die Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 aufgenommen wurde. Die Bearbeitung dieses Prüfauftrages erfolgte unter Federführung des Innenministeriums (BMI). Dabei wurden die Datenlage und Rechtslage illegal aufhältiger Migrantinnen und Migranten in Deutschland überprüft und mit der Rechtslage in verschiedenen europäischen Staaten verglichen.

Die Erkenntnisse und Analysen des Innenministeriums gründen im Wesentlichen auf einem Gutachten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Datenlage, einem Gutachten von Prof. Dr. Kluth, Martin-Luther-Universität Wittenberg-Halle, zur Rechtslage und zum Rechtsvergleich und einer Anfrage bei den Innenministerien und den Senatsverwaltungen der Länder zum Umgang der Praxis mit den einschlägigen Rechtsvorschriften. Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zu den Lebensumständen von unerlaubt in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen und Ausländern bleiben für die Analyse ebenso unberücksichtigt wie Berichte aus der sozialen und medizinischen Praxis. Insgesamt ist der Bericht von einer auffälligen Selektivität geprägt. Dies betrifft insbesondere die einseitige Interpretation der Ergebnisse der Umfrage bei den Innenministerien und den Senatsverwaltungen der Länder sowie die Wiedergabe von ausschließlich »genehmen« Rechtspositionen. Strittige Rechtsfragen, die das vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene Rechtsgutachten aufzeigt, werden hier zugunsten einer fast

ausschließlich an ordnungsrechtlichen Aspekten orientierten Position schlicht ausgeklammert. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen wurden Handlungsoptionen zum Umgang mit aufenthaltsrechtlicher Illegalität in Deutschland erarbeitet. Die Vorschläge des BMI zielen jedoch weitgehend auf eine Beibehaltung der bestehenden Rechtslage, im Bereich der Meldepflichten öffentlicher Stellen ist sogar eine Ausweitung vorgesehen.

Das Katholische Forum »Leben in der Illegalität« macht erhebliche Bedenken gegenüber den Vorschlägen des Bundesministeriums des Innern geltend:

■ Das Katholische Forum ruft dazu auf, die Meldepflichten öffentlicher Stellen soweit einzuschränken, dass Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ihre grundlegenden sozialen Rechte (wie das Recht auf medizinische Versorgung, Schulbesuch und Schutz

vor Ausbeutung) ohne Furcht vor Aufdeckung ihres Status und anschließender Abschiebung in Anspruch nehmen können.

■ Das Katholische Forum sieht keine Notwendigkeit, die ohnehin äußerst schwierige Situation von statuslosen Kindern noch weiter zu verschlechtern, und lehnt eine Ausweitung der Meldepflichten daher ab.

■ Um sicherzustellen, dass das Recht auf Schulbesuch für alle Kinder von illegal in Deutschland aufhältigen Migranten gewährt wird, müssen auch die Bundesländer entsprechende Regelungen schaffen. Hier gilt es in den Schulgesetzen der Länder klarzustellen, dass der Aufenthaltstatus eines Kindes irrelevant für die Anmeldung an der Schule ist.

■ Mit Blick auf das Kindeswohl ruft das Katholische Forum dazu auf, so-

BERICHT DER BUNDESARBEITSGRUPPE GESUNDHEIT / ILLEGALITÄT: FRAUEN, MÄNNER UND KINDER OHNE PAPIERE IN DEUTSCHLAND – IHR RECHT AUF GESUNDHEIT

Im März 2006 hat das Deutsche Institut für Menschenrechte zusammen mit dem »Katholischen Forum Leben in der Illegalität« die Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität gegründet. Ziel war es, konkrete Ansätze zu erarbeiten, wie der Zugang zu Gesundheitsleistungen für Menschen ohne Papiere verbessert werden kann. In der Arbeitsgruppe haben Sachverständige aus Wissenschaft, der kommunalen Verwaltung, der medizinischen Praxis, den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen mitgewirkt.

Der Abschlussbericht »Frauen, Männer, Kinder ohne Papier in Deutschland – Ihr Recht auf Gesundheit« fasst die zentralen Ergebnisse der Arbeitsgruppe zusammen. Im Zentrum steht die Analyse verschiedener Ansätze zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere. Der Bericht enthält darüber hinaus gemeinsame Empfehlungen an die deutsche Politik.

■ Herausgeber: Deutsches Institut für Menschenrechte
Autor: Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität
ISBN: 978-3-937714-48-6
November 2007, 50 Seiten, kostenfrei bestellbar beim:
Deutsches Institut für Menschenrechte
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin, Tel.: 030 / 25 93 59-0
info@institut-fuer-menschenrechte.de
www.institut-fuer-menschenrechte.de, dort auch als pdf abrufbar.

Die Stellungnahme des Deutschen Caritasverbandes zum Prüfbericht des Innenministeriums mit dem Titel »Illegal aufhältige Migranten in Deutschland« finden Sie im Internet unter www.caritas.de/2067.html

wohl die Kinderrechtskonvention vorbehaltlos zu unterzeichnen als auch sicherzustellen, dass Neugeborene unerlaubt im Land lebender Eltern eine Geburtsurkunde erhalten.

■ Bezogen auf die humanitär motivierte Hilfe für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ruft das Katholische Forum dazu auf, klarzustellen, dass eine Strafbarkeit für Personen, die im Rahmen ihrer berufsspezifischen Aufgaben humanitäre Hilfe leisten, bereits mangels Beihilfehandlung ausscheidet. Der Bericht stellt dies für die ärztliche Tätigkeit zutreffend fest, lässt jedoch eine konsequente Anwendung dieser Erwägungen auf andere Berufsgruppen ohne erkennbaren Grund vermissen.

Gleich zu Beginn des Berichts hebt das Bundesministerium des Innern eine Frontstellung innerhalb der öffentlichen Diskussion des Themas aufenthaltsrechtliche Illegalität hervor: die menschenrechtliche Sichtweise, die von Akteuren im humanitären Bereich vertreten, und die ordnungspolitische Sichtweise, die von staatlicher Seite vertreten würde. Durch diese unkommentierte Darstellung der öffentlichen Debatte verfestigt das Ministerium eine unzutreffende und unsachgemäße Dichotomie, die Ordnungsrecht und Menschenrechte als zwei sich gegenseitig ausschließende Rechtsgebiete suggeriert. Der Staat hat selbstverständlich die Pflicht, Rechtsverstöße zu unterbinden und zu ahnden sowie die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung zu gewährleisten. Ordnungsrecht dient aber der Sicherung menschenrechtlicher Gewährleistungen, wenn es seine eigene Legitimation nicht in Frage stellen will. Die im Bericht gewählte Form der unfruchtbaren Gegenüberstellung von Ordnungsrecht und Menschenrecht trägt nicht zu einer differenzierten und lösungsorientierten Diskussion bei, die in Deutschland dringend erforderlich wäre.

Illegale Migration und ihre sozialen Auswirkungen sind Teil der gesellschaftlichen Realität in Deutschland. Sie wird auch in Zukunft nicht verhindert werden können. Daher gilt es, in der nun anstehenden politischen Debatte über den Bericht des Innenministeriums Wege zu finden, die einen problemnahen und humanitären Umgang



Das Motiv »Adler« – erarbeitet von Louise Reinke, Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design Halle – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2008 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

mit den Folgen illegaler Migration erlauben. Nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung für das »Manifest Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion« hat sich gezeigt, dass es in Deutschland inzwischen parteiübergreifend eine große Bereitschaft gibt, sich mit dem Thema der illegalen Zuwanderung und dem illegalen Aufenthalt zu beschäftigen, um angemessene Umgangsformen mit den hier vorliegenden Problemen zu finden.

■ Aus: Stellungnahme des Katholischen Forums »Leben in der Illegalität« zum Bericht des Bundesministeriums des Innern zum Prüfauftrag »Illegalität« aus der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005, Kapitel VIII 1.2 Illegal aufhältige Migranten in Deutschland – Datenlage, Rechtslage, Handlungsoptionen, Februar 2007

■ Der Gesamttext kann unter www.forum-illegalitaet.de eingesehen werden.

DER JUNGE MIGRANT

ANSPRACHE VON PAPST BENEDIKT XVI.

Liebe Brüder und Schwestern!

Das Thema des Welttages der Migranten und Flüchtlinge lädt dieses Jahr dazu ein, insbesondere über die jungen Migranten nachzudenken. Tatsächlich wird in den Tagesnachrichten häufig über sie gesprochen. Der umfassende Prozess der Globalisierung, der sich augenblicklich auf der Welt vollzieht, erfordert notwendigerweise eine Mobilität, die auch zahlreiche junge Menschen veranlasst, auszuwandern und fern von ihren Familien und ihren Ländern zu leben. Die Folge ist, dass aus den Ursprungsländern häufig jene jungen Menschen weggehen, die über die besten intellektuellen Fähigkeiten verfügen, während in dem Land, das sie aufnimmt, Regeln gelten, die ihre erfolgreiche Eingliederung erschweren. Tatsächlich nimmt das Phänomen der Emigration weiter zu und umfasst eine wachsende Zahl von Menschen aller sozialen Schichten. Mit Recht setzen daher öffentliche Einrichtungen, humanitäre Organisationen und auch die katholische Kirche einen großen Teil ihrer Mittel ein, um diesen Menschen in ihren Schwierigkeiten entgegenzukommen.

Die jungen Menschen empfinden das Problem, das aus ihrer so genannten »doppelten Zugehörigkeit« resultiert, besonders stark: Auf der einen Seite fühlen sie das dringende Bedürfnis, die Kultur ihres Ursprungslandes nicht zu verlieren, auf der anderen Seite entsteht in ihnen der verständliche Wunsch, sich organisch in die Gesellschaft einzufügen, die sie aufgenommen hat, ohne dass dies jedoch eine vollständige Angleichung, und den daraus folgenden vollständigen Verlust der Traditionen ihrer Ahnen mit sich bringt. Unter den



Foto: Reuters

Jugendlichen finden wir die jungen Mädchen, die besonders leicht Opfer von Ausbeutung, moralischer Erpressung und sogar von Missbrauch aller Art werden. Und was soll man zu den Heranwachsenden sagen, zu den unbegleiteten Minderjährigen, die unter all jenen, die um Asyl bitten, eine besonders gefährdete Kategorie darstellen? Diese jungen Mädchen und Jungen enden häufig auf der Straße, sich selbst überlassen und Opfer von skrupellosen Ausbeutern, die sie viel zu oft zum Gegenstand physischer, moralischer und sexueller Gewalt werden lassen.

Wenn wir uns den Bereich der Zwangsauswanderer, der Vertriebenen und Flüchtlinge und der Opfer des Menschenhandels einmal näher betrachten, treffen wir dort leider viele Kinder und Heranwachsende. Was das betrifft, so ist es unmöglich, angesichts der dra-

matischen Bilder der großen Lager der Flüchtlinge und Vertriebenen zu schweigen, die in verschiedenen Teilen der Welt vorhanden sind. Wie sollte man nicht an die kleinen Lebewesen denken, die mit der gleichen legitimen Erwartung von Glück auf die Welt gekommen sind wie alle anderen? Und wie sollte man nicht gleichzeitig daran denken, dass die Kindheit und die Jugend Phasen von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung des Mannes und der Frau darstellen, Phasen, die Stabilität, Ruhe und Sicherheit voraussetzen? Für diese Kinder und Jugendlichen ist die einzige Lebenserfahrung das »Lager«, in dem sie sich gezwungenermaßen aufhalten müssen, wo sie abgesondert sind, fern von bewohnten Gebieten und ohne die Möglichkeit, eine normale Schule besuchen zu können. Wie können sie mit Vertrauen in die Zukunft blicken? Wenn es auch

wahr ist, dass viel für sie getan wird, so muss man sich doch noch stärker dafür einsetzen, dass ihnen durch die Schaffung geeigneter Strukturen für ihre Aufnahme und ihre Ausbildung geholfen wird.

Im Hinblick darauf stellt sich die Frage: Wie sollen wir auf die Erwartungen der jungen Migranten reagieren? Wie sollen wir ihnen entgegenkommen? Sicher muss man zuerst einmal die Unterstützung der Familie und der Schule anstreben. Aber wie komplex sind doch die Situationen und wie zahlreich sind die Schwierigkeiten, denen diese Jugendlichen in ihrem familiären und schulischen Umfeld begegnen! Innerhalb der Familien sind die traditionellen Rollen verschwunden, wie sie in ihren Heimatländern bestanden, und häufig werden wir Zeugen einer Auseinandersetzung zwischen den Eltern, die noch in ihrer Kultur verwurzelt sind, und den Kindern, die sich rasch an die Kultur ihrer neuen sozialen Umwelt anpassen. Man darf auch die Anstrengung nicht unterschätzen, die die Jugendlichen unternehmen, um sich in den in den Aufnahmeländern geltenden Ausbildungsprozess einzugliedern. Das Schulsystem sollte diesen Voraussetzungen Rechnung tragen und für die Immigrantenkinder besondere, integrative Ausbildungswege einrichten, die ihren Bedürfnissen angepasst sind. Wichtig ist es auch, sich darum zu bemühen, dass im Klassenzimmer ein Klima des gegenseitigen Respekts und des Dialogs zwischen allen Schülern, auf der Grundlage jener Prinzipien und universeller Werte entsteht, die in allen Kulturen Gültigkeit haben. Der Einsatz aller – der Lehrkräfte, der Familien und Schüler – wird bestimmt dazu beitragen, den jungen Migranten zu helfen, dass sie auf die Herausforderung der Eingliederung besser reagieren und ihnen die Möglichkeit geboten wird, sich das anzueignen, was ihrer menschlichen, kulturellen und beruflichen Bildung dient.

Dies gilt in verstärkter Form für die jungen Flüchtlinge, für die man geeignete Programme im schulischen ebenso wie im Bereich der Arbeit bereitstellen muss, um so zu garantieren, dass man ihnen die nötige Grundlage für eine korrekte Eingliederung in die neue soziale, kulturelle und berufliche Umwelt zur Verfügung stellt.

Die Kirche schaut mit außergewöhnlicher Aufmerksamkeit auf die Welt der Migranten und fordert von jenen, die in ihrem Heimatland eine christliche Bildung empfangen haben, diesen Schatz ihres Glaubens und die evangelischen Werte Frucht tragen zu lassen, damit sie in den verschiedenen Lebensbereichen ein kohärentes Zeugnis ablegen. Eben in Bezug darauf lade ich die kirchlichen Gemeinden am Zielort dazu ein, die jungen und sehr jungen Menschen mit ihren Eltern wohlwollend aufzunehmen und zu versuchen, die Wechselfälle ihres Lebens zu verstehen und ihre Eingliederung zu fördern. Unter den Migranten gibt es, wie ich bereits in meiner Botschaft im letzten Jahr schrieb, auch eine Kategorie, die besondere Beachtung erfordert, und zwar die Studenten aus anderen Ländern, die wegen ihres Studiums fern von zu Hause leben. Ihre Zahl nimmt kontinuierlich zu: Es handelt sich um junge Menschen, die einer besonderen Pastoral bedürfen, denn sie sind nicht nur Studenten, sondern auch Migranten auf Zeit. Häufig fühlen sie sich einsam, unter Studiendruck und oftmals leiden sie auch unter wirtschaftlichen Problemen. In ihrer mütterlichen Fürsorge betrachtet die Kirche sie voller Zuneigung und versucht für sie, besondere seelsorgerische und soziale Maßnahmen vorzubereiten, die die großen Ressourcen ihrer Jugend berücksichtigen. Man muss dafür Sorge tragen, dass sie die Möglichkeit bekommen, sich der Dynamik der Interkulturalität zu öffnen, sich am Kontakt mit den Studenten anderer Kulturen und anderer Religionen zu bereichern. Für die jungen Christen kann diese Studien- und Bildungserfahrung zu einem nützlichen Feld werden, auf dem ihr Glaube reift, indem er angeregt wird, sich jenem Universalismus zu öffnen, der ein konstitutives Element der katholischen Kirche darstellt.

Liebe junge Migranten, bereitet Euch auch darauf vor, neben Jugendlichen Eures Alters eine gerechtere und brüderlichere Gesellschaft aufzubauen, indem Ihr gewissenhaft und ernst den Pflichten gegenüber Euren Familien und dem Staat nachkommt. Respektiert die Gesetze und laßt Euch niemals von Haß und Gewalttätigkeit hinreißen. Versucht statt dessen schon von jetzt an Protagonisten in einer Welt zu sein, in der Verständnis und Solidarität,

Gerechtigkeit und Frieden regieren. Besonders Euch, junge Gläubige, ersuche ich, Nutzen aus der Zeit des Studiums zu ziehen, um an Wissen und in der Liebe zu Christus zu wachsen. Christus will Euch als seine wahren Freunde haben, und darum ist es erforderlich, dass Ihr eine innige Beziehung zu ihm im Gebet und im willigen Anhören seines Wortes pflegt. Er möchte Euch zu seinen Zeugen machen und darum müsst Ihr Euch darum bemühen, das Evangelium mutig zu leben, indem Ihr es in konkreten Gesten der Liebe zu Gott und des großzügigen Dienstes an unseren Brüdern übersetzt. Die Kirche braucht auch Euch und zählt auf Eure Unterstützung. Vor dem aktuellen Hintergrund der Evangelisierung könnt Ihr eine ganz außerordentlich wünschenswerte Rolle übernehmen. Da Ihr aus verschiedenen Kulturen stammt, aber in der Zugehörigkeit zu der einzigen Kirche Christi geeint seid, könnt Ihr beweisen, dass das Evangelium lebendig ist und sich für jede Situation eignet; es ist eine alte und immer wieder neue Botschaft; Wort der Hoffnung und der Erlösung für die Menschen aller Rassen und aller Kulturen, jeden Alters und jedes Zeitalters.

Ich stelle jeden einzelnen von Euch, Eure Familien und all jene, die sich auf unterschiedliche Art mit der weiten Welt der jungen Migranten beschäftigen, die Freiwilligen und die Seelsorger, die Euch mit ihrer steten Bereitschaft und ihrer freundschaftlichen Unterstützung zur Seite stehen, unter den Schutz Marias, der Mutter der gesamten Menschheit, und des heiligen Josefs, ihres keuschen Bräutigams, die beide als Flüchtlinge mit Jesus in Ägypten waren. Der Herr sei immer mit Euch und mit Euren Familien, damit Ihr gemeinsam die Hindernisse und die materiellen und spirituellen Schwierigkeiten, denen Ihr auf Eurem Weg begegnet, überwinden könnt.

Ich begleite diese meine Wünsche mit einem besonderen Apostolischen Segen für jeden einzelnen von Euch und für alle Menschen, die Euch lieb sind.

BENEDICTUS PP. XVI
Zum Welttag der Migranten und
Flüchtlinge am 13. Januar 2008

TEILHABEN – TEIL WERDEN!

PREDIGT

Monsignore Wolfgang Miehle

DABEI SEIN IST ALLES!

Dabei sein ist alles – unter diesem Leitwort der olympischen Bewegung trifft sich alle vier Jahre die Jugend der Welt zum friedlichen sportlichen Wettkampf, in diesem Jahr in Peking. Am 8. August werden dort die XXIX. Olympischen Sommerspiele eröffnet. Über 10.000 Athletinnen und Athleten aus über 20 Ländern werden daran teilnehmen und in 302 Wettbewerben sportliche Höchstleistungen zeigen. In den nächsten Wochen und Monaten legen die Nationalen Olympischen Komitees (NOK) die Normen und Regelungen fest, nach denen die jeweilige Ländermannschaft zusammengestellt und zum Start gemeldet werden soll. Vermutlich wird mancher Sportler bereits an der Hürde der Nominierung scheitern. Aber auch von den Olympiateilnehmern wird sich im Verlauf der Wettkämpfe wohl so mancher mit dem abgewandelten Slogan trösten müssen: Dabei sein war alles.

NICHT NUR DABEI, SONDERN MITTEN DRIN!

Nicht nur dabei, sondern mitten drin – so lautete vor Jahren das Motto eines Bezirksverbandstags der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB). Damit sollte klar gestellt werden: Es genügt nicht, wenn Arbeitnehmer im Arbeits- und Wirtschaftsprozess nur dabei sind. Mitwirken, mitentscheiden, mitbestimmen und mitverantworten ist angesagt. Nur eine umfassende Beteiligungsgechtigkeit garantiert, dass aus Schachfiguren auf dem Spielfeld der economy players ernst genommene und verantwortliche Akteure werden, dass Arbeit-

nehmer vom Rand des wirtschaftlichen Geschehens mitten hinein ins Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse gerückt werden.

TEILHABEN – TEIL WERDEN!

Ums »Dabei-sein« oder »Mitten-drin-sein« geht es auch bei den Menschen, die aus verschiedenen Ländern nach Deutschland zugewandert sind. Viele von ihnen leben schon seit Jahrzehnten mit ihren Familien hier und haben unseren Wohlstand mit erarbeitet. Viele haben trotz mancher Schwierigkeiten und Enttäuschungen im Aufnahmeland Freundschaften, Partnerschaften und

Ehen mit den Einheimischen geschlossen. Gerade auch die Migranten der zweiten und dritten Generation engagieren sich zwischenzeitlich in zunehmenden Maß bei den örtlichen Vereinen, Gremien und Gruppierungen. Sie sind alle dabei, aber leider noch bei weitem nicht mitten drin. Immer noch besteht für sie keine Chancengleichheit, immer noch sind ihnen viele Möglichkeiten aktiver Partizipation verwehrt. Sowohl allzu restriktive Gesetzesvorschriften und Ausführungsbestimmungen als auch enttäuschende zwischenmenschliche Erfahrungen von Misstrauen, Ablehnung und Diskriminierung im Alltag stehen dem entgegen.



Metropolit Augoustinos, Landesbischof Dr. Kähler und Karl Kardinal Lehmann beim bundesweiten Eröffnungsgottesdienst zur Interkulturellen Woche 2007 in Frankfurt/M. (v.l.n.r.) Foto: F. Ekol

Auch wenn der Großteil der Migranten strafrechtlich nicht auffällig ist, besteht dennoch häufig die Gefahr, dass sie vorschnell unter eine Art Generalverdacht geraten, sobald Schuldige für Übergriffe oder Straftaten gesucht werden. Allzu schnell wird das Fehlverhalten einzelner – insbesondere jugendlicher – Migranten pauschal allen angelastet. Immer noch meinen viele Einheimische, dass Integration etwas sei, was als Vorleistung einseitig nur von den Zugewanderten zu erbringen sei; als könne die Aufnahmegesellschaft darauf verzichten, auch ihrerseits bewusst auf Zuwanderer zuzugehen. Nur im Miteinander jedoch können Integration und Kooperation gelingen. Und es gibt auch immer noch Defizite im aufrichtigen Bemühen um gegenseitige Wertschätzung, Anerkennung und Solidarität, die Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe der Zuwanderer in unserer Gesellschaft sind.

Hier sind Politik und Wirtschaft, Kirchen und Gesellschaft gleichermaßen und auf allen Ebenen herausgefordert. Es müssen endlich mutige Entscheidungen in Richtung auf eine volle und gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer in allen Bereichen unserer Gesellschaft getroffen und zielstrebig umgesetzt werden. Ich denke dabei an erweiterte Möglichkeiten für Dauergeduldete und ihre Familien zur Erlangung eines sicheren Aufenthaltsstatus

und an Erleichterungen bei der Einbürgerung, damit die volle politische Teilhabe, nämlich die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen, erreichbar ist. Ich denke auch an den Abbau der strukturellen Benachteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere von Jugendlichen – in den wichtigen Lebensbereichen Schule, Ausbildung, Beschäftigung und Einkommen. Und schließlich denke ich daran, dass bei der Umsetzung aller ausländerrechtlichen Regelungen und Maßnahmen die Achtung der Menschenwürde und der Schutz von Ehe und Familie insbesondere beim Familiennachzug von hier lebenden Migranten mit gesichertem Aufenthaltsstatus und ebenso auch bei Abschiebungen von Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung oberste Priorität haben müssen.

BEI EUCH ABER SOLL ES ANDERS SEIN (VGL. MK 10,43)

Bei Euch aber soll es anders sein – so belehrte Jesus einst die Jünger nach einem Streit über Vorrangstellungen im Reich Gottes. Er sagt es auch zu uns heute. Und daraus ergibt sich für uns Christen eine noch fundamentalere Verpflichtung zum Einsatz für die volle Teilhabegerechtigkeit für alle Zugewanderten in unserem Land. Gott selbst hat den Menschen, so lesen wir bereits in den Schöpfungsgeschichten des Buches Genesis, zur Teilhabe und Mitwirkung

an seinem Schöpfungswerk berufen (vgl. Gen 1,26ff). Er macht dabei keine Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Sprache oder Nationalität; für ihn sind alle Menschen gleich wertvoll. Weil Gott den Menschen nach seinem Bild geschaffen, berufen und geliebt hat, trägt jeder Mensch einen Funken Unsterblichkeit, nämlich die unzerstörbare Würde als Sohn oder Tochter Gottes in sich. Und daher sind Menschenrechte und Menschenwürde nicht etwas, das man jemand zuteilen oder absprechen könnte. Sie kommen vielmehr jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zu, für uns Christen bedeuten sie von Gott geschenktes »Startkapital« für gelingendes Leben.

In seinem ganzen irdischen Wirken macht Jesus Christus deutlich, dass er gerade dazu in die Welt gekommen ist, damit alle Menschen dieses Leben in Fülle (vgl. Joh 10,10) erhalten. Er hat sein Fleisch für das Leben der Welt hingegeben (vgl. Joh 6,51) und ist in Tod und Auferstehung zum Heil der ganzen Welt geworden (vgl. III. Eucharistisches Hochgebet). Seine froh machende Botschaft soll die Menschen aller Völker erreichen und alle sollen in die Nachfolge und die Gemeinschaft mit ihm (vgl. Mt 28,19) hereingeholt werden. Hier liegt die tiefste Begründung für den menschenwürdigen Umgang zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Weil Gott uns in Jesus Christus auf Augenhöhe begegnet ist und seinen Sohn hingab (Joh 3,16), müssen auch wir einander in diesem Geist des Vertrauens, des Entgegenkommens und der selbstlosen Nächstenliebe begegnen.

Mich persönlich beeindruckt immer wieder neu das bekannte Gleichnis vom Gutsbesitzer, der Arbeiter für seinen Weinberg anwirbt (vgl. Mt 20,1-16). Er geht in der Frühe des Tages, dann um 9 Uhr, 12 Uhr, 15 Uhr und schließlich sogar noch um 17 Uhr auf den Marktplatz und spricht die dort Stehenden an. Keiner soll am Rand bleiben, keiner soll zu spät gekommen sein, jeder soll die Möglichkeit zum Mitwirken erhalten. Voraussetzung dafür war, dass alle Beteiligten sich bewegten – der Gutsbesitzer und die Arbeiter; und dass es einen Marktplatz, ein Kommunikations- und Begegnungszentrum zum gegenseitigen Austausch gab. Sonst wären die anschließende Kooperation und



Programm der Morgenandacht
im Rahmen der bundesweiten
Vorbereitungstagung zur
Interkulturellen Woche 2008
in Magdeburg.
Foto: F. Ekol

Partizipation nicht zustande gekommen.

Manch einer stößt sich wie die zuerst Angeworbenen im Bibeltext daran, dass alle – trotz der unterschiedlichen Dauer der Mitarbeit – denselben Lohn empfangen. Aber dieses Gleichnis darf nicht als Leitfaden für Lohn- und Tarifverhandlungen missverstanden werden. Hier geht es um mehr: Gottes Liebe lässt sich nicht auf kleinliche menschliche Vorstellungen eingrenzen, sie übersteigt alle irdischen Regeln und Konventionen. Gott will, dass niemand

draußen bleiben muss, sondern dass jeder die Möglichkeit zur vollen Teilhabe am Reich Gottes erhält.

Geh hin und handle genauso (Lk 10,37), mit diesem Auftrag schließen in der Bibel manche Gleichnisse und Wundergeschichten Jesu. Sollten nicht gerade wir Christen noch entschiedener auf den »Marktplatz« unserer Gesellschaft gehen und alle, die am Rand der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Partizipationsmöglichkeiten stehen, hereinholen?

Diese Predigt wurde beim ökumenischen Abendgebet im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungstagung am 1. Februar 2008 in Magdeburg gehalten.

■ Kontakt: Msgr. Wolfgang Miehle
Der Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge
Deutsche Bischofskonferenz, Sekretariat
Bereich Weltkirche und Migration
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn
Tel.: 02 28 / 10 33 - 77
W.Miehle@DBK.de
Msgr. Wolfgang Miehle ist Mitglied im
Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

DEIN VOLK IST AUCH MEIN VOLK!

PREDIGT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN

Pfarrer Jürgen Quandt

RUT 2,1-12; 4,11-13 A

Liebe Gemeinde!

Das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche heißt »Teilhaben – Teil werden«. Es greift die Frage auf, wie weit wir es in Deutschland nach mehr als 40, annähernd 50 Jahren Arbeitsmigration in die ehemalige Bundesrepublik West mit der Integration gebracht haben. Nachdem jahrzehntelang bestritten worden war, dass Deutschland zuerst im Westen, nun aber auch viele Jahre schon im Osten zu einem Einwanderungsland geworden ist und politische Konsequenzen daraus zu ziehen, versäumt wurde, gibt es nun seit einigen Jahren verstärkt eine Integrationsdebatte. Sie ist aber geprägt von den Ereignissen des 11. September 2001 und der realen und befürchteten Terrorismusgefahr eines islamistischen Fundamentalismus. Auf diesem Hintergrund hat ein konstruktiver, von Respekt und Gleichberechtigung bestimmter Dialog zwischen andersgläubigen Einwanderern und einheimischer Mehrheitsgesellschaft kaum eine Chance.

Da mag es manch einer/manch einem von uns geradezu illusionär erscheinen, mit einem solchen Motto einen Akzent in der gegenwärtigen Debatte setzen zu wollen: Teilhaben – Teil werden.

Ich denke, dass gerade hier in Leipzig, wie überhaupt in den neuen Bundesländern eine besondere Sensibilität und Aufmerksamkeit für dieses Motto besteht. Dennoch, und das wird hier wohl besonders deutlich empfunden, ist der Anspruch von 1989: Wir sind ein Volk! nicht vollständig verwirklicht. Teilhabe, Gleichberechtigung ist mehr als nur materielle Befriedigung von Lebensbedürfnissen. Das ist gegenseitige Anerkennung, Achtung voreinander, Chancengleichheit, rechtliche Gleichstellung. Wer im eigenen Land in der Fremde ist, wer in seiner Heimat heimatlos geworden ist, der ist ausgeschlossen, der ist im inneren Exil, der hat nicht Anteil am Leben der Gemeinschaft. Er ist kein Teil davon.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Erfahrung eigenen Fremdseins die Bereitschaft, das Fremdsein anderer mitfühlend und anteilnehmend wahrzunehmen, befördert.

Die Geschichte der Rut ist eine solche Integrationsgeschichte, die vom Gelingen einer Begegnung gegenseitigen Fremdseins erzählt, die Geschichte einer Familie, die die Not zu Flüchtlingen gemacht hat, die aber in dieser Not ein neues Leben anfängt, nicht nur in der Fremde, sondern in der Begegnung mit der Fremde. Die Söhne heiraten fremde Frauen. Lion Feuchtwanger hat in einem Aufsatz über Größe und Erbarmlichkeit des Exils diese Fähigkeit zur In-

tegration mit den folgenden Sätzen beschrieben: »Viele engte das Exil ein, aber den Besseren gab es mehr Weite, Elastizität, es gab ihnen Blick für das Große, Wesentliche und lehrte sie, nicht am Unwesentlichen zu haften. ... Viele von diesen Emigranten wurden innerlich reifer, erneuerten sich, wurden jünger; jenes »Stirb und werde«, das den Menschen aus einem trüben zu einem frohen Gast dieser Erde macht, wurde ihnen Erlebnis.«

Erst der Tod unterbricht die gelungene Begegnung vormals einander Fremder. Zurück bleiben die jüdische Schwiegermutter Noomi und die moabitische Schwiegertochter Rut. Die Geschichte könnte hier zu Ende sein, weil die alte Frau im fremden Land allein nicht weiterleben kann, aber sie ist nicht zu Ende, weil die Begegnung und das Aushalten gegenseitigen Fremdseins die Jüngere eine unverlierbare Erfahrung hat machen lassen, die sie mit dem Satz zum Ausdruck bringt: Dein Volk ist auch mein Volk!

Sie geht einen ungewissen Weg mit der alten Frau mit, weil sie keine Angst mehr vor der Fremde und ihrem eigenen Fremdsein hat.

So kann es zu einer Begegnung kommen, die ihr selbst, aber durch sie auch denen, für die sie eine Fremde ist, zum Segen wird.

Es war aber ein Mann, ein Verwandter des Mannes der Noomi, von dem Geschlecht Elimelechs, mit Namen Boas; der war ein angesehener Mann.

Und Rut, die Moabiterin, sprach zu Noomi: Lass mich aufs Feld gehen und Ähren auflesen, bei einem, vor dessen Augen ich Gnade finde. Sie aber sprach zu ihr: Geh hin, meine Tochter!

Sie ging hin und las auf, den Schnittern nach, auf dem Felde. Und es traf sich, dass dies Feld dem Boas gehörte, der von dem Geschlecht Elimelechs war.

Und siehe, Boas kam eben von Bethlehem und sprach zu den Schnittern: Der Herr sei mit euch! Sie antworteten: Der Herr segne dich!

Und Boas sprach zu seinem Knecht, der über die Schnitter gestellt war: Zu wem gehört das Mädchen?

Der Knecht, der über die Schnitter gestellt war, antwortete und sprach: Es ist eine Moabiterin, die mit Noomi gekommen ist aus dem Land der Moabiter.

Sie hat gesagt: Lass mich doch auflesen und sammeln hinter den Garben den Schnittern nach, und ist gekommen und dageblieben vom Morgen an bis jetzt und hat nur wenig ausgeruht.

Da sprach Boas zu Rut: Hörst du wohl, meine Tochter? Du sollst nicht auf einen andern Acker gehen, um aufzulesen; geh auch nicht von hier weg, sondern halt dich zu meinen Mägden.

Und sieh, wo sie schneiden im Felde, da geh ihnen nach. Ich habe meinen Knechten geboten, dass dich niemand antaste. Und wenn dich dürstet, so geh hin zu den Gefäßen und trinke von dem, was meine Knechte schöpfen.

Da fiel sie auf ihr Angesicht und beugte sich nieder zur Erde und sprach zu ihm:

Womit hab ich Gnade gefunden vor deinen Augen, dass du mir freundlich bist, die ich doch eine Fremde bin?

Boas antwortete und sprach zu ihr: Man hat mir alles angesagt, was du getan hast an deiner Schwiegermutter nach deines Mannes Tod; dass du verlassen hast deinen Vater und deine Mutter und dein Vaterland und zu einem Volk gezogen bist, das du vorher nicht kanntest.

Der Herr vergelte dir deine Tat, und dein Lohn möge vollkommen sein bei dem Herrn, dem Gott Israels, zu dem



akg-images/Erich Lessing; M. van Heemskerck: Ruth und Naëmi

du gekommen bist, dass du unter seinen Flügeln Zuflucht hättest.

Boas und Rut: erneut eine Begegnung zweier Menschen, die einander fremd sind. Rut, die Moabiterin, passt sich den Verhältnissen an. Das ist etwas anderes als Unterwerfung unter die Verhältnisse. Bei Lion Feuchtwanger hört sich das so an: »Der Emigrant hat weniger Rechte als die andern, aber viele Beschränkungen, Pflichten und Vorurteile der andern fielen von ihm ab. Er wurde wendiger, schneller, geschmeidiger, härter.«

Aber auch Boas ist in der Begegnung bereit, eine Grenze hinter sich zu lassen, nämlich die, die ihm nach dem Gesetz des Mose vorschreibt, den Kontakt zu den Moabitern zu meiden. Boas entscheidet sich im Konflikt zwischen dem Gesetz, das die Interessen seiner Religion im Blick hat, und dem göttlichen

Gebot, das den Schutz des Flüchtlings gebietet, für das Schutzgebot Gottes.

Rut ist in dieser Begegnung nicht wirklich gleichberechtigt, aber ihr wird auch ihre Würde nicht genommen. Sie empfängt ein Almosen, sie wird auf- und angenommen, ohne gedemütigt zu werden.

Die Wirklichkeit in Deutschland ist eine andere. Migranten, erst recht Flüchtlinge, sind mehr als je zuvor nicht willkommen. Sie sind weit davon entfernt, Erfahrungen mit deutschen Arbeitgebern, mit deutschen Behörden, mit deutschen Nachbarn zu machen, wie sie Rut mit Boas macht. Dabei geht es erst einmal um nicht mehr als Freundlichkeit. So jedenfalls bringt Rut es zum Ausdruck: »Womit habe ich Gnade gefunden vor deinen Augen, dass du mir freundlich bist, die ich doch eine Fremde bin?« Freundlichkeit

ersetzt ganz gewiss kein Integrationskonzept, aber das wäre doch ein Anfang an der Kasse im Supermarkt, in der Kaufhalle, in der Straßenbahn, hinter dem Abfertigungsschalter auf dem Amt, bei einer Verkehrskontrolle, eine Freundlichkeit im gegenseitigen Umgang, die uns untereinander auch nicht schaden würde.

Nein, natürlich reicht das nicht, aber die Geschichte der Rut mit Boas ist ja auch noch nicht zu Ende. Sie entwickelt sich zu einer Liebesgeschichte, die Hollywood-Format hat. Aber das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass am Ende dieser Geschichte ein Rechtsakt steht, der die Moabiterin Rut allen Einheimischen gleichstellt. Boas löst sie aus aus ihrer abhängigen Stellung; er löst sie aus ihrem minderen Rechtsstatus:

RUT 4,11-13A

Und alles Volk, das im Tor war, samt den Ältesten sprach: Wir sind Zeugen. Der Herr mache die Frau, die in dein Haus kommt, wie Rahel und Lea, die beide das Haus Israel gebaut haben; sei stark in Efrata, und dein Name werde gepriesen zu Bethlehem.

Und dein Haus werde wie das Haus des Perez, den Tamar dem Juda gebar, durch die Nachkommen, die dir der Herr geben wird von dieser jungen Frau.

So nahm Boas die Rut, dass sie seine Frau wurde.

Was hier geschieht, ist kein privater Vorgang mehr, der nur zwei Menschen betrifft. Das Volk samt Ältesten wird zum Zeugen aufgerufen, dass diese Frau in die israelitische Gemeinde aufgenommen ist, und wie einst Rahel und Lea, die Frauen des Stammvaters Jakob, zur Stammutter Israels werden soll. Ihr Sohn mit Boas ist der Großvater König Davids. Und so findet mit der Ausländerin, der Moabiterin Rut, die nach dem Gesetz eine Ausgestoßene war, die Heilsgeschichte Gottes mit seinem Volk Israel seine Fortsetzung.

So wie vorher mit der als Hure verkleideten Tamar, der Schwiegertochter Judas, so wie mit der unfruchtbaren Rahel und all den anderen Frauen, angefangen bei Sarah, die nach menschlichem Ermessen allesamt für eine ordentliche Ahnentafel ungeeignet erschienen.

So gesehen ist die Geschichte Israels, begriffen als Heilsgeschichte Gottes mit seinem auserwählten Volk, eine gelungene Integrationsgeschichte wider aller Erwartung und Erfahrung. Rut erhält nicht nur Anteil am Geschick Israels durch die Heirat mit Boas; sie wird selbst zur Heilsbringerin. Mit ihr kann die Geschichte weitergehen. Sie ist die Zukunft für das Heil Israels.

Wenn diese Geschichte wahr ist, dann ist sie auch wichtig für uns. Dann ist sie eine Ermutigung zur gegenseitigen Begegnung in der Fremdheit; dann ist Integration auf Augenhöhe – nämlich kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer, kulturelle und religiöse Vielfalt, Bleiberecht für Geduldete, großzügige Familienzusammenführung, interkulturelle Bildungsarbeit – dann ist das alles keine Bedrohung unseres gesellschaftlichen Zusammenhangs, unserer nationalen Identität, sondern eine Chance, eine Bereicherung, vielleicht sogar der Anfang zu einem neuen Aufbruch in eine menschlichere, sozialere Zukunft.

Ein letzter Gedanke noch aus dieser Geschichte, der für die Gegenwart fruchtbar gemacht werden kann: Hier

heißt es: »Alles Volk war Zeuge, das im Tor war.« Das Tor war die Stätte, wo Recht gesprochen wurde. Wenn Integration gelingen soll, dann sind alle gleichermaßen gefordert. Da kann es keine ohne-mich-Haltung geben, da darf nicht weggeschaut werden, da kann es keine No-Go-Areas geben, keine »national-befreiten« sprich ausländerfreien Gebiete, da gibt es keinen Unterschied zwischen Kreuzberg und Müggeln.

Die Geschichte der Rut gibt auf alle scheinbar komplizierten Fragen des rechten Umgangs gegenseitig Fremder miteinander eine verheißungsvolle Antwort: Lernt einander kennen und lieben und heiratet, gründet Familien, bekommt gemeinsame Kinder. Vielleicht ist das ja Gottes Wille.

Amen!

■ Predigt zum Eröffnungsgottesdienst der Interkulturellen Woche, gehalten am 17. September 2007 in Leipzig von Pfarrer Jürgen Quandt, Berlin.

ZÄHLE DIE TAGE MEINER FLUCHT... GOTTESDIENSTMATERIALIEN, GEBETE UND IMPULSE ZUM THEMENFELD FLUCHT UND ASYL



Das Buch hat ca. 135 S. und kostet 12,90 Euro.
ISBN 978-3-86059-439-1

Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.kirchenasyl.de und www.proasyl.de

■ Seit 25 Jahren gibt es die Kirchenasylbewegung in Deutschland. Dieses Buch legt eine Fülle von Materialien, Gebeten und Impulsen vor, mit denen man Gottesdienste zum Themenfeld Flucht und Asyl gestalten kann. Unter dem Motto »Gib uns Zeit, Gott« werden Beispiele aus verschiedenen Städten zusammengetragen. Unter die Bitte »Hilf, dass wir aufstehen für die Menschlichkeit« werden Gebete von Herbert Leuninger, Hildegard Grosse, Martin Affolderbach, Fanny Dethloff, Karl-Helmut Barharn und Andreas Hämer gestellt. »Am Ort der Ohnmacht wächst die Kraft« ist Thema für Andachten und Gottesdienste im Kontext von Abschiebungshaft. Aus der Perspektive der Arbeit mit Flüchtlingen wird die Bibel neu meditiert: »Denn ihr seid auch Fremde gewesen...«. Andachten und Denkanstöße zum voneinander Lernen und miteinander Leben sowie zahlreiche neue Fluchtgeschichten ergänzen den Band.

Herausgegeben von Fanny Dethloff und Verena Mittermaier in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und dem Förderverein PRO ASYL.

MEDITATION ÜBER LUKAS 18, 1-8

IM ABSCHIEBUNGSGEWAHRSAM BERLIN-KÖPENICK

Pfarrer Bernhard Fricke

Liebe Schwestern, liebe Brüder,

als Ihr eben diese Geschichte gehört habt, an wen habt Ihr gedacht. War es die Witwe? Oder wart Ihr es selbst, die vor dem Richter stehen?

Jesus erzählt das Gleichnis von einer Witwe, weil Witwen und Waisen und Fremde schon immer zu den Schwächsten in einer Gesellschaft zählen. Alle die Migranten und Flüchtlinge auf der ganzen Welt werden hier angesprochen. Aber auch die Frauen und Kinder, die durch die Abschiebung von ihren Männern getrennt werden, und die zum Richter gehen und nach Recht fragen.

Wie ist das, vor dem Richter zu stehen? Er hat das Sagen. Sein Urteil gilt. Wenn er sagt: Gefängnis – dann ist Gefängnis. Wenn er sagt: Freiheit – dann ist Freiheit. Vor dem Richter spüren wir eine große Abhängigkeit. Wird er sich auf meinen Fall einlassen? Wird er an meine Kinder denken? Sieht er, dass mich die Haft krank macht?

Ich will nicht über unsere Richter hier urteilen. Glauben sie an Gott? Vielleicht ja. Vielleicht nein. Auf jeden Fall stehen sie unter dem Druck von Gesetzen, die unmenschlich sind. Und sie stehen unter dem Druck der Behörden. Von dem Richter in dem Gleichnis heißt es: Er glaubt nicht an Gott und denkt nur an sich selbst.

Auch Gott ist ein Richter. Aber sein Maßstab sind nicht unmenschliche Gesetze.

Jesus sagte ihnen durch ein Gleichnis, dass sie allezeit beten und darin nicht nachlassen sollten: In einer Stadt lebte ein Richter, der Gott nicht fürchtete und auf keinen Menschen Rücksicht nahm. In der gleichen Stadt lebte auch eine Witwe, die immer wieder zu ihm kam und sagte: Verschaff mir Recht gegen meinen Feind!

Lange wollte er nichts davon wissen. Dann aber sagte er sich: Ich fürchte zwar Gott nicht und nehme auch auf keinen Menschen Rücksicht; trotzdem will ich dieser Witwe zu ihrem Recht verhelfen, denn sie lässt mich nicht in Ruhe. Sonst kommt sie am Ende noch und schlägt mich ins Gesicht. Und der Herr fügte hinzu: Bedenkt, was der ungerechte Richter sagt. Sollte Gott seinen Auserwählten, die Tag und Nacht zu ihm schreien, nicht zu ihrem Recht verhelfen, sondern zögern? Ich sage euch: Er wird ihnen unverzüglich ihr Recht verschaffen. Wird jedoch der Menschensohn, wenn er kommt, auf der Erde (noch) Glauben vorfinden?

Er hat die Menschen lieb. Sein Maßstab ist die Menschlichkeit. Rechtlose sollen Recht bekommen, Kranke sollen geheilt werden, Gefangene befreit und Misshandelte sollen Gerechtigkeit erfahren. Auch Gott ist ein Richter, aber ein ganz anderer.

Wenn wir Gott um Recht bitten, dann hört er zu. Er hört das Weinen und das Klagen. Er lässt sich auf unsere Situation ein. Er ist ganz anders als die anderen Richter. Und darum ist es gut, zu beten und zu bitten, zu drängen und nach einer neuen Chance zu fragen. Gott selbst macht uns Mut zum Beten, zum Beispiel durch die Witwe, von der wir gehört haben.

In Gott liegt unsere Kraftquelle. Er trägt unsere Erwartungen und Hoffnungen auf Recht und Gerechtigkeit, auf Liebe und Leben. Es ist unser Glaube, dass wir uns darauf verlassen. Und aus Gottes Kraft heraus können wir auch für andere Menschen beten. Ich selber

brauche diese Kraft, wenn ich manchmal mit Euch zum Richter gehe, damit Ihr nicht alleine seid.

Ich wünsche Euch diesen Glauben und das Vertrauen in Gott. Er ist sicher für Euch da. Er lässt Euch teilhaben an seinem Leben. Gott segne Euch. Amen.

Anmerkung: Auf dem Gelände des Abschiebungsgewahrsams in Berlin gibt es eine Außenstelle des Amtsgerichtes: Jede Freiheitsentziehung muss richterlich angeordnet werden. Jede Frau und jeder Mann im Gewahrsam hat also Erfahrungen mit dem Richter.

■ Kontakt: Pfarrer Bernhard Fricke
Seelsorger im Abschiebungsgewahrsam
Berlin-Köpenick
bernhard.fricke@gmx.net

FRANKFURTER SELIGPREISUNGEN

Selig, die mit den Augen des anderen sehen können
Und seine Nöte mittragen,
denn sie werden Frieden schaffen.

Selig, die willig sind, den ersten Schritt zu tun,
denn sie werden mehr Offenheit finden
als sie für möglich halten.

Selig, die dem Nächsten zuhören können,
auch wenn er anderer Meinung ist,
denn sie werden Kompromisse fördern.

Selig, die Kranke, Alte und Behinderte besuchen,
denn sie werden niemals einsam sein.

Selig, die mit der Heiligung am Frühstückstisch beginnen,
denn sie werden Sinn im Alltag finden.

Selig, die ihre Vorurteile überwinden,
denn sie werden die Entfeindung erleben.

Selig, die auf ihr Prestige verzichten,
denn an Freunden wird es ihnen nicht mangeln.

Selig, die Niederlagen verkraften können,
denn sie werden Menschenbrücken bauen.

Selig, die zuerst sich mit sich selbst zu Gericht gehen,
bevor sie andere richten,
denn sie dürfen auf Gottes Segen hoffen.

■ Nach Frankfurter Seligpreisungen, Guido Hügen OSB, Sinndeuter, S. 27 f, Georgsverlag, Neuss 2007, Materialien und Gottesdienste unter: www.achten-statt-aechten.de, Rubrik: Service/Materialien/Bausteine und Vorschläge für Gottesdienste

FÜRBITTENGEBET

Guter Gott, Dein Sohn Jesus Christus ist Mensch geworden,
um die Menschen zusammenzuführen und Frieden werden
zu lassen. Wir bitten Dich:

- Für die Einheimischen und die Menschen, die als Migranten nach Deutschland gekommen sind: Dass wir uns gegenseitig achten, für Begegnungen offen sind und mitwirken an einer Kultur der Wertschätzung.
- Für die jungen Migrantinnen und Migranten, die ohne Arbeit, ohne Ausbildung und ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft unter uns leben: Dass sie Menschen und Betriebe finden, die sie aufnehmen, ihnen eine Ausbildungsstelle und Arbeit anbieten, damit sie neue Perspektiven und Hoffnungen gewinnen.
- Für alle Menschen, die Flüchtlinge sind und sich nach Heimat sehnen: Dass wir Verständnis für ihre Ängste und Nöte zeigen und ihnen Hilfe und Unterstützung schenken.
- Für alle Menschen und Institutionen, die politische Verantwortung in Europa tragen: Dass sie nach Wegen suchen, wie eine gerechte Zuwanderungspolitik der Zukunft aussehen kann.
- Für alle Menschen, die sich vor Ort in der Migrationsarbeit engagieren: Dass sie immer wieder Kraft und Unterstützung für ihre wichtigen Anliegen finden.
- Für alle Menschen, die infolge ihres Einsatzes krank und erschöpft sind: Dass sie Menschen haben, die sie begleiten und ihnen helfen.

Guter Gott, stille die Sehnsucht der Menschen nach einer Heimat und hilf ihnen, Dich zu finden. Darum bitten wir Dich durch Jesus Christus, unseren Bruder und Herrn. Amen.

■ Aus dem Eröffnungsgottesdienst der Interkulturellen Woche 2007 in Bayreuth.



Bundesweite Vorbereitungstagung
zur Interkulturellen Woche
Februar 2008, Magdeburg.
Foto: F. Ekol

PSALMGEBET IN DER ABSCHIEBUNGSHAFT

Pfarrer Bernhard Fricke

Psalm 42, 1-6

Amen.

Die Klage des Psalmbeters hilft uns, eigene Klagen vor Gott zu tragen. Wir bitten Gott um sein Erbarmen mit dem Liedvers:

Kyrieruf (gesungen)

1. Die Klage über die Abschiebungen

(eine Kerze wird angezündet)

Gott, ein 28jähriger Mann aus Tunesien hat sich zum Jahreswechsel in der Abschiebungshaft das Leben genommen. Wir wissen nicht viel über die Hintergründe. Aber wir beklagen die verzweifelte Situation, in der die Menschen im Abschiebungsgewahrsam oder angesichts bevorstehender Abschiebungen sind. Es kann immer wieder zu solchen Taten kommen. Herr, erbarme Dich.

Kyrieruf (gesungen)

2. Die Klage über die Freiheitsentziehung

(eine Kerze wird angezündet)

Gott, die allen Menschen geschenkte Freiheit und Würde wird auch in unserem Land dem Interesse des Staates untergeordnet. Wir beklagen die Einschränkungen der Menschenrechte, um Abschiebungen durchzuführen. Wir beklagen das Klima der Fremdenfeindlichkeit in unserem Land und in anderen Ländern Europas. Herr, erbarme Dich.

Kyrieruf (gesungen)

3. Die Klage über Familientrennung

(eine Kerze wird angezündet)

Gott, durch Abschiebungen werden Familien auseinander gerissen. Männer werden ohne Chance auf Rückkehr abgeschoben, Frauen und Kinder bleiben zurück. Wir beklagen dieses unbarmherzige Verwaltungshandeln. Wir beklagen das Leid in den Familien und die Zerstörung der Zukunft für die Kinder. Herr, erbarme Dich.

Kyrieruf (gesungen)

1. Die Klage über den Tod an den Grenzen

(eine Kerze wird angezündet)

Gott, voller Hoffnung machen sich Menschen auf den Weg, die einen auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung, andere auf der Suche nach Lebensmöglichkeiten für sich und ihre zurückbleibenden Familien. Wir beklagen den tausendfachen Tod an den Grenzen Europas. Wir beklagen die ungerechten Verteilungsstrukturen und Lebenschancen in der globalisierten Welt. Herr, erbarme Dich.

Kyrieruf (gesungen)

4. Die Klage über fehlenden Widerspruch

(eine Kerze wird angezündet)

Gott, unser Widerspruch gegen Menschenrechtsverletzungen und die Praxis der Verwaltungen in Bezug auf Abschiebungshaft und Abschiebungen macht uns häufig müde. Wir beklagen vor Dir unsere eigene Schwäche und setzen unser Vertrauen ganz auf Dich. Wir bitten um Deine Gegenwart: Mache uns frei zur Suche nach dem Leben für uns selbst und für andere. Herr, erbarme Dich.

Kyrieruf (gesungen)

Stille

Gnadenspruch

Jesus Christus tröstet und ermutigt seine Jünger – und somit auch uns: Es ist noch eine kleine Zeit, dann wird die Welt mich nicht mehr sehen. Ihr aber sollt mich sehen, denn ich lebe, und Ihr sollt auch leben. Amen

■ Kontakt: Pfarrer Bernhard Fricke

Seelsorger im Abschiebungsgewahrsam Berlin-Köpenick
bernhard.fricke@gmx.net

LITURGIEVORSCHLAG FÜR EINEN GEMEINDEGOTTESDIENST INNERHALB DER INTERKULTURELLEN WOCHEN 2008

Eingangslied: EG 426

Manche Ausleger des 23. Psalms meinen, dieser Psalm sei ursprünglich von Flüchtenden gebetet worden, die im Tempel Zuflucht vor Verfolgung gesucht haben. Aufgabe der Kirche ist es, den Bedrängten Geborgenheit und Schutz zu gewähren:

Psalm 23

Der Herr ist mein Hirte,
mir wird nichts mangeln.

Er weidet mich auf einer grünen Aue
und führt mich zum frischen Wasser.

+ **Gemeinde Antiphon:** (z.B. GL 718,1)

»Der Herr ist mein Hirt; er führt mich an Wasser
des Lebens.«

Er erquickt meine Seele.

Er führt mich auf rechter Straße um seines Namens willen.

Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal,
fürchte ich kein Unglück.

Denn du bist bei mir,
dein Stecken und Stab trösten mich.

+ **Gemeinde Antiphon:**

Du bereitest vor mir einen Tisch
im Angesicht meiner Feinde.

Du salbst mein Haupt mit Öl
und schenkst mir voll ein.

Gutes und Barmherzigkeit werden mir folgen
mein Leben lang,

und ich werde bleiben im Hause des Herrn immerdar.

+ **Gemeinde Antiphon:**

Kyrie

In unserem Land werden Menschen
wegen ihrer Abstammung, ihrer Sprache, ihrer
ursprünglichen Heimat oder ihrer Herkunft
nicht nur benachteiligt.

Allein wegen ihrer Abstammung
werden Menschen Opfer körperlicher Gewalt.

Kyrie eleison.

Wegen ihrer Herkunft haben viele in unserem Land
schlechtere Chancen auf gute Bildung.

Kyrie eleison.

Im »Bemühen, dem Missbrauch des Asylrechts zu wehren«,
wird »dessen Kern ausgehöhlt«¹.

Viele Maßnahmen »zielen darauf,
die Zahl der Einwanderer und Flüchtlinge zu begrenzen [...].

Menschenrechtsverpflichtungen treten hinter den Maßnahmen zur Verhinderung der Einreise von Flüchtlingen zurück.«²

Kyrie eleison.

Gloria

Gebet

Ach Gott,

in unserm Land leben Menschen verschiedener Herkunft
und Hautfarbe meist friedlich nebeneinander.

Schenke ihnen die Kraft, dass aus dem Nebeneinander
ein Miteinander werde.

Darum bitten wir durch Jesus Christus, unsern Bruder und
Herrn, der mit dir und dem heiligen Geist lebt und
regiert in Ewigkeit.

Amen.

Credo

Rudolf Alexander Schröder hat 1937 ein Credo gedichtet,
das den Vater besingt, »dessen Wink und Ruf das Licht aus
Finsternissen schuf.«

Und den Sohn, der »annimmt unsre Not, litt unser Kreuz,
starb unsern Tod«.

Und den »Geist, der heilig insgesamt lässt Christen
Christi Kirche sein.«

Singen wir es!



Foto: G. Burkhardt

1 Wolfgang Huber, Der Schutz von Flüchtlingen als christliche Pflicht,
23. Mai 2003, Ökumenischer Kirchentag

2 a.a.O.

Lesung 1

Das Gesetz, das Zehnwort, lautet im biblischen Original so:
Exodus 20,1-17

Lesung 2

Jesus fasst das Zehnwort so zusammen:
Matthäus 7,12

Lied vor der Predigt: GL 301/EG 277

Die Predigt zu Galater 5,25-6,5

*Die Predigt unter Berücksichtigung des Plakatmotivs zur Interkulturellen Woche 2008 finden Sie unter:
www.propastoral.de*

Kanon nach der Predigt: Sie werden kommen von Osten und Westen (T: Peter Oldenbruch, 2002/M: Sebastian Zebe, 2002)

Fürbitten

alle:

»O komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein, verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein«, wenn Einheimische und Zuwandernde einander fremd sind und Angst haben voreinander, wenn Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

alle:

»O komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein, verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein«, wenn wir uns selbst fremd werden, wenn wir das Gefühl haben, »im falschen Film« zu sein, wenn das Leben in den Dingen ist, die wir herstellen und wegwerfen.

alle:

»O komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein, verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein«, wenn eigenes oder fremdes Leid uns die Kraft zum Atmen nimmt, wenn Menschen ihr Leben ausweglos erscheint.

alle:

»O komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein, verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein«, wenn wir den Boden unter den Füßen verlieren, wenn uns die Felle wegschwimmen, wenn unser Herz sich zusammenzieht.

alle:

»O komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein, verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein«, wenn wir die Last anderer mittragen und wenn wir sie nicht mittragen können, wenn wir weinen und wenn wir lachen, wenn wir schwach und wenn wir stark sind.

alle:

»O komm, du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein, verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein.«

Nach einer Weile der Stille beten wir

Vater unser

Schlussgebet

»Herr Jesus Christus, in dir sind Himmel und Erde zusammengefasst; auf dich hin sind wir geschaffen.

Du willst nicht, dass jeder nur für sich selbst lebt, sondern dass alle in gegenseitiger Liebe dir dienen und als Glieder einer Gemeinschaft die Güter der Erde gebrauchen und teilen.

Wir sollen das Leid in der Welt heilen oder gemeinsam tragen und miteinander die Fülle des Lebens empfangen. Immer mehr Menschen bewohnen die Erde und suchen für sich und ihre Familien eine Lebensperspektive; immer mehr werden wir alle voneinander abhängig.

Mach mein Herz weit für die Anliegen der Menschen, dass ich fähig werde, an einer Gesellschaft mitzubauen, deren Mitte du selbst bist.«

Segen

Erarbeitet von Pfarrer Peter Oldenbruch

■ Kontakt: Tel.: 0 61 32 / 43 32 70
info@propastoral.de
www.propastoral.de

»MAN MUSS GAST DES ANDEREN SEIN, UM IHN ZU VERSTEHEN«

WIE SICH CHRISTEN UND MUSLIME IM BISTUM ESSEN BEGEGNEN

Weihbischof Franz Vorrath

 Dienstag, 29. Mai, 16.00 Uhr, an der Grenze zwischen Frohnhausen und Altendorf, zwei dicht besiedelten Stadtteilen von Essen. Etwa fünf Kilometer vom Stadtzentrum entfernt leben hier Deutsche und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eng beieinander. In einer Toreinfahrt, die zu einem kleinen Hinterhof führt, begrüßen sich etwa ein Dutzend Männer. Einem Teil von ihnen ist unschwer die ausländische Herkunft anzusehen. Im Hintergrund liegt Baumaterial: Zementsäcke, Schalbretter, ein kleiner Sandhaufen. Was für einen Außenstehenden aussehen könnte wie der Ortstermin des Bauaufsichtsamtes, ist der Beginn einer Begegnung zwischen einer Moscheegemeinde und den katholischen Nachbarn.

Schon lange ist es üblich, dass während einer Visitations»reise«, also dann, wenn ein Bischof alle Gemeinden und katholischen Einrichtungen in einem Dekanat besucht, auch Gespräche beim evangelischen Superintendenten und – soweit vorhanden – bei der jüdischen Gemeinde eingeplant werden. Als Weihbischof im Bistum Essen, mitten im Ruhrgebiet, wo besonders viele Muslime leben, besuche ich während der Visitation in der Regel auch eine Moscheegemeinde. Damit versuche ich in meinem Dienst das umzusetzen, was uns das Zweite Vatikanische Konzil mit auf den Weg gegeben hat. »Die Kir-

che«, so das Konzil, »betrachtet die Muslime mit Hochachtung«. Muslime haben unbeschadet aller Unterschiede im Glauben und Gottesbild vieles gemeinsam mit uns Christen. Vor allem beten sie »mit uns den einen Gott an«. Daher ruft das Konzil die katholischen Christen auf, »sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen« und gemeinsam zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und des Friedens beizutragen.

Wie können diese großen Worte in den Alltag umgesetzt werden? Kehren wir zurück nach Essen-Frohnhausen. Der Moscheeverein, den wir im Mai besucht haben, gehört zum Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), dem zweitgrößten muslimischen Dachverband in Deutschland. Obwohl sich dieser Verein bereits seit über 20 Jahren im Stadtteil befindet, gibt es aktuell keinerlei Kontakte zwischen den katholischen Gemeinden in der Umgebung und den Vertretern der Muslime. Das ist leider kein Einzelfall. Wenn es aber stimmt, dass die Religionen eine Verantwortung für die friedliche Gestaltung der Welt haben, und zwar im Großen wie im Stadtteil, dann dürfen wir nicht nebeneinander her leben. Wir müssen miteinander reden, nicht übereinander.

Den Nachmittag bei den Muslimen in Frohnhausen haben wir dazu genutzt. Unser Eindruck: In der Öffentlichkeit wird häufig ein Bild der Muslime in

Deutschland gezeichnet, das mit der Realität in den allermeisten Moscheegemeinden wenig zu tun hat. Während in den Zeitungen über Großmoscheen gestritten wird, wurde uns ein bescheidener, größtenteils mit eigenen Mitteln nach Feierabend neu ausgebauter Gebetsraum gezeigt, der vielleicht 100 Gläubigen Platz bietet. Das Vorderhaus, ebenfalls selbst renoviert, beherbergt Räume für den Koranunterricht und Hausaufgabenhilfe. Beeindruckend ist die große Gastfreundschaft. Wir werden freundlich empfangen und mit Obst und Gebäck bewirtet. Unsere Gesprächspartner sind einfache, ehrliche Arbeiter. Der Vorstand des Moscheevereins besteht aus Arbeitern und Handwerkern, die sich oft nach Feierabend mit großem Engagement um die Gemeinde kümmern. Sie leben ihren muslimischen Glauben und sorgen sich darum, wie sie ihn an ihre Kinder weitergeben können. Der Imam spricht leider nicht deutsch, so dass das Gespräch hauptsächlich mit den Vorstandsmitgliedern geführt wird. Unsere Fragen zum Gemeindeleben und zu den Aufgaben des Imams werden gerne beantwortet. Wir erfahren, dass der VIKZ besonders großen Wert auf die Bildung legt und daher Hausaufgabenhilfe für Schüler anbietet. Sie wird von ehrenamtlichen Gemeindemitgliedern betreut. Der Imam selbst leitet das muslimische Pflichtgebet, das jeden Tag fünf Mal vorgeschrieben ist, und hält beim Freitagsgebet eine Predigt. Er steht für Fragen der Gemeindemitglieder zur

VIELE GUTE IDEEN ZU INTERRELIGIÖSEN INITIATIVEN – KOMPAKT IN EINEM HEFT

Im Rahmen des Projektes »Weißt du, wer ich bin?« – das Projekt der drei großen Religionen für friedliches Zusammenleben in Deutschland – ist das dritte Materialheft erschienen. Auf 124 Seiten sind aus den drei Jahren, seit denen das Projekt besteht, Beispiele und Anregungen aus dem reichen Schatz der durchgeführten Initiativen zusammengestellt. Von A (Alsfeld) bis W (Würzburg) sind über 80 »best-practice-Beispiele« auf jeweils einer Seite beschrieben: Vorbereitung, Aktivitäten, Ziele und Zielgruppen, Ansprechpartner. Neben den nach Orten alphabetisch beschriebenen Initiativen gibt es auch eine systematische Zusammenstellung, die die Bandbreite der Begegnungsmöglichkeiten und Ideen zeigt. Dargestellt sind Initiativen zu Gottesdienst und Gebet, Podiums- und Gesprächsveranstaltungen, Ortsbegehungen in Kirche-Moschee- Synagoge, Essen und Begegnung, Kunst und Kultur, Frauen, Familie und Kinder, Schule und Jugendliche.



■ Das Materialheft kostet 5,- Euro zzgl. Versandkosten und ist zu beziehen über: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, Ökumenische Centrale Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt/M. Tel.: 069 / 24 70 27 0 info@ack-oec.de www.oekumene-ack.de

fest auf die Beine stellen, mit dessen Erlös der heruntergekommene Spielplatz erneuert wird. Anderswo beteiligen sich Kirchen und Moscheevereine an einem Aktionstag, bei dem der Stadtteil von Müll gesäubert wird. In Essen-Katernberg sind die Moscheegemeinden Teil eines Jugendhilfenetzwerkes, das zusammen mit der Polizei erfolgreich gegen Jugendgewalt im Stadtteil vorgeht.

Die Brücken zwischen Christen und Muslimen, zwischen Kirche und Moschee wachsen nicht von selbst. Sie müssen gebaut werden. Oft werden am Anfang Menschen gebraucht, die beide Seiten zusammenbringen. Denn bei vielen ist die Unsicherheit groß. Können wir mit diesem oder jenem Moscheeverein Kontakt aufnehmen oder sind diese Leute gefährliche Islamisten? Auch wenn nur ein verschwindend kleiner Teil der mehr als 2.400 Moscheegemeinden in Deutschland von Sicherheitsbehörden als gefährlich eingestuft wird, ist es gut, wenn man beim ersten Kontakt auf einen erfahrenen Vermittler zurückgreifen kann. Im Bistum Essen haben wir daher für jedes Stadt- und Kreisdekanat einen katholischen Islambeauftragten benannt, der sich unter den Moscheen auskennt und Erfahrungen im Dialog hat. Fast alle deutschen Diözesen haben eine Ansprechpartner für den Dialog mit dem Islam.

Anregungen für die Begegnung der Religionen:

- Materialhefte der Aktion »Weißt du, wer ich bin?«: www.weisstduwerichbin.de
- Arbeitshilfe 172 der Deutschen Bischofskonferenz: »Christen und Muslime in Deutschland«, kostenlos herunterzuladen oder zu bestellen unter www.dbk.de

■ Aus: MIG-MAG Migrations-Magazin Sozialcourage 4 / 2007
Deutscher Caritas-Verband (Hrsg.)
www.sozialcourage.de

Verfügung und besucht Familien in schwierigen Situationen. Außerdem gibt der Imam den Kindern in der Regel am Wochenende Koranunterricht. Hier lernen die jungen Muslime, den Koran auf Arabisch zu rezitieren. Sie brauchen diese Kenntnis, um am Pflichtgebet teilnehmen zu können, bei dem Koransuren auf Arabisch gesprochen werden.

Umgekehrt interessiert die Muslime, was genau ein Weihbischof ist: Anders als der Name nahe legt, so kann ich erklären, bin ich nicht nur für Einweihungen zuständig, sondern unterstütze den Bischof in der Leitung des Bistums. Konkret bin ich zuständig für die Caritas.

»Man muss Gast des anderen sein, um ihn zu verstehen«, sagt Louis Massignon, einer der Pioniere des christlich-islamischen Dialogs. In Frohnhausen haben wir im Mai den ersten Schritt dazu getan. An anderen Stellen in unserem Bistum kommen Muslime und ihre katholischen Nachbargemeinden schon regelmäßig zusammen. So laden Muslime gerne gegen Ende des Fastenmonats

Ramadan zum Fastenbrechen ein. Oder Christen stellen an einem Adventabend ihre weihnachtlichen Bräuche vor. In Mülheim, zum Beispiel, wurde eine interreligiöse Stadtrundfahrt organisiert. Bei einem kürzlich prämierten Projekt in Duisburg lernten Katechetinnen und andere Verantwortliche gegenseitig den jeweiligen Kommunion-, Konfirmations- und Koranunterricht kennen.

Bei diesen Gelegenheiten wachsen nicht nur Vertrauen und Verständnis füreinander. Gleichzeitig wird damit der Boden bereitet für eine neue, wichtige Phase des Dialogs: Was können wir gemeinsam für die Menschen in unseren Gemeinden und in unserem Stadtteil tun? Muslimische Gemeinden befinden sich besonders häufig in so genannten Ausländerstadtteilen, in denen es aufgrund der schwachen Sozialstruktur wenig Engagement für das Gemeinwohl gibt. An verschiedenen Orten im Ruhrgebiet sind »Runde Tische« entstanden, an denen Vertreter der christlichen und der muslimischen Gemeinden zusammen mit Verantwortlichen aus Schulen, Kindergärten und Vereinen zum Beispiel ein Nachbarschafts-

DIE »KIRCHE IM DORF« UND DIE MOSCHEE VOR DER HAUSTÜR.

WENN RELIGION SICHTBAR WIRD ...

Dr. Christoph Dahling-Sander

 In Deutschland existierten im Jahr 2005 knapp 3.000 Moscheen bzw. islamische Gebets- und Versammlungsräume. Darunter befinden sich 143 sogenannte »klassische Moscheen«, überwiegend im osmanischen/türkischen oder arabischen Stil. 128 weitere werden gebaut bzw. stehen kurz vor Baubeginn.¹

MOSCHEEN ALS SPIEGEL DES GLAUBENS UND LEBENS VON MUSLIMEN

In der Regel sind die Moscheen und Gebetsräume von außen nicht als solche ersichtlich. Zum Teil weisen nur kleine Schilder oder grüne Anstriche auf sie hin. Oft befinden sie sich in Gewerberäumen, in Industriegebieten oder Hinterhöfen. Erst die Innenräume eröffnen eine islamische Welt, zum Teil liebevoll gestaltet.

Diese Situation spiegelt die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten wider. Über viele Jahre waren »Gastarbeiter« davon ausgegangen, wieder in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Als gläubige Muslime suchten sie dennoch die Gemeinschaft mit Geschwistern ihres Glaubens. Die ersten Provisorien entstanden und blieben seitdem oftmals bestehen. Nach über 20 Jahren begann sich in den 1980er Jahren die Situation in Deutschland zu ändern. Es wurde deutlich, dass die Familien mit ihren Kindern und Enkeln nicht zurückkehren. Um sich nun dauerhaft zu etablieren, wurden islamische Dachverbände gegründet. Auch baulich kam diese Änderung in dem Wunsch zum Ausdruck, nicht nur provisorische Moscheen, sondern repräsentative Moscheen zu errichten, mit Kuppel und Minaretten. So wurden zunehmend Baugrundstücke bzw. Immobilien erworben, da eine Moschee auf eigenem Grund stehen soll.

Die Funktionen einer Moschee sind vielfältig. Zum einen umfassen sie die

für Frauen und Männer getrennten Gebetsräume für die fünf täglichen Ritualgebete, die Freitagsgebete und die Festtagsgebete. Nach muslimischer Frömmigkeit müssen die Betenden rituell rein sein. Deshalb gehören zu jeder Moschee Sanitäreinrichtungen für die rituellen Waschungen.

Hinzu kommen stets Räume für den Koranunterricht (Koranschule) für Kinder und Jugendliche. Zum Teil gibt es auch Räume für Kindergruppen und Nachhilfeunterricht. Oft gibt es eine Leihbücherei für Koranausgaben, religiöse und andere Schriften und Medien. In der Regel gehören in Deutschland zur Moschee auch Gesellschaftsräume bzw. eine Teestube oder ein Cafe. Hier suchen vor allem ältere Menschen Geselligkeit im Alltag. So kommt der Moschee auch eine soziale und kommunikative Funktion zu.

VORAUSSETZUNGEN UND REAKTIONEN AUF MOSCHEEBAU Vorhaben

Die Reaktionen auf den Bau einer Moschee sind innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zum Teil sehr kritisch und skeptisch. Dies gilt auch für Christinnen und Christen. Nach einer Befragung der Evangelischen Kirche in Deutschland lehnt etwa ein Drittel der evangelischen Christinnen und Christen einen Moscheebau ab, begründet unter anderem mit kultureller Fremdheit und »Angst vor nachbarschaftlicher und politischer Unruhe«². Ungefähr genauso viele stimmen einem Moscheebau mit bestimmten Einschränkungen zu. Nur eine Minderheit von etwa 11 % der evangelischen Christinnen und Christen stimmt einem Moscheebau uneingeschränkt zu. Das Resümee der EKD-Studie lautet: »Die Ergebnisse zum Problem des »Moscheebaus« deuten darauf hin, dass der Themenkomplex »christliche Leitkultur« und die Frage des Verhältnisses der christlichen Mehrheit zur islamischen Minderheit in Zukunft eines der brennenden Themen der christlichen Kirchen werden dürfte, das allerdings –

das deutet sich in den Zahlen an – vermutlich bei einem beträchtlichen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht auf Gegenliebe stoßen wird.«³

Aus Sicht des Grundgesetzes steht dem Bau einer Moschee nichts entgegen, vorausgesetzt der Trägerverein hält sich an die freiheitlich demokratische Grundordnung Deutschlands. Kommunen haben daher die Pflicht, geeignete Flächen für Gebetsräume auszuweisen. Die Evangelische Kirche tritt dafür ein, dass dieses elementare Grundrecht auch für Nichtchristen gilt. »Zum Recht auf ungestörte Religionsausübung gehört auch das Recht auf den Erwerb von Gebetsräumen und die Errichtung von Moscheen.«⁴

In öffentlichen Diskussionen wird häufig gefordert, es sollten erst einmal Kirchen in islamisch geprägten Ländern gebaut werden dürfen. Die Forderung nach Durchsetzung von Religionsfreiheit auch für Christen ist völlig berech-

Arbeitshilfe:

Verständigung im Konflikt.

Positionen entwickeln für das Zusammenleben von Christen und Muslimen.



Bezug: Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Postfach, 30002 Hannover
Tel.: 05 11 / 12 41-452; Fax: 05 11 / 12 41-941
islam.migration@kirchliche-dienste.de
www.kirchliche-dienste.de/islam.migration
Preis: 10,- Euro zzgl. Versandkosten

tigt und wird von den Kirchen vorangetrieben. Allerdings wird dies nicht zur Bedingung gemacht werden können. Das Neue Testament weist gerade solches »wie du mir – so ich dir – Denken« zurück (Mt 5, 39). Zum einen können die hier lebenden Muslime nicht für Missstände in anderen Ländern verantwortlich gemacht werden. Zum anderen leben sie hier, und hier ist die Religionsfreiheit elementarer Bestandteil unserer Rechtsordnung und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. So ist die in Deutschland praktizierte Religionsfreiheit vielmehr als Vorbild und »Exportschlager« für andere Länder zu sehen, um ihr dort zum Durchbruch zu verhelfen.⁵

Wünschenswert ist allerdings der Verzicht auf die Namensgebung »Fatih-Camii«, »Eroberer-Moschee«. Hier ist ein sorgsamerer Umgang mit der eigenen Geschichte des Herkunftslandes im Kontext des Zuwanderungslandes erforderlich, da diese Namensgebung mit Bezug auf Sultan Mehmet 11, »den Eroberer«, an die Eroberung des christlichen Konstantinopel durch Muslime im Jahr 1453 erinnert.

STREIT UM DEN GEBETSRUF

Strittig sind auf islamischer und christlicher Seite besonders die Errichtung von Minaretten und der öffentliche Gebetsruf. Ein Minarett gehört nicht zwingend zu einer Moschee, so dass Minarette in Deutschland nach wie vor noch eine Ausnahme sind. Dennoch bieten sie für viele Muslime eine symbolische Identifikation und Ausstrahlung nach außen. Ob und wie hoch ein Minarett gebaut werden kann, richtet sich nach dem Raumplanungs- und Baurecht. Dies gilt nebenbei bemerkt ebenso für die gesamte Architektur und vorzuhaltende Parkplätze. Anders sieht es mit dem Gebetsruf aus.

Für die muslimische Mehrheit gehört der arabischsprachige Ruf des Muezzin zum religiösen Ritual der fünf täglichen Gebete, des Freitagsgebets und der Festtagsgebete. Wird nun ein Minarett mit der Einschränkung erlaubt, dass kein durch Lautsprecher nach außen hin verstärkter Ruf des Muezzin erfolgen darf, sehen Muslime darin zum Teil eine Einschränkung ihrer Religionsfreiheit. Andererseits argumentieren islamische Gelehrte, dass sich der Gebets-

MOSCHEE-BAU CHRISTEN SAMMELN FÜR MUSLIME



Architekt Paul Böhm präsentiert das Modell der geplanten Kölner Moschee im August 2007 in Köln
Foto: epd-bild

■ Ist doch klar, dass wir denen helfen«, sagt Franz Meurer, katholischer Pfarrer der St. Theodor-Gemeinde in Köln. Aber so klar ist das nicht. Denn mit »denen« ist die türkisch islamische Vereinigung DITIB in Köln gemeint. Die baut in Köln-Ehrenfeld eine türkische Moschee und genau dafür sammelte Franz Meurer Geld auf der Sonntagskollekte zum fünfjährigen Bestehen der Kirche. Die Idee dafür hatte der Pfarrgemeinderat, Kirchenvorstand und Pfarrer aber befanden die Idee für gut. Durch Kollekte und

weitere Spenden sind inzwischen rund 2.200 Euro zusammengekommen. Das ist viel Geld, »aber nicht das wichtigste«, wie Franz Meurer und Rafet Öztürk von DITIB gemeinsam betonen. Wichtiger ist ihnen die intensive Zusammenarbeit, die aus der Geste inzwischen entstanden ist.

■ Aus: MIG-MAG Migrations-Magazin Sozialcourage 4 / 2007
Deutscher Caritas-Verband (Hrsg.)
www.sozialcourage.de

ruf nach der örtlichen Situation zu richten habe. Zwar sei ein striktes Verbot eine unbillige Härte. Doch der Ruf des Muezzin zum Gebet solle gegebenenfalls so leise vorgetragen werden, dass er außerhalb der Moschee nicht zu vernehmen sei.

Auf nichtmuslimischer, keineswegs nur christlicher Seite argumentieren Kritiker vor allem damit, dass der Gebetsruf ein öffentliches Glaubensbekenntnis darstelle – gerade im Unterschied zum Glockengeläut, das ohne eine Bekenntnisaussage zum Gebet rufe. Der Gebetsruf ist demnach bereits eine religiöse Handlung, Glocken laden dagegen nur zu einer religiösen Handlung ein. Religionsfreiheit bedeute daher auch, nicht den Glaubensaussagen anderer ausgesetzt sein zu müssen (negative Religionsfreiheit). Schließlich wird vorgebracht, die elektronische Verstärkung

störe ästhetisches Empfinden und passe nicht in die Umgebungskultur.

Befürworter betonen, dass aus juristischer Sicht dem Ruf des Muezzin nahezu nichts entgehen stehe und er unter den Schutz der Religionsfreiheit falle. Auch Verkündigung, also Bekenntnis und Gebet sind geschützt. Vorausgesetzt ist dabei, dass sich die Moscheegemeinde in ihren Glaubens- und Lebensäußerungen im Rahmen des Grundgesetzes bewegt. Zudem sei auch das Glockengeläut geschichtlich lange nicht selbstverständlich gewesen und störe heute bei vielen Menschen deren ästhetisches Empfinden.

Eine eigene Note erhält die Diskussion um die Vergleichbarkeit von Gebetsruf und Glockengeläut vor dem Hintergrund, dass auch das Glockengeläut zunehmend strittig gemacht wird. In

den Vordergrund tritt dabei die Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz von Geräuschmissionen. Christen sind also gleichermaßen herausgefordert, sich des Sinns des Glockengeläuts wieder bewusst zu werden und ihn glaubwürdig mit Leben zu füllen.

PERSPEKTIVEN FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN

Den Argumenten sowohl der Kritiker als auch der Befürworter ist weitgehend beizupflichten, so dass in der jeweiligen Situation eine Abwägung erfolgen wird. Im Ergebnis verzichten Muslime zum Teil aus Rücksicht auf ihr Umfeld auf den Gebetsruf (stumme Minarette) oder beschränken sich auf den Ruf zum Freitagsgebet. Andernorts legen Kommunen ihnen Beschränkungen bis hin zum gänzlich »stummen Minarett« auf.

Insbesondere zeigen die Argumente, dass die Moscheegemeinde sich in ihrer Glaubens- und Lebenspraxis deutlich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen muss.

Eine diesbezüglich transparente Haltung und der Aufbau von verbindlichen Kontakten mit der Mehrheitsgesellschaft im Umfeld der Moscheegemeinde erweist sich als nachhaltig hilfreich. Es fördert im Vorfeld eines Moscheebaus das gegenseitige Vertrauen. Selbstverständlich ist dazu die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft erforderlich, sich bei aller Fremdheit auf die Nachbarn einzulassen.

Kirchengemeinden können gegebenenfalls in Konfliktfällen eine moderierende, deeskalierende Funktion übernehmen. Nicht nur dafür ist es vorteilhaft, frühzeitig nachbarschaftliche Kontakte zu knüpfen, sich gegenseitig einzuladen und informative sowie Vertrauensschaffende Maßnahmen durchzuführen. Muslime und Christen müssen sich also so weit verständigen, dass das öffentliche Leben friedvoll gestaltet und gegenseitiger Respekt gefördert werden können. Denn dies brauchen alle Religionsgemeinschaften für sich wie auch für das Zusammenleben in einer Gesellschaft.

■ Der Artikel wurde gekürzt entnommen aus: Arbeitshilfen: Verständigung im Konflikt. Positionen entwickeln für das Zusammenleben von Christen und Muslimen. Susanne Benzler, Christoph Dahling-Sander, Friedrich Holze

- 1 Vgl. Zentralinstitut Islam Archiv Deutschland Stiftung e.V. (Hg.): Frühjahrsumfrage 2005, Soest 2005, S. 14.
- 2 Kirche, Horizont und Lebensrahmen. Vierte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Hannover 2003, S. 52.
- 3 Kirche, Horizont und Lebensrahmen, a.a.O., S. 52.
- 4 Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der EKD, Gütersloh 2000, S. 112.
- 5 Vgl. Bedrohung der Religionsfreiheit (EKD-Texte 78), Hannover 2003, und Christoph Dahling-Sander: Religion und Staat und die Bedeutung der Menschenrechte im Christentum, in: So fremd – so nah. Dialog zwischen Christentum und Islam, Hannover/Loccum 2005, S. 44-46.

»ZUM ERSTEN MAL SEIT DEN TAGEN DES PROPHETEN ... «

ZUM OFFENEN BRIEF VON 138 MUSLIMISCHEN GELEHRTEN AN DIE CHRISTEN

Karl-Josef Kuschel

■ Soll man es eine Ironie der Vorlesung oder gar einen »glücklichen« Irrtum nennen? Die Vorlesung von Papst Benedikt XVI. an der Universität Regensburg am 12. September 2006 hatte wegen eines verunglückten Zitates über eine angebliche Inhumanität des Propheten Mohammed Unruhen in Teilen der islamischen Welt ausgelöst. Gleichzeitig aber brachten diese Unruhen ein bemerkenswertes Dokument hervor, das es ohne diese Rede so nie gegeben hätte und das in der neuen Geschichte der Religionen seinesgleichen sucht: einen offenen Brief von 38 führenden muslimischen Gelehrten aus aller Welt an Papst Benedikt XVI.

Ohne diesen Brief der 38 würde es auch das soeben erschienene zweite Dokument nicht geben. Noch deutlicher als zuvor rückt es das Doppelgebot der

Liebe ins Zentrum des muslimisch-christlichen Dialogs. Es ist bewusst am 13. Oktober 2007 veröffentlicht, dem Jahrestag des ersten offenen Briefes, und ist jetzt gerichtet an alle Vertreter christlicher Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Und: Statt 38 gibt es jetzt 138 Unterzeichner – Autoritäten aus der ganzen islamischen Welt.

Wie ist dieses Dokument einzuschätzen? Was sind seine Stärken, was seine Schwächen?

■ Nach Selbsteinschätzung der Unterzeichner handelt es sich um ein geschichtlich beispielloses Dokument. Zum »ersten Mal seit den Tagen des Propheten« seien Gelehrte, Amtsträger und Intellektuelle aus der Welt des Islams einmütig zusammengekommen, um einen »gemeinsamen Grund zwischen Christentum und Islam« zu deklarieren. »Niemals zuvor« hätten Musli-

Papst Benedikt XVI. hat mit einer persönlichen Einladung in den Vatikan auf den Appell der 138 geantwortet. Dies geht aus einem Brief an den Initiator des Briefes, Prinz Ghazi von Jordanien hervor, den Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone am 19. November unterzeichnete: »Der Papst drückt seine große Hochachtung aus für diese Geste, für den positiven Geist, der den Text beseelt, sowie für den Ruf ins gemeinsame Engagement, um Frieden in der Welt zu schaffen.«

Der vollständige Brief von Papst Benedikt XVI. lässt sich nachlesen unter:
www.cibedo.de/antwort_papst_138.html

me diese Art von »definitiver Konsenserklärung im Blick auf das Christentum« abgeliefert. Zugleich wird auf die dramatische Weltsituation verwiesen und daraus die Verantwortung von Christen und Muslimen für »unsere

gemeinsame Zukunft« abgeleitet. »Das reine Überleben der Welt« stehe auf dem Spiel! Ein seit Jahren von dem Theologen Hans Küng vertretener Grundsatz tönt uns hier aus dem Munde von Muslimen entgegen: Ohne dass Christen und Muslime miteinander in Frieden leben, gibt es keinen Frieden auf der Welt!

■ Die Unterzeichner respektieren die Autorität der christlichen Heiligen Schrift, ja rufen die Christen dazu auf, dieser Schrift »mehr und nicht weniger treu zu sein«. Bemerkenswert, wie vorbehaltlos in diesem Dokument Muslime aus dem Alten und Neuen Testament zitieren – gerade im Blick auf das Doppelgebot der Liebe. Traditionalistische Koranauslegung erklärt die heiligen Schriften von Juden und Christen in der Regel für verderbt und verfälscht. Man nimmt sie kaum zur Kenntnis. Jetzt zitieren muslimische Autoritäten das Neue Testament – unter anderem mit dem Satz aus dem Markusevangelium: »Denn wer nicht gegen uns ist, der ist für uns«, um daran die Aufforderung an Christen zu knüpfen, »Muslime nicht als ›gegen‹ sie gerichtet zu sehen, sondern als ›mit‹ ihnen«.

■ Bemerkenswert genug: Es sind Muslime, die Christen »einladen«, sich ausdrücklich »an Jesu Wort im Evangelium zu erinnern«: »Der Herr, unser Gott ist der einzige Herr. Darum sollst du den Herrn, deinen Gott lieben, mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit all deinen Gedanken und all deiner Kraft. Als Zweites kommt hinzu: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Kein anderes Gebot ist größer als diese beiden« (Mk 12, 29–31).

■ Das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe wird als geistiges und ethisches Zentrum des Islams herausgestellt. Weite Passagen des Dokuments bestehen darin, dieses Doppelgebot vom Koran und der Sunna (den Sprüchen des Propheten) her zu begründen.

Gleichzeitig wird auf Parallelen im Alten Testament (Dt 6, 4 f; Lev 19, 18; Jos 22, 5) aufmerksam gemacht. Gefolgt wird daraus: »Die Einzigartigkeit Gottes, die Liebe zu ihm und die Liebe zum Nächsten stellen eine gemeinsame Basis dar, auf der der Islam und das Christentum (und das Judentum) begründet sind.«

Die Stärken dieses Dokuments:

■ Wie oft habe ich in meinen Veranstaltungen der letzten Jahre zum interreligiösen Dialog die Behauptung gehört »die« Muslime wollten gar keinen Dialog. Dialog wollten nur einige blauäugige liberale christliche Theologen mit einem verharmlosenden Islam-Wunschbild im Kopf. Das Dokument der 138 widerlegt eine solche Behauptung ein für alle Mal. Es erfüllt damit eine Forderung, die viele Christen seit Jahren ihren muslimischen Partnerinnen und Partnern gegenüber erheben: in die Offensive gehen! Klar machen, dass der interreligiöse Dialog ein genuines Anliegen auch von Muslimen sein kann. Öffentlich zeigen, dass der Islam über Grundlagen für einen Dialog verfügt.

■ Die Fokussierung auf das Doppelgebot der Liebe sprengt all die Klischees vom Islam, die sich seit Jahren öffentlich verfestigt haben. Nach diesem Klischee steht im Zentrum »des« Islams aggressiver Missionarismus, Gewaltbereitschaft, Freiheitsunterdrückung, Menschenrechtsverweigerung, insbesondere auch gegenüber Frauen. Wahrhaftig: Das öffentliche »Image« des Islams bei uns ist nicht gerade bestimmt vom Doppelgebot der Liebe. Hier setzen die Unterzeichner einen Kontrapunkt und ziehen daraus die Konsequenz: »Als Muslime sagen wir den Christen, dass wir nicht gegen sie sind und dass der Islam nicht gegen sie ist.«

Die Schwächen des Dokuments:

■ Auch sie gibt es, und auch sie seien offen benannt: Das Dokument lädt Christen zum Dialog ein, ignoriert aber den jüdischen Partner. Erstaunlich genug: Auf das Alte Testament, die jüdische Liturgie, auf Judentum und Juden wird an manchen Stellen im Dokument durchaus verwiesen. Die Unterzeichner wissen, dass das Doppelgebot der Liebe nicht von Christen »erfunden« wurde, sondern in der alttestamentlich-jüdischen Tradition verwurzelt ist. Es eint Juden, Christen und Muslime. Warum dann keine Einbeziehung des jüdischen Partners? Warum dann nur die exklusive Beziehung Christen-Muslime?

Geschieht dies aus einem latenten oder offenen Überlegenheitsgefühl, nur Christentum und Islam seien wirklich

Mit gegenseitigem Respekt

■ In der Schule, am Arbeitsplatz, im Stadtviertel – überall leben und arbeiten Menschen verschiedener Kulturen und Religionen zusammen, oftmals in Unkenntnis der Welt des jeweils anderen. Schon längst ist klar, dass ein Miteinander nur dann gut funktioniert, wenn die beteiligten Religionen und Kulturen voneinander wissen und sich möglichst auch verstehen.

»Christen und Muslime Tür an Tür« ist nicht für Spezialisten in Sachen Religion, sondern für alle, die Religion und ihren Phänomenen begegnen: Lehrer und Erzieherinnen genauso wie Ärzte und Pflegekräfte oder Mitarbeiter in Ämtern, Jugendarbeit, Ausbildung und Sportverein.

Diese Praxishilfe informiert über:

- Religionen und Kulturen, besonders des Islams und des Christentums
- religiöse Organisationsformen und Gemeinschaften
- Möglichkeiten des interkulturellen Lernens und Dialogs.



■ Bekir Alboğa, Georg Bienemann, Werner Höbsch:

Christen und Muslime Tür an Tür,
Basiswissen kompakt

ca. 144 Seiten, kartoniert, Fotos, 14,90 Euro
ISBN 978-3-7698-1661-7

Don Bosco Verlag, München 2008

Die türkische Ausgabe ist unter dem Titel »DIYALOGA HAZIR« (Dialogbereit) im Schulbuchverlag Anadolu erschienen
ISBN 978-3-86121-350-5

Weltreligionen? Die kleineren Glaubensgemeinschaften könne man ignorieren? Oder geschieht dies gar aus politischen Gründen, weil man eine Stellungnahme zum Judentum als zu prekär empfindet? Das ökumenische Anliegen dieses Dokuments hätte größere Glaubwürdigkeit erhalten, wenn der Dialog zum Trialog erweitert worden wäre!

■ Eindrucksvoll ist die Auswahl der Koran-Zitate zur Gottes- und Nächstenliebe. Kein Wort aber zu anderen »Stellen« im Koran, welche durchaus eine Aggressivität gegenüber Christen erkennen lassen. Kein Wort vor allem zum Verhältnis von Koran und Scharia. Gewiss: Man muss in einem solchen Dokument nicht unbedingt die ganze Komplexität der Problematik aufröhlen. Aber ein selbstkritisches Wort ge-

genüber jenen in den eigenen Reihen, die spalterisches Denken gegenüber Nichtgläubigen aus dem Koran ableiten, wäre hilfreich gewesen; zumindest eine Auslegungsregel, wie vom genannten Zentrum her künftig mit diesen anderen »Stellen« umzugehen sei.

■ Ob dieses Dokument Zukunft hat, wird zunächst davon abhängen, ob Christen diese Einladung ernst nehmen. Sie sollten es tun und die Unterzeichner dieses Dokuments beim Wort nehmen. Es wird aber auch davon abhängen, ob eine selbstkritische Auseinandersetzung innerhalb der muslimischen Welt angestoßen werden kann. Genauso wichtig wie der interreligiöse Dialog ist der intrareligiöse Dialog gegenüber den eigenen, totalitär denkenden Islamisten.

■ Im Geiste dieses Dokuments könnte man nun auf beiden Seiten selbstkritischer als früher zu sprechen beginnen: über Prinzipien der Koranauslegung, über das Verhältnis von Muslimen und Nichtmuslimen, über das Verhältnis von Mann und Frau, Religion und Politik, Monotheismus und Christologie. Eine große Tagesordnung. Dass sie bearbeitet werden kann, dazu ist dieses Einladungsdokument ein eindrucksvolles Zeugnis. Es ist ein sensationell zu nennendes Signal aus der Welt des Islams, auf das Christen wie ich lange gewartet haben.

■ Aus: Publik-Forum, Nr. 22 / November 2007

Weitere Informationen und Reaktionen, auch kritischer Art, finden Sie in Publik-Forum Nr. 24 / Dezember 2007, www.publik-forum.de

TAG DER OFFENEN MOSCHEE

Nurhan Soykan

Am 3. Oktober 2007 öffneten bundesweit bis zu 1.000 Moscheen ihre Pforten zum »Tag der offenen Moschee«. Es wurden ca. 100.000 Besucherinnen und Besucher empfangen.

■ Zum ersten Mal lud der Koordinationsrat der Muslime (KRM) im vergangenen Jahr unter dem Motto »Moscheen – Brücken für eine gemeinsame Zukunft« zu diesem Tag ein. Die vier größten islamischen Dachverbände Zentralrat der Muslime, Islamrat, DITIB und der Verein Islamischer Kulturzentren haben sich im März 2007 zu der Spitzendachorganisation KRM zusammengeschlossen und verdeutlichten die Einheit der Muslime in Deutschland im Projekt 2007.

Neben Moscheeführungen und Informationsveranstaltungen eröffnete der Tag der offenen Moschee auch die Möglichkeit, einen Einblick in den Fastentag der Muslime zu gewinnen. Der Tag der offenen Moschee fand im letzten Jahr im Ramadan, im Fastenmonat der Muslime, statt. Der Ramadan war auch das vorherrschende Thema bei den Vorträgen und Seminaren. Viele Gemeinden nutzen diese Möglichkeit

dazu, auch das gemeinsame Fastenbrechen in das Programm aufzunehmen. 2008 fällt der Tag der offenen Moschee auf das Ramadanfest und wird voraussichtlich festlicher gestaltet werden.

Diese bisweilen einzigartige Aktion geht auf eine im Jahre 1997 gestartete Initiative des Zentralrats der Muslime in Deutschland zurück und entwickelte sich im Laufe der Jahre zum Selbstläufer. Hunderte Moscheen aller islamischen Verbände nahmen Jahr für Jahr daran teil. Der bewusst gewählte Zeitpunkt am Tag der Deutschen Einheit soll das Selbstverständnis der Muslime als Teil der deutschen Einheit und ihre Verbundenheit mit der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringen.

Der Tag der offenen Moschee wird veranstaltet zur Information, Eigendarstellung und zum gegenseitigen Kennenlernen. Öffnung und Dialog sollen stattfinden.

Immer mehr Menschen wollen sich heute ein eigenes Bild vom Islam und den Menschen, die als Muslime leben, machen und sich selbst ihre Meinung bilden.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass fehlendes Wissen zu vielen Vorurteilen geführt hat, die oftmals ein ge-



Plakat des Koordinationsrates der Muslime zum Tag der Offenen Moschee

deihliches Miteinander in der Gesellschaft schwierig werden ließen. Dies lag auch an den nicht vorhandenen Möglichkeiten der Muslime, Wissen weiterzugeben und Fragen zu beantworten. Sprachliche Barrieren und fehlende Bereitschaft der Ansprechpartner kamen hinzu.

Durch fähige Moscheeführer wurde an diesem Tag dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung Genüge getan.

Viele Moscheen sorgten auch für das leibliche Wohl ihrer Besucher und boten musikalische Darbietungen an, was zu einer gemütlichen Atmosphäre beitrug. Dadurch konnten Hemmschwellen abgebaut werden, da viele Besucher mit einem Unbehagen im Bauch kamen. Viele waren misstrauisch und wollten sich nur vergewissern, ob ihre Nachbarn den negativen Stereotypen

aus den Medien tatsächlich entsprechen.

Für viele Besucher war es der erste Kontakt mit Muslimen. Manche waren enttäuscht, da sie sich eine Moschee prächtiger vorgestellt hatten, manche überrascht, da sie dieses Gebäude konnten und nie für eine Moschee gehalten hätten.

Auch wenn nicht alle Fragen beantwortet wurden und das Misstrauen nicht ganz verschwand – das Schwerste

war geschafft. Man weiß nun, wo der Nachbar zu finden ist, mit dem man reden kann.

■ Kontakt: Nurhan Soykan
Pressesprecherin des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZDM)
Steinfelder Gasse 32, 50670 Köln
sekretariat@zentralrat.de
www.zentralrat.de
Nurhan Soykan ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

KARFREITAG: CHRISTEN UND MUSLIME BESUCHEN SICH

Tobias Laufs

■ Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde St. Georg und die islamische Gemeinde der Centrum Moschee in Hamburg haben sich am Karfreitag 2007 gegenseitig in ihren Gotteshäusern besucht und vereint für Frieden und soziale Gerechtigkeit gebetet.

Eine Abordnung der christlichen Gemeinde nahm am Freitagsgebet in der Centrum Moschee teil. Pastor Kay Kraack erläuterte dort im Predigtteil die Bedeutung des Karfreitags für evangelische Christen. »Meine Einladung in

die Moschee empfinde ich als eine sehr wertschätzende Geste für unsere Gemeinde und ihren christlichen Glauben«, so Pastor Kraack. »Dass dies zum Sterbetag Jesu geschieht, freut mich besonders.« Ein Mitglied der christlichen Gemeinde sprach dann in der Moschee ein kurzes Gebet, bevor pünktlich um 13:29 Uhr der Muezzin die islamischen Gläubigen zum rituellen Freitagsgebet rief.

Anschließend gingen Christen und Muslime gemeinsam zur mittelalterlichen Kreuzigungsgruppe vor der Dreieinigkeitskirche in St. Georg, wo mit der katholischen Domgemeinde von St.

Marien um 14:00 Uhr unter freiem Himmel eine Kreuzwegandacht stattfand. Zusammen mit Vertretern der christlichen Kirchen sprach Imam Hüsiyin Nas ein Fürbittengebet für den Frieden in der Welt. In der Turmkapelle der Dreieinigkeitskirche hatten Christen und Muslime später Gelegenheit zum Gespräch.

Das interreligiöse Friedensgebet zum Karfreitag wird 2008 zum vierten Mal stattfinden.

■ Mehr im Internet:
www.stgeorg-borgfelde.de/seiten/netzwerk/christlich-muslimischer-dialog.php



Beim Freitagsgebet in der Centrum Moschee:
Tobias Laufs, Imam Ramazan Ucar, Pastor Kay Kraack
Foto: Jörg Starkulla



Vor der Kreuzigungsgruppe in St. Georg: Dompfarrer Georg von Oppenkowski, Imam Hüsiyin Nas, Pastor Kay Kraack
Foto: Jörg Starkulla

KIRCHENFÜHRER FÜR MUSLIME

Dr. Haringke Fugmann

Wie führt man Muslime in einer Kirche? Vor dieser Frage stand ich zum ersten Mal, als sich 2006 eine Gruppe türkischer Parlamentarier für eine Führung in der St. Lorenzkirche in Nürnberg ankündigte. So überlegte ich: Welche Themen sind für diese Gruppe interessant? Ich dachte etwa daran, dass Muslime ein anderes Verständnis des Todes Jesu haben, insofern dieser aus muslimischer Sicht nicht gekreuzigt wurde. Ich dachte an die Darstellung von Gott-Vater im »Engelsgruß« von Veit Stoß und an den Karikaturen-Streit, der damals die Diskussion beherrschte. Die Parlamentarier zeigten sich schließlich vor allem an theologischen Fragen interessiert, beispielsweise an konfessionellen Unterschieden zwischen Katholiken, Evangelischen und Orthodoxen. Die Erklärung dafür, dass Gott-Vater im »Engelsgruß« figürlich dargestellt und bis heute gezeigt wird – u.a. als Ausdruck des Respekts vor der Tradition – wurde mit großem Interesse registriert.

Aufgrund mehrerer solcher Erfahrungen mit muslimischen Gruppen erschien es mir sinnvoll, weiter am Konzept einer Führung für Muslime zu arbeiten. Es zeigte sich: Orte und Gegenstände einer Kirche sollten weniger

im Blick auf ihre Geschichte als auf ihre Funktion und Relevanz erschlossen werden. So entwarf ich eine spezielle Führung für Muslime entlang der typischen Orte und Gegenstände einer evangelischen Kirche, etwa zum Kirchenportal, zur Kanzel, zum Kreuz etc. Zudem sollte die Führung schriftlich als zweisprachiger »Kirchenführer für Muslime« (deutsch-türkisch) erscheinen. Das Konzept wurde schließlich mit Erfolg erprobt. Zudem haben C. Özdemir und T. Iyi von der »Medina e.V. Nürnberg« bei der Übersetzung speziell darauf geachtet, dass der Kirchenführer aus muslimischer Perspektive verständlich ist. Eine Gegenkorrektur des türkischen Textes aus christlicher Sicht erfolgte ebenfalls.

Schließlich wurde der Kirchenführer im Herbst 2007 vom Gottesdienst-Institut der Evangelischen-Lutherischen Kirche in Bayern für die »Offene Kirche« veröffentlicht. Er eignet sich etwa für muslimische Gäste in touristisch erschlossenen Kirchen, für den Einsatz in Kindergärten, in denen es muslimische Kinder gibt und für Gemeinden, die den Kontakt zur benachbarten Moscheegemeinde suchen. Um die Einsatzmöglichkeiten zu erweitern, wurde dem Kirchenführer die Handreichung »Eine Kirchenführung gestalten« zur Seite gestellt, in der einfach umzusetzende



Kirchenführer für Muslime
Müslümanlar için Kilise Rehberi
(Kılavuzu)

Methoden vorgestellt werden, um die im Führer erläuterten Orte und Gegenstände zu erschließen.

Der Kirchenführer zielt nicht darauf ab, Muslime für den christlichen Glauben zu gewinnen; er zielt darauf ab, deutlich zu machen, wie evangelische Christen ihre Kirchenräume verstehen und gebrauchen.

Der »Kirchenführer für Muslime« und die Handreichung »Eine Kirchenführung gestalten« können von Kirchengemeinden für je 2,- Euro beim Gottesdienst-Institut der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern bezogen werden:

Tel.: 09 11 / 43 16-312
gottesdienstinstitut@t-online.org
www.gottesdienstinstitut.org

JULIA LIEBT ROMEO – UND DER IST MUSLIM

Barbara Janocha

Ein Jugendlicher ist im Park »abgestochen« worden. »Es waren deine Leute,« sagt Lehrer Lanz zu seinem Schüler Jamal. Der Lehrer will etwas gegen den »Kleinkrieg im Viertel« tun und ein Zeichen setzen gegen Vorurteile und für gelebte Toleranz. Shakespeare soll die Jugendlichen zivilisieren. Am Beispiel von »Romeo und Julia« will er mit seinen Schülerinnen und Schülern die Vorurteile herausarbeiten, die Christen und Muslime voneinander trennen. Seine Tochter Odette spielt die Julia und Jamal übernimmt die Rolle

des Romeo. Doch Lanz hat die Rechnung ohne seine Schüler gemacht. Während der Proben zu »Romeo und Julia« verlieben sich Odette und Jamal, der wiederum mit ihrer besten Freundin Gülay verlobt ist. Gülay fordert von Odette, Jamal zu vergessen: Um Jamal zu gefallen, will Odette Muslima werden: »Ich brauche nur das Glaubensbekenntnis sagen, die Shahada, dann bin ich Muslima. Das geht schneller als Tütensuppe.« Gutmensch Lanz, der bisher Toleranz und Verständnis predigte, ist hilflos überfordert. Er fordert seinerseits von Jamal, seine Tochter in Ruhe zu lassen. Sein Hass über-

schlägt sich. Alles andere als christlich droht er Jamal, »die Deutschnote so zu gestalten, dass es eben für das Abi nicht reicht.« Odette dagegen genießt ihre Verliebtheit, aber die Schwierigkeiten lassen sie an der Welt und ihrem Gott verzweifeln. »Die Menschen sind gut ausgedacht, aber sie funktionieren nicht richtig,« wirft sie voller Verzweiflung Gott vor. Kurz danach greift sie zu Schlaftabletten – die Spannung steigt.

»Die göttliche Odette« provoziert mit derben Worten. Der Berliner Autor Rolf Kemnitzer trifft den Sprachduktus der Jugendlichen. Diese sind irritiert:



Foto: D. Bödeker, Blickpunkt Photodesign

»Korangesülze«, »Schlampe«, »schwules Getue«, gehören solche Vokabeln auf die Bühne? Von einem Stück, das die evangelische Kirche in Auftrag gegeben hat, erwartet man diese Töne nicht. In mühevoller Detailarbeit habe man um Inhalt und Sprache gerungen, erzählt Dr. Christoph Dahling-Sander, Leiter der Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, der Initiator des Tournee-Theaterprojekts. »Die göttliche Odette« – professionell eingespielt vom Klecks-Theater Hannover – überrascht auch durch die Musik, die Fritz Baltruweit und zwei türkische Rapper aus Berlin in Zusammenarbeit komponiert haben.

Die überspitzten Vorurteile, die karikierend daher kommen, und die existenzielle Handlung eröffnen immer wieder Identifikationsmöglichkeiten. Sie lassen die Jugendlichen nach dem Theaterbesuch über ihre eigenen religiösen Überzeugungen sprechen: ein muslimisches Mädchen nennt es respektlos, dass »Jamal im Liegen den Namen Allahs in den Mund nimmt«; ein christlicher Junge erkennt, dass Odettes Glaube sehr schwach sein müsse, wenn sie für ihren »Lover« zum Islam übertreten wolle.

Im Oktober 2007 wurde »Die göttliche Odette« – vorwiegend konzipiert für Jugendliche der 9. und 10. Klassen – uraufgeführt. Schirmherrin ist die Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann. Sie zeigte sich bei der Premiere begeistert und freut sich über die Diskussionen, die das Stück anstößt: »Ein Projekt wie »Die göttliche Odette«, das in dieser spielerischen Form aus evangelischer Perspektive zum christlich-islamischen und damit zum innergesellschaftlichen Dialog ermutigt, Konflikte ernst nimmt und Lösungsmöglichkeiten anbietet, ist neu und innovativ.« Das Theaterprojekt »Die göttliche Odette« nimmt die Jugendlichen in ihren zerrissenen Lebenswelten ernst und dieses Konzept geht auf. Christlicher und muslimischer Glaube werden befragt und zugleich ins Gespräch gebracht. Vorurteile, Klischees und Konflikte, Liebe, Sehnsucht und Hoffnung eröffnen tiefgründige Perspektiven. An was glaube ich, was trägt mich, was ist mir im Leben wichtig? Welche Rolle spielt Religion in Liebe und Partnerschaft?

Neben der Theateraufführung ist vor Ort ein öffentlichkeitswirksames Projekt an der Schnittstelle von Schule und Kirche umzusetzen: zum Beispiel eine Podiumsdiskussion, eine Umfrage, die Gestaltung der Homepages. Der Initiator Pastor Dr. Christoph Dahling-Sander will die Jugendlichen mit diesem Projekt herausfordern, über ihre eigenen Überzeugungen ins Nachdenken zu kommen.

Das Theaterstück ist in den Schulen fächerübergreifend einsetzbar. Die Pädagoginnen und Pädagogen stehen vor einer anspruchsvollen Aufgabe. Offen ausgesprochene und als solche gekennzeichnete Vorurteile wie »Der Islam ist eine Religion für Frauenhasser und Terroristen« oder pauschale Aussagen über Jesus, die »Leiche am Kreuz«, sind harter Tobak. Textpassagen dieser Art und die Ironie, die das Stück durchzieht, verlangen eine fachliche, intensive Vor- und Nachbereitung in den Schulen. Die Lehrkräfte erhalten dazu Hilfestellung von der Arbeitsstelle Islam und Migration, die ein 72seitiges Begleitheft – inklusive einer CD mit Songs und Noten – bereithält.

In der schulischen Nachbereitung werden die Schülerinnen und Schüler gebeten, einen Fragebogen zu beantworten. Zusammen mit der Universität Braunschweig wird der durch die Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste fortlaufend ausgewertet. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler durch das Stück sensibilisiert und angeregt werden, nach der eigenen Religiosität zu fragen und sich eigene Urteile zu bilden.

■ Einen TV-Trailer und Informationen zum Projekt finden Sie unter:
www.goettliche-odette.de

■ Der Artikel wurde gekürzt entnommen aus:
Publik Forum, 21 / November 2007
www.publik-forum.de

FASTENBRECHEN IN DER FREIBURGER PARTY STRASSENBAHN

Kemal Türk

Die Akademische Plattform Freiburg e.V. hat zum gemeinsamen Abendessen im Fastenmonat Ramadan 2007 eingeladen. Ein etwas anderer Weg für mehr interkulturellen Dialog in Freiburg.

■ Im Ramadan, dem Fastenmonat der Muslime, ist es Brauch, die Abende mit Verwandten, Bekannten, Freunden und seinen Nachbarn – egal welcher Nationalität oder Religion sie angehören – zu verbringen und gemeinsam zu Abend zu essen. Anknüpfend an ein Abendessen des letzten Jahres hat die Akademische Plattform Freiburg e.V. zum Zwecke des Dialogs und einer besseren interkulturellen Verständigung auch dieses Jahr wieder zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen. Hierfür hat sich der Verein diesmal einen besonderen Veranstaltungsort ausgedacht: die Freiburger Party Straßenbahn.

Am 13. September 2007 begann für Muslime der Fastenmonat Ramadan, der »Sultan« unter den Monaten innerhalb des islamischen Kalenders. In muslimischen Ländern stellt er eine Ausnahmezeit dar, in der Weltliches in

den Hintergrund gerät und die Menschen sich auf das Gebet, die Rezitation des Koran und dessen Interpretationen und somit mit der Wiederbesinnung auf das Wesentliche konzentrieren sollten. Aus diesem Grund enthalten sich alle Muslime zwischen Sonnenaufgang und -untergang jeglicher Speisen, Getränke und Geschlechtsverkehr.

Die Muslime halten sich an den Fastenmonat, weil es ein Gebot darstellt und neben dem täglichen 5-maligem Gebet, dem Glaubensbekenntnis, der Pilgerfahrt nach Mekka und der Pflicht der jährlich zu verrichtenden Almosen zu den fünf Säulen des Islam zählt.

Durch die Enthaltensamkeit und das Erleben von Hunger und Durst, sollen die Menschen erfahren, dass nichts selbstverständlich ist, sondern alles Gaben Gottes darstellt, wofür man Dankbarkeit empfinden sollte. Auf diesem Wege erleben auch wohlhabende Menschengruppen das, was für arme Menschen der Alltag bedeutet, sie können sich somit besser in deren Lage versetzen. Die gegenseitige Einladung zum gemeinsamen Abendessen, dem »iftar«, führt zu einem besseren Einfühlungsvermögen auf der Seite der Reichen, die Armen



Foto: Kemal Türk

hingegen freuen sich darüber, dass sie nicht als Außenseiter vergessen und ausgestoßen werden. Somit sollen die gemeinsamen abendlichen Mahle den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.

Die Fastenzeit richtet sich nach dem Mondkalender und wandert daher von Jahr zu Jahr um 10 Tage nach vorne. Zum Abschluss feiern die Muslime drei Tage lang, indem die Jüngeren die Älteren besuchen.

■ Kontakt: Akademische Plattform Freiburg e.V.
Heuweilerstr. 3, 79108 Freiburg
fap-freiburg@web.de
www.fap-freiburg.de



Foto: Kemal Türk

BEISPIELE UND ANREGUNGEN



HIER WO ICH LEBE, WILL ICH WÄHLEN!

Ioanna Zacharaki

■ Dies ist das Motto der Kampagne, die die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, dem DGB NRW und dem Landesjugendring NRW durchführt.

Mit der Kampagne fordern die Initiatoren die Bundesregierung auf, den in der Koalitionsvereinbarung aufgenommenen Prüfauftrag nach einer Grundgesetzesänderung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche ernst zu nehmen. Dadurch sollen politische sowie rechtliche Lösungsansätze gefunden werden, um das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die lange legal in Deutschland leben, einzuführen.

Die Initiatoren sind mit dem bisherigen Verlauf der Kampagne, die zur Zeit auf Hochtouren läuft, zufrieden. Die 92 Mitglieder (Integrations- und Ausländerbeiräte der LAGA) sind dabei, die Thematik in die kommunale Politik einzubringen und die Stadträte dazu zu bringen, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen.

In über 70 Städten in Nordrhein-Westfalen wird das Thema in den Rat eingebracht.

In 20 Städten, nämlich Aachen, Alsdorf, Bonn, Bielefeld, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herzogenrath, Hürth, Kamen, Köln, Leverkusen, Oberhausen, Ratingen, Remscheid und Solingen gibt es bereits einen positiven Ratsbeschluss.

Auch der Landschaftsverband Rheinland unterstützt diese Forderung. Die Landschaftsverbandsversammlung hat sich bei ihrer Sitzung am 11. Januar 2008 mehrheitlich der Resolution angeschlossen. Anfang Juni findet die Mitgliederversammlung des nordrhein-westfälischen Städtetages in Wuppertal unter dem Thema »Migration« statt.

Auch hier wird das Thema kommunales Wahlrecht auf der Tagesordnung stehen.

Neben der Einbringung des Themas in Gremien und Stadtparlamente werden Unterschriftenaktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Es sind bereits über 10.000 Unterschriften gesammelt worden.

Die LAGA hofft weiterhin auf Unterstützung. Jeder kann seine Stimme für »Teilhabe« im Internet abgeben. Auch Unterschriftenlisten sind dort abrufbar: www.wahlrecht-fuer-migranten.de

■ Kontakt: Ioanna Zacharaki
Diakonisches Werk der EKdR, Migrationsreferat
Lenastr. 41 40470 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 63 98 253
izacharaki@dw-rheinland.de
www.diakonie-rheinland.de
Ioanna Zacharaki ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

Weitere Informationen und
Stimmabgabe unter:
www.wahlrecht-fuer-migranten.de

DIE EIGENE ZUKUNFT IN DIE HAND NEHMEN

NACHDENKEN ÜBER EINE UTOPIE AN DER FRANKFURTER KLINGER-SCHULE:

WIE INTERKULTURELL WIRD DEUTSCHLAND IN ZEHN JAHREN SEIN?

Stefan Herceg

■ Sie sprechen von »Biodeutschen« und wissen, dass die einmal viel leichter eine Ausbildungs- und Arbeitsstelle bekommen werden als sie selber. Dennoch sehen sie nicht allzu schwarz für ihre Zukunft: Die Schülerinnen und Schüler der Frankfurter Klingerschule haben sich Gedanken gemacht darüber, wie Deutschland in zehn Jahren aussehen könnte und sollte. Sie sind sicher: Es wird bunter und interkultureller sein, und alle werden darin ihren Platz finden. Veranstaltungen wie eine Interkulturelle Woche werde man dann vielleicht nicht mehr brauchen, weil Interkulturalität bundesdeutsche Wirklichkeit geworden sei.

Die Klingerschule, berufliches Gymnasium und höhere Berufsschule mit den Fachrichtungen Fremdsprachensekretariat und Bürowirtschaft, liegt im Herzen der Mainmetropole, in der 25 Prozent der Bevölkerung Migrantinnen und Migranten sind und weitere elf Prozent einen Migrationshintergrund haben. Die Schülerinnen und Schüler der Klingerschule selbst bringen zu 70 Prozent eine Migrationsgeschichte mit. Vor einigen Monaten hatten sie einen viel beachteten Auftritt bei der Auftaktveranstaltung zur Interkulturellen Woche 2007: Unter dem Motto »Teil haben – Teil werden! Deutschland in zehn Jahren« diskutierten sie mit prominenten Gästen. Das Frankfurter Amt für kommunale Angelegenheiten und der Ökumenische Vorbereitungsausschuss unterstützten die Schule bei der Vorbereitung.

Schon lange hatten sie sich im Unterricht mit den Themen Schule und Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Religion, politische Partizipation und gesellschaftliches Zusammenleben beschäftigt und dabei klare Vorstellungen von dem entwickelt, was sie sich wünschen: Zum Beispiel, dass in den Schulen mehr Sozialkompetenz vermittelt wird. Oder dass nicht nur die sprachliche Kompetenz in Deutsch zählt, son-



Bekir Alboğa, Canan Topçu, Gabriele Erpenbeck und Karen Fuhrmann (v.l.n.r.) beim Herbstforum in der Klingerschule. Foto: B. Brohmer

dern auch die Kenntnisse der Herkunftssprache gewürdigt werden. Dass einige aus religiösen oder finanziellen Gründen nicht an Studienfahrten teilnehmen können, ist für sie nicht hinnehmbar. Sie wünschen sich, dass die schulischen »Autoritäten« die Eltern in Gesprächen von ihrer ablehnenden Haltung abbringen. Dafür müssten die Lehrerinnen und Lehrer aber entsprechende Fortbildungen bekommen und mehr über die anderen Kulturen wissen.

Die Schülerinnen und Schüler erwarten, dass das Grundrecht der Religionsfreiheit auch wirklich umgesetzt wird. Statt des konfessionellen Religionsunterrichts würden sie einen neutraleren Ethikunterricht bevorzugen. Sollte dies nicht machbar sein, erwarten sie aber, dass alle Religionen das Recht haben, ihren eigenen Religionsunterricht zu erteilen. Der aber müsste, so Annelie Buntenbach, eine Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, »in Deutsch stattfinden, und die Lehrer sollten im Land ausgebildet werden, damit klar und deutlich wird, was sie vermitteln«.

Realitäten blenden die jungen Leute nicht aus: Sie wissen, dass es Vorurteile gibt und in zehn Jahren noch geben wird. Aber sie haben auch Hoffnung, dass die Führungskräfte in den Betrie-

ben geschult werden, diesen Vorurteilen entgegen zu wirken, indem Diskriminierungen abgebaut und die nicht nur sprachlichen besonderen Kompetenzen von Migranten besser genutzt werden. Schließlich könnten die Betriebe im globalen Wettbewerb von Mitarbeitern aus anderen Kulturkreisen profitieren.

Die Schülerinnen und Schüler der Klingerschule wünschen sich mehr politische Beteiligung und wären auch bereit, sich einzubürgern, wenn sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft behalten dürften. Auf jeden Fall würden sie ein kommunales Wahlrecht für alle begrüßen.

Sich einbringen und dabei ernst genommen werden, wünschen sich die jungen Diskutanten. Sie werden, so viel ist sicher, ihre Zukunft in die Hand nehmen.

■ Aus: MIG-MAG Migrations-Magazin Sozialcourage 4 / 2007; Deutscher Caritasverband (Hrsg.), www.sozialcourage.de

■ Kontakt: Stefan Herceg
Deutscher Caritasverband
stefan.herceg@caritas.de
www.caritas.de
Stefan Herceg ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

KOPTISCH, KATHOLISCH, MUSLIMISCH, BUDDHISTISCH

DIE GRUPPE MOSAIK VEREINT MENSCHEN UNTERSCHIEDLICHER RELIGIONEN UND HERKÜNFTE



Impressionen vom Café International in Ilsede Fotos: Caritasverband Peine

Anne Hoffmann

■ Setzt man viele Glas- oder Keramikteilchen unterschiedlicher Farben und Formen zu einem Bild oder Muster zusammen, so nennt sich das Mosaik. Genauso heißt auch eine bunt zusammen gewürfelte Gruppe von Menschen unterschiedlicher Religionen und Nationalitäten im niedersächsischen Peine, die es sich bei ihrer Gründung 2004 zur Aufgabe gemacht hat, Einheimische und Zugewanderte miteinander in Kontakt zu bringen. Zum Beispiel beim Interkulturellen Erzählcafé, für das an jedem dritten Mittwoch im Monat für alle, die daran teilnehmen wollen, in einem vom Caritasverband betreuten Café ein Tisch reserviert ist. Reihum ist jeweils ein Mitglied der etwa zwölköpfigen Gruppe für die Organisation verantwortlich. Themen werden keine festgelegt. Spontaner Gesprächsstoff ergibt sich immer: über die Kindererziehung und die Schulformen in den einzelnen Ländern bis zum Austausch über die Religionszugehörigkeit. Oder die unterschiedlichen Arten zu trauern: Parties feiern auf den Gräbern wie in Südamerika wirkt auf hiesige Menschen doch recht befremdlich und eher pietätlos. Es scheint aber auch Gemeinsamkeiten zu geben: In nahezu allen Kulturen trösten sich die Hinterbliebenen über den Verlust eines geliebten Menschen mit dem Verzehr von Süßem hinweg. So jedenfalls war es kürzlich zu erfahren, als eine Trauerbegleiterin vom evangelischen Peiner Trauerhaus sich zum Erzählcafé gesellte. Sie warb um Mitmacher beim geplanten internationalen Trauer-

fest und löste damit einen lebhaften Austausch aus. Eine zufällig anwesende Chinesin wusste Interessantes vom Buddhismus zu erzählen. Einige Teilnehmerinnen haben sich später mit »Trauerspeisen« und Stelltafeln mit Darstellungen von Trauerritten bei dem Fest präsentiert.

In lockeren Abständen veranstaltet die Gruppe größere Aktionen wie Cafés International, bei denen sich einzelne Länder vorstellen. Wer weiß schon, wie Ostern in Polen gefeiert wird oder Weihnachten in Russland? Ganz anders auf jeden Fall als hierzulande, mit grell geschmücktem Weihnachtsbaum und mit Mädchen, die als Schneeflockchen verkleidet sind. »Viel derber als bei uns und viel lustiger«, lautete das Urteil einer Besucherin. »Weihnachten in Lateinamerika« war MOSAIK eine eigene Veranstaltung wert, zu der eigens eine wunderschöne Krippe aus Papier gebastelt und aufgestellt worden war.

Begegnungen werden nicht nur für andere organisiert, sie finden bereits statt bei den monatlichen Gruppentreffen selbst. Muslimische Frauen etwa, die auch im islamischen Kulturverein aktiv sind, veranstalteten ein Ramadanessen für alle und erzählten den anderen von der Bedeutung des Ramadan im Islam. Zur Gruppe gehören katholische, evangelische und koptische Christen, Muslime aus der Türkei, dem Libanon und dem Iran und eine Buddhistin aus China. Sie haben sich vorgenommen, sich bei ihren Gruppenabenden eingehend mit den unterschiedlichen Religionen

zu beschäftigen. Das hatten sie schließlich schon geübt bei der Ausstellung »Weltreligionen« im April in Peine, bei der die MOSAIK-Mitglieder den Besuchern ihre jeweilige Religion vorgestellt hatten.

Immer wieder ergeben sich Kontakte zu anderen Gruppen wie den katholischen Frauen in Peine. Auf ihre Einladung hin fand ein MOSAIK-Gruppenabend im Gemeindehaus der katholischen Kirche statt, der ein gegenseitiges lebhaftes Interesse aneinander weckte, das in der kurzen Zeit gar nicht gestillt werden konnte. Deshalb steht bald ein Gegenbesuch an.

Auch mit den Landfrauen im Kreis Peine bahnt sich eine Zusammenarbeit an: Bei deren Weihnachtsfeier werden MOSAIK-Mitglieder berichten, wie in ihrem Land Weihnachten gefeiert wird. Das soll nur der Auftakt sein für weitere gemeinsame Veranstaltungen mit den Kreislandfrauen. Für MOSAIK eine willkommene Gelegenheit, »für religiöse Toleranz und das Verständnis füreinander zu werben«.

■ Kontakt: Anne Hoffmann
Caritasverband für den Landkreis Peine
Tel.: 0 51 71/70 03-41
hoffmann@caritaspeine.de

■ Aus: MIG-MAG Migrations-Magazin
Sozialcourage 4 / 2007
Deutscher Caritas-Verband (Hrsg.)
www.sozialcourage.de

ALLE DEUTSCHEN TRAGEN LEDERHOSEN?

STEREOTYPE UND VORURTEILE IM KINDERGARTEN UND WAS MAN DAGEGEN TUN KANN

Petra Wagner

Die Welt ist groß und bunt – und die Kindergartenjahre sind gut geeignet, sich mit ihr zu beschäftigen. Junge Kinder sind neugierig und wissbegierig. Sie bauen ihr Weltwissen aus, indem sie Unbekanntes mit Bekanntem abgleichen, Eindrücke sortieren und immer sich selbst in Beziehung dazu setzen. Wie kann ihrem Interesse und ihrer Art der Welterkundung entsprochen werden?

SCHOTTENROCK UND BASKENMÜTZE

»Wir sind die Kinder einer Erde«: Interkulturelle Pädagogik setzt auf die frühe Beschäftigung oder Begegnung mit der Vielfalt auf der Welt. Dazu setzt sie Weltkarten, Bücher und Spiele ein, die insbesondere die unterschiedlichen Menschen auf diesem Globus zeigen. Es ist sinnvoll, sich die Darstellungen genauer anzusehen. Welche Botschaften übermitteln sie den Kindern? Da ist zum Beispiel diese »Weltkarte für Kinder«, die sich häufig im Eingangsbereich von Kindergärten findet. Sie ist groß, zeigt alle Kontinente in bunten Farben und in Hochglanzdruck. Die Fische in den Ozeanen verraten, dass der Illustrationsstil dem von Karikaturen oder Comics ähnelt. Doch wie sind Menschen dargestellt? Auch sie gleichen eher Karikaturen: In Deutschland findet sich zwischen Rhein und Donau ein Mann in Lederhosen und Bergsteigermontur, der von Bierkrügen verfolgt wird, in denen andere ein schaumiges Bad nehmen. Aha, man versteht: Hier wird mit den Stereotypen gespielt, die es über Deutsche gibt. Erwachsene können das »Spiel« mit den Stereotypen einordnen oder vielleicht sogar amüsant finden. Sie wissen, dass es ein karikaturhaft-verzerrtes und einseitiges



Bild von Deutschen ist, das der Wirklichkeit überhaupt nicht entspricht.

An dieser Stelle wird deutlich, wie viele solcher Bilder man selbst im Kopf hat: Wollte man einen Schotten, einen Mexikaner, einen Franzosen darstellen – die »typischen« Bestandteile wie Schottenrock und Dudelsack, Poncho und Sombrero, Baskenmütze und Baguette kämen allen sofort in den Sinn! Mit eigenen Erfahrungen haben sie nichts zu tun, das wird jeder und jede bestätigen. Wie kommen diese stereotypen Bilder also in die Köpfe?

Auch durch Abbildungen wie auf dieser Weltkarte, die durch und durch aus Stereotypen bestehen: Afrika – das sind die Rundhütten in Angola. Wilde Tiere, ein überladener Bus, palavernde Mütter, die nicht mitbekommen, dass ihre beiden Babys weglaufen, am Kilimandscharo vorbei. Oder sogar Baströckchen tragen, wie diese Kinder mit dünnen Beinchen in Tansania, die mit dem weißen Mann mit Tropenhelm für den weißen Fotografen posieren.

EINSEITIGE BOTSCHAFTEN ÜBER MENSCHEN

Die Illustrationen sind schwungvoll gemacht und verraten Witz und Ironie. Doch für wen – und auf wessen Kosten? Die Ironie wirkt nur, wenn man sich distanzieren kann von der Aussage der Illustrationen, also keinen »Wahrheitsgehalt« in ihnen sucht.

Kinder im Kindergartenalter können das nicht verstehen. Sie sind ja eben erst dabei, sich ein Bild von der Welt zu machen. Sie sortieren die unterschiedlichen Botschaften, die sie über Menschen und Gruppen von Menschen in der Welt erhalten und konstruieren daraus ihr eigensinniges Bild. Natürlich beeinflusst es diesen Konstruktionsprozess, ob Kinder sachlich richtige und differenzierte Informationen erhalten oder einseitige und stereotype. Und da die erhaltenen Informationen immer auch Botschaften über ihre eigene Gruppe enthalten, spielt es natürlich eine Rolle, welcher Gruppe sie selbst angehören. Je nachdem, wie stabil ihr gesellschaftlicher Status ist, können sie mit den Verballhornungen ihrer Gruppe mehr oder weniger selbstbewusst umgehen. Für manche fügen sich einseitige und stereotype Abbildungen oder Botschaften über die eigene Gruppe ein in eine nicht abreißende Folge von diskriminierenden und abwertenden Sticheleien und sind schwer zu ertragen.



Bei näherer Betrachtung ist die »Weltkarte für Kinder« nicht wirklich für Kinder geeignet. Ihr Informationsgehalt für Kinder ist flach und fragwürdig oder schlichtweg falsch – wenn zum Beispiel geschichtliche Ereignisse verbalisiert und damit verharmlost werden, wie die Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner durch die Weißen, auf der Weltkarte dargestellt als »Boston Tea Party« – zu der die Weißen von einem »Indianer« mit Hot Dogs und Halloween-Kürbis begrüßt werden.

Nicht Öffnung und Weitung der Sichtweisen ist das Ergebnis, sondern ein Weltbild, das von stereotypen Vorurteilen über andere geprägt ist. Man kann fast von Glück sagen, dass man kaum je ein Kind vor dieser Weltkarte sieht. Offenbar verliert das Wimmelbild mit seinen unzusammenhängenden Szenen bald seinen Reiz – und bedient eher die Vorstellung von Erwachsenen, über das was »kindgerecht« ist, als die Interessen der Kinder selbst.

DIE VIELFALT DER WELT IN DER EIGENEN GRUPPE

Was Kinder mehr anspricht, ist, was ihnen nahe und für sie erfahrbar ist. Wo Meryems Großeltern leben, wo die Mama von Som herkommt und wo Paul in den Ferien war – das kann die Weltkarte zeigen. Dass die Karte reale Orte auf dem Globus repräsentiert, ist eine kognitive Herausforderung, die über Erfahrungen mit konkreten Personen und erlebten Ortswechseln die Vorstellungswelt der Kinder stimuliert. Von eigenen Erfahrungen ausgehend weiterzugehen zu den Erfahrungen der anderen, das ist interessant. Und es lässt auch das thematisieren, was bei der aktiven Auseinandersetzung mit Verschiedenheit unweigerlich passiert: Dass manche Menschen aufgrund eines bestimmten Merkmals gehänselt und ausgegrenzt werden. Wie kann man das zum Thema machen?

Nötig ist ein Ansatz, der anders als die herkömmliche interkulturelle Pädagogik mehrere Facetten von Vielfalt und gleichzeitig Mechanismen von Ausgrenzung und Diskriminierung in den Blick nimmt und der Frage nachgeht, was sie für Kinder jeweils bedeuten. Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ist ein solches Praxiskonzept. Der Ansatz beruht auf dem Anti-Bias-

Approach, der in den 80er-Jahren von Louise Derman-Sparks in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen in den USA entwickelt wurde. Wörtlich übersetzt ist es ein »Ansatz gegen Einseitigkeiten« für Kinder ab zwei Jahren. Im Berliner Projekt KINDERWELTEN wurde dieser Ansatz für Deutschland weiterentwickelt und seit 2000 in KITAS verschiedener Bundesländer erprobt. Das Konzept ist auf vier Ziele orientiert, die aufeinander aufbauen:

Ziel 1: Alle Kinder in ihrer Identität stärken

Das Recht aller Kinder auf Schutz und Sicherheit ist glaubhaft einzulösen, denn Wohlbefinden ist grundlegend, damit Kinder lernen können. Kinder fühlen sich wohl im Kindergarten, wenn sie hier Sicherheit und Schutz erleben. Zu ihrer Sicherheit und zu ihrem Wohlbefinden trägt bei, wenn sie eine positive Resonanz auf ihre Vorerfahrungen, ihre Fähigkeiten, ihre Interessen, auf ihre Herkunft und Familie bekommen.

Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung zielt daher auf die Stärkung jedes Kindes in seiner Identität, ein Vorgang, der ohne Anerkennung der Familienkultur(en) eines Kindes nicht gelingen kann.

Ziel 2: Allen Kindern Erfahrungen mit Vielfalt ermöglichen

Kindergärten sind Orte für Kinder, die viele unterschiedliche Familienkulturen zusammenbringen. Damit hieraus ein wirklicher Dialog und ein Kennenlernen wird, sind bewusste Schritte seitens der Fachkräfte notwendig, denn alleine aus der heterogenen Zusammensetzung von Gruppen ergibt sich noch kein kompetenter Umgang mit den Unterschieden. Auf der Grundlage von Respekt und Wertschätzung für die eigenen Besonderheiten und einem sich vertiefenden Wissen darum, was die eigenen Besonderheiten ausmacht und wie sie zu erklären sind, erleben Kinder aktiv die soziale Vielfalt in ihrem Nahraum: Sie begegnen Menschen, die anders sind als sie selbst, anders aussehen, sich anders kleiden, sich anders verhalten usw. Indem die Unterschiede aktiv thematisiert und benannt werden, erweitern Kinder ihre Empathie und ihr Weltwissen.

Ziel 3: Kritisches Denken über Gerechtigkeit anregen

Kinder sollen im Kindergarten erfahren, dass es gerecht und fair zugeht: Alle Kinder haben ihren Platz, alle können spielen und lernen, keines wird drangsaliert, gehänselt, verletzt, beschimpft oder ausgegrenzt. Für die Verdeutlichung dieser Werte sind die Erwachsenen zuständig. Normen und Werte übermitteln sich Kindern über das, was ihre Bezugspersonen sagen und machen, und auch darüber, was sie nicht sagen und nicht machen. Mit wachsender Fähigkeit zur Perspektivenübernahme verstehen Kinder, dass ihre Handlungen negative Auswirkungen auf andere haben können. Sie sehen ihre Handlungen aus der Sicht der anderen. Und verstehen, dass sie von ihnen bewertet werden. Weil sie möchten, dass ihr Verhalten positiv beurteilt wird, sind sie zunehmend bereit, sich in Übereinstimmung mit den Wünschen ihrer Bezugspersonen zu verhalten – wenn diese ihre Regeln klar machen und bei ihrer Einhaltung Hilfestellung geben.

Ziel 4: Aktiv werden gegen Unrecht und Diskriminierung

Kommt es zu diskriminierenden Äußerungen und Handlungen im Kindergarten, so müssen die Erwachsenen eingreifen. Sie sagen »Stopp« und signalisieren damit, dass sie mit solchen Formen nicht einverstanden sind. Dann wenden sie sich beiden Seiten zu. Die eine Seite braucht Trost, die andere braucht die Erinnerung an gemeinsame Normen und die Zusicherung, weiterhin dazuzugehören. Erzieherinnen und Erzieher fragen sich: Was war geschehen, was daran war unfair? Spielten stereotype Vorstellungen über bestimmte Gruppen eine Rolle? Oder war es ein Missverständnis? Oder etwas anderes? Das kann man nicht immer so schnell beurteilen und schon gar nicht, wenn man aufgeregt ist. Wichtig ist, überhaupt zu reagieren und mit der Intervention für Klarheit zu sorgen. Manchmal ist es weniger die unmittelbare Intervention der Erziehenden, sondern die längerfristige Beschäftigung mit dem Thema, bei der es viel zu lernen gibt. Es geht um Sachwissen, Moral, Kommunikation. Erleben Kinder hingegen, dass Diskriminierungen ignoriert und das Sprechen darüber vermieden

den wird, so können sie nicht lernen, Konflikte und Kontroversen konstruktiv auszutragen.

FÜR EINE VORURTEILSBEWUSSTE KULTUR DES AUFWACHSENS

Ein Kindergarten, in dem Kinder aufgrund eines bestimmten Merkmals ihrer Identität Abwertung und Ausgrenzung erfahren, ohne dass Erwachsene eingreifen, ist kein guter Ort des Aufwachsens. Alle Kinder verstehen: Hier wird man nicht geschützt, von den Erwachsenen ist keine Hilfe zu erwarten. Kinder brauchen aber Hilfe bei verba-

len wie körperlichen Aggressionen oder anderen Einschränkungen ihres Wohlbefindens. Es ist falsch, ihre Beschwerden als »Petzen« zurückzuweisen. Ausgrenzung und Diskriminierung sind schwerwiegende Probleme, die Kinder nicht unter sich lösen können. Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung hat eine klare Wertorientierung: Unterschiede sind gut, diskriminierende Vorstellungen und Handlungsweisen sind es nicht. Es muss also in jedem Einzelfall überprüft und untersucht werden: Ist das fair? Ist das gerecht? Entspricht das der Wahrheit oder ist es eine Verzerrung, um sich über Menschen lustig

zu machen? Die Lernumgebung wird entsprechend verändert: Stereotype und einseitige Darstellungen von Menschen haben hier keinen Platz.

■ Petra Wagner ist Diplom-Pädagogin und seit über 25 Jahren in Projekten zur interkulturellen Pädagogik tätig; seit 2000 leitet sie das Projekt KINDERWELTEN im Institut für den Situationsansatz. www.kinderwelten.net

■ Aus: Kinderzeit: 03 / 2007, Family Media GmbH & Co. KG, 79098 Freiburg kinderzeit@familymedia.de www.familie.de

DIE STADTTEILMÜTTER VON NEUKÖLLN.

IN BERLIN NEHMEN TÜRKINNEN DIE INTEGRATION IHRER LANDSLEUTE SELBST IN DIE HAND

Svenja Bergt

■ Sie geben Hilfestellung beim Erlernen der Sprache und erklären, was gesunde Ernährung heißt. Sie beschaffen das Grundgesetz auf Türkisch und bringen Bilderbücher mit. Und sie raten überforderten Eltern auch schon mal, mit ihrem Sprössling professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Stadtteilmütter heißen sie und sind seit mittlerweile drei Jahren im Berliner Bezirk Neukölln aktiv. Ihr Ziel: Die Integration vor allem türkischer Familien zu verbessern.

Nuriye Sayman ist eine von ihnen. Mit langem Rock und Kopftuch fällt es ihr leichter als einem deutschen Sozialarbeiter, Zugang zu den Familien und ihren Wohnungen zu erhalten. Vor 36 Jahren kam Sayman mit ihren Eltern nach Berlin-Neukölln. Ein Drittel der Bewohner ist hier ausländischer Herkunft, die Hälfte der Erstklässler verfügt nur über mangelnde Deutschkenntnisse, in vielen Familien wird kein oder kaum Deutsch gesprochen.

Zur besseren Eingliederung startete das Diakonische Werk in Neukölln 2004 ein Pilotprojekt, das seit Herbst vergangenen Jahres auch von Bezirk und Senat gefördert wird. An die Stelle deutscher Integrationshelfer treten Frauen vor allem türkischer Herkunft, die Kinder haben und das Fremdsein wie den



Foto: © Marco Priske/epd-bild

schwierigen Prozess der Integration kennengelernt haben.

Es werden auch Eltern erreicht, die sonst durch jedes Raster fallen. »Integration funktioniert über die Sprache«, erklärt Projektleiterin Maria Macher. »Deshalb ist es viel einfacher, wenn Frauen in die Familien gehen, die die gleiche Sprache sprechen.« Ohne Deutschkenntnisse trauen sie sich nicht auf Ämter, suchen keine Beratungsstellen auf, bleiben mit ihren Kontakten auf ihren Sprach- und Kulturkreis begrenzt.

Die Idee der Stadtteilmütter kommt ursprünglich aus Rotterdam. Dort wie auch in den Folgeprojekten etwa in Wiesbaden, Recklinghausen oder Essen geht es allerdings nur um Sprachförderung.

In Berlin entschieden sich die Initiatoren – bundesweit erstmalig – für einen umfassenderen Ansatz. Zehn Themen von Aufenthaltsrecht über Suchtprävention bis zweisprachige Erziehung befanden die Mitarbeiter für so wichtig, dass sie unbedingt vermittelt werden sollten. Entstanden ist der »Stadt-

mütter-Rucksack«, eine Materialtasche mit Informationen und auch Unterhaltung für Eltern und ihre Kinder.

»Natürlich sollen die Frauen auch ein bisschen was dafür kriegen«, betont Macher. Deshalb gibt es 180 Euro für zehn Besuche und seit kurzem auch die Möglichkeit einer ABM-Stelle. Ein Besuch dauert anderthalb bis zwei Stunden – je nach Thema. »Manchmal bin ich aber auch über drei Stunden bei einer Familie, weil das Thema so wichtig oder so schwierig ist«, erklärt Sayman. »Es passiert mir oft, dass die Familien hinterher sagen, wären Sie doch nur früher gekommen.«

Für ihre Aufgabe als Stadtteilmutter hatte sie eine sechsmonatige Ausbildung zu absolvieren. In einem theoretischen Teil büffelte sie die zehn Rucksack-Themen, in einem praktischen besuchte sie Beratungsstellen, das Jugendamt und Freizeitzentren, um den Familien später kompetent weiterhelfen zu können. Zusammen mit rund 90 anderen Frauen arbeitet sie nun seit zwei Jahren als Stadtteilmutter.

Dabei ist die Arbeit in rein weiblicher Hand – Stadtteilmütter gibt es nicht. »In der Familie ist einfach traditionell die Frau für alles zuständig, was Heim und Familie ist, da ist der Dialog zwischen zwei Frauen einfacher«, erläutert Ma-

cher. Männer hätten noch nie bei ihr angefragt. Das bestätigt auch Sayman: »Die Väter lauschen manchmal aus dem Nebenzimmer, nur ganz selten setzen sie sich dazu.«

Die Förderung des Projekts läuft noch bis Ende 2008. Wie es dann weitergeht, weiß Macher auch noch nicht. Der Erfolg des Projekts hat aber schon Nachahmer auf den Plan gerufen: vom Nachbarstadtteil Kreuzberg bis hin nach Dänemark. Auch dort soll es demnächst Stadtteilmütter geben, die nicht nur helfen, die Sprache zu erlernen.

■ Aus: epd sozial, Nr. 29, 20. Juli 2007
www.epd.de/sozial

BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT – BEISPIELE

■ Das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) wurde am 23. Mai 2000 von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründet, um zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt zu sammeln, zu bündeln und öffentlich zu machen. Das politische Steuerungsgremium des BfDT ist ein 22-köpfiger Beirat, dem Vertreter aller Bundestagsfraktionen und der Zivilgesellschaft angehören.

Das Bündnis soll ein von gegenseitiger Anerkennung getragenes Zusammenleben aller in Deutschland lebenden Menschen fördern. Leitidee des Bündnisses ist es, dass sich der erfolgreiche Einsatz für Demokratie und Toleranz nachhaltig nur gemeinsam mit starken zivilgesellschaftlichen Strukturen erreichen lässt. Das BfDT sammelt und mobilisiert deshalb als deren zentraler Ansprechpartner und Impulsgeber diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die sich engagiert und ideenreich für diese Ziele einsetzen.

Neben seinen traditionellen Kernaktivitäten, dem jährlichen Jugendkongress zum Verfassungstag mit mehr als 400 Jugendlichen aus ganz Deutschland, dem Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb und dem Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz«, ist

das BfDT in unterschiedlichen Feldern der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung tätig. Neben den Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus hat sich das BfDT im Jahr 2007 verstärkt den Themen Integration sowie Toleranz im Sport zugewendet.

Bei allen Aktivitäten des BfDT steht der Best-Practice-Gedanke im Vordergrund: Erfolgreiche Praxisbeispiele sollen zur Nachahmung anregen und auf andere Regionen bzw. Problemstellungen übertragen werden. Mit der Initiierung von Modellvorhaben trägt das BfDT seiner Rolle als Impulsgeber Rechnung. Die nachfolgend präsentierten Projekte wurden vom BfDT ausgezeichnet. Zahlreiche weitere vorbildliche Projekte finden sich auf der neu gestalteten Homepage www.buendnis-toleranz.de.

■ Kontakt: Bündnis für Demokratie und Toleranz
Streesemannstraße 90, 10963 Berlin
Tel.: 030/23 63 408-0
www.buendnis-toleranz.de

FANINITIATIVE »BUNTE KURVE«



■ Die ausschließlich ehrenamtlich organisierte Faninitiative des Fußballklubs FC Sachsen Leipzig »Bunte Kurve« ist vor dem Hintergrund der rassistisch motivierten Beschimpfungen gegen einen nigerianischen Spieler entstanden. Die ursprünglich nach dem betreffenden Spieler Adebawale Obungbure unter dem Titel »Wir sind Ade« gestartete Initiative entwickelte sich auch nach dem Klubwechsel des Spielers weiter und fungiert seit dem 26. September 2007 unter oben genanntem Namen. Die Initiative hat ihr Ziel nun weiter gesteckt: »Im Zentrum unseres Wirkens soll die fortführende Arbeit für Toleranz und gegen jegliche Form der Diskriminierung stehen. Diese soll

sich nicht nur auf den FC Sachsen und Fußball beschränken...«

Die Initiative informiert zu rassistischen und diskriminierenden Vorfällen im deutschen und internationalen Fußball. Als Informationsplattform dient hierfür die eigene Homepage »www.bunte-kurve.de«. Des Weiteren hat sie z. B. ein integratives Fußballturnier sowie ein Freundschaftsspiel gegen Homophobie im Fußball veranstaltet oder Aufklärung zur Situation des Fußballsports während der NS-Zeit betrieben. Die Initiative weitet ihre Tätigkeiten durch die Vernetzung mit anderen Fußballvereinen und Organisationen aus und beteiligt sich auch an anderen Projekten gegen Ungleichbehandlung. So besteht beispielsweise eine Kooperation mit dem Leipziger Antidiskriminierungsbüro.

Der Faninitiative »Bunte Kurve« gelingt es auf diesem Wege nicht nur, klar gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball Position zu beziehen, sondern auch über den Sport hinaus einen Beitrag zum toleranten Zusammenleben in der Leipziger Region zu leisten.

■ Kontakt: Tel.: 0 15 77 / 38 63 649
christopher.zenker@googlemail.com
info@bunte-kurve.de
www.bunte-kurve.de

THEATER KULTURKATE: MIT KULTUR GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

■ Auf einem Bauernhof im südwestmecklenburgischen Lübtheen gründeten Volkert Matzen und Charlotta Bjelfvenstam 1998 das Theater Kulturkate, um für die Bevölkerung der ländlich geprägten Region das kulturelle Angebot zu bereichern. Bereits die ersten Freilichtsommerspiele des Theaters Kulturkate 1999 waren ein voller



Foto: Theater Kulturkate

Erfolg. Mit der im September 2006 vor dem Hintergrund zunehmender rechts-extremistischer Aktivitäten sowie dem Einzug der NPD in den Landtag begonnenen Reihe »Kultur gegen Rechts« setzen die Betreiber der Kulturkate ein deutliches Zeichen gegen Extremismus und Intoleranz.

Das Gastspiel des Tandra-Theaters mit dem Stück »1944 – Es war einmal ein Drache...« nach der gleichnamigen literarischen Vorlage von Bodo Schulburg beispielsweise versetzt die Zuschauer in das Konzentrationslager Ravensbrück und regt sie zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an. Auf diese Weise erfahren die Zuschauer nicht nur auf der Vernunftebene, sondern mit allen Sinnen, welche Absichten rechtsextreme Propaganda verfolgt.

Mit ihren kulturellen Aktivitäten zeigen die Betreiber der Kulturkate, dass in Lübtheen eine bunte, lebendige Zivilgesellschaft existiert, die den Rechtsextremen nicht das Feld überlässt. Volkert Matzen setzt sich im Rahmen eines lokalen Aktionsbündnisses für ein durchdachtes Programm guter Kinder- und Jugendarbeit ein, an dem sich die Kulturkate mit Schülertheateraufführungen beteiligen will. Die Kulturkate leistet damit eine wertvolle Arbeit, um die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts zurückzudrängen.

■ Kontakt: Theater Kulturkate, Neu Lübtheen
Tel.: 03 88 55 / 77 834
info@kulturkate.de

BÜRGERFORUM GRÄFENBERG: »GRÄFENBERG IST BUNT«

■ Das Bürgerforum Gräfenberg ist eine ehrenamtlich getragene Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, rechtsradikalen Aktivitäten entgegen zu treten und für eine demokratische und tolerante Gesellschaft zu streiten. In der Initiative sind Vertreter unterschiedlicher Parteien sowie gesellschaftspolitischer Gruppen und Verbände präsent. Der Gründung der Bürgerinitiative gingen starke Aktivitäten rechtsextremer Jugendverbände und der NPD voraus, die ein zum Gedenken an die Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges errichtetes Denkmal beständig als Mobilisierungsanlass nutzten. Als schließlich die NPD Anfang



Foto: Bürgerforum Gräfenberg

November 2006 verkündete, nunmehr monatlich Aufmärsche durch Gräfenberg organisieren zu wollen, reagierten die Gräfenberger Bürger mit der Gründung des Bürgerforums. Erklärte Zielsetzung des Forums ist es, jeder Form von Gewaltverherrlichung, Fremdenfeindlichkeit und antidemokratischen Idealen entgegenzutreten und die Vereinnahmung der regionalen Jugend durch die Rechtsextremen zu verhindern. Seit der Gründung des Bürgerforums lassen sich vielfältige Aktivitäten verzeichnen. So wurden neben vielem Weiteren ein »Tag der Demokratie und Menschenrechte« initiiert, ein Konzert gegen Rechtsextremismus mit regionalen Rockbands veranstaltet, Demonstrationen der NPD mit Gegenveranstaltungen und Informationen zur NS-Zeit begleitet sowie Vorträge und Workshops organisiert. Besonders kreativ ist das Forum bei der Verhinderung von Kundgebungen der NPD, indem beispielsweise eine Rede lautstark durch ein traditionelles Gräfenberger Holzsägen übertönt wird, oder im Rücken des NPD-Redners Projektionen mit Aufrufen zum Ausstieg aus der Naziszene gezeigt werden. Die Arbeit im Rahmen des Bürgerforums Gräfenberg wird seit der Gründung von einer sehr positiven Berichterstattung in der regionalen Presse begleitet. Das Forum bietet ein gutes Beispiel für ein erfolgreiches, kreatives und unabhängiges bürgerschaftliches Engagement und kann diesbezüglich eine Vorbildfunktion einnehmen.

■ Kontakt: Michael Helmbrecht
Tel.: 0 91 92 / 99 77 65
buergerforum.graefenberg@web.de

MEMORANDUM GEGEN RASSISMUS ZEIGT HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN AUF

Johannes Brandstätter

■ Diskriminierung zu bekämpfen wird immer mehr zum Gegenstand staatlicher Strategien. Die Bundesregierung hat 2006 eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet und eine Kampagne für Vielfalt als Chance gestartet. Im vergangenen Jahr rief sie einen »Nationalen Integrationsplan« aus. Die Europäische Union wiederum drängt die Bundesregierung zur Umsetzung der Antirassismusrichtlinie und stellt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit Vielfalt, Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung als europäische Werte heraus. Diese Politik verdient es, von der Zivilgesellschaft aufgegriffen und verstärkt, aber auch hinsichtlich ihrer politischen Implikationen und praktischen Umsetzung konkretisiert zu werden. Zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen haben einen Be-

darf, Anschluss zu halten, mehr noch: Sie sollten sich mit eigenem Profil an die Spitze setzen.

Aber was tun? Wie kann man sich sinnvoll engagieren, politisch und vor Ort? Das Forum Menschenrechte hat ein Memorandum gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung in Deutschland herausgebracht und darin eine Agenda für das Handeln in der Politik und vor Ort entwickelt.

Mit seinem Memorandum möchte das Forum einen Anstoß dafür geben, rassistischer Diskriminierung in Deutschland deutlich entgegenzutreten und die internationalen Normen der Menschenrechte in unserem Lande konsequent umzusetzen. Das Memorandum dient der Orientierung darüber, welche vielfältigen Herausforderungen sich für politisch Agierende stellen. Es ist ein Beitrag zur Reflexion und zur Vorbereitung auf den am 10. Dezember 2008 bevorstehenden 60. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Anregungen des Memorandums können als Blaupause für Aktionspläne genommen werden.

Die viel diskutierte Jugendgewalt wird oft mit rassistischen Vereinigungen wie z.B. rechtsextremen Kameradschaften verbunden. Das Denken, das rassistischen Taten Jugendlicher zugrunde liegt, haben sie meist von den Erwachsenen übernommen. Doch lässt sich Rassismus nicht ausschließlich einzelnen Gruppen, die gerne am »Rand der Gesellschaft« verortet werden, zuordnen. Die zugrundeliegenden Einstellungen kommen aus der Mitte der Gesellschaft und sind – für viele unbemerkt – auch in ihren Institutionen zu finden.

Das Memorandum knüpft genau dort an. Es benennt die Handlungsfelder, in denen Alltagsrassismus erkannt, das Bewusstsein über Mechanismen der Ausgrenzung und Stigmatisierung gefördert und Solidarität gestärkt werden kann. Nicht die zuweilen durchaus notwendige Ausgrenzung extremistischer Gruppen ist die Botschaft des Memo-

randums, sondern die Stärkung demokratischer Kultur durch eigene Initiative. Das ist radikaler und umfassender als die verbreitete, aber meist folgenlose Rhetorik gegen den Rechtsextremismus.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss lädt dazu ein, das Memorandum des Forums Menschenrechte aufzugreifen und für die Planungen zur Interkulturellen Woche 2008 zu nutzen.

Kaum ein Akteur hat bisher so präzise wie das Forum Menschenrechte auf den Punkt gebracht, wie sich gesellschaftliche Kräfte rassistischer Diskriminierung stellen können und müssen. Das Forum ist eine Aktionsplattform von fünfzig kleinen und großen, kirchlichen und säkularen Organisationen und Verbänden. Hier versammelt sich Zivilgesellschaft, um Aktionen für den Schutz der Menschenrechte in Deutschland und international durchzuführen und den völkerrechtlich verankerten Menschenrechtsnormen mehr Geltung zu verschaffen.

■ Kontakt: Johannes Brandstätter
Referat für migrationspolitische Grundsatzfragen beim Diakonischen Werk der EKD, Zentrum Familie – Integration – Bildung – Armut (FIBA)
Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin
Tel.: 030 / 83 001-346
brandstaeter@diakonie.de
www.diakonie.de
Johannes Brandstätter ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.



Das Memorandum kann von der Homepage des Forums Menschenrechte heruntergeladen werden oder bei der Geschäftsstelle bestellt werden:
Tel.: 030 / 42 02 17 71
kontakt@forum-menschenrechte.de
www.forum-menschenrechte.de

EVANGELISCHE KIRCHE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Petra Albert

■ Rechtsextremismus und die Verbreitung rechtsextremistischer Gedankengüter sind gewichtige Integrationshemmnisse. Manchmal ist das Erwachen auf kommunaler oder kirchlicher Ebene mit Ereignissen verbunden, welche es in die Schlagzeilen überregionaler Zeitungen schaffen. Aber es reicht auch, z.B. mit ausländischen Studierenden zu sprechen. Denn spätestens dann, wenn man erfährt, welche Stadtgebiete zum Beispiel in einer Universitätsstadt im mitteldeutschen Raum zu welcher Tageszeit als einigermaßen sicher gelten und wo man besser auch mitten am Tag überhaupt nicht hingehen sollte, spätestens dann, wenn man Menschen trifft, die einem von Gewalterfahrungen auf Grund ihrer Hautfarbe berichten, spätestens dann weiß man, dass rechtsextreme Gruppierungen in der Region Fuß gefasst haben. Oft sind rechtsextreme Strukturen zu diesem Zeitpunkt schon einigermaßen gefestigt. Das macht das Gegenhalten schwieriger.



Nein, die rechtsextremen Schlägertypen sind in aller Regel nicht Mitglied der evangelischen Kirche. Aber die Existenz rechtsextremen Gedankengutes bei Kirchenmitgliedern wird in repräsentativen Studien belegt. Kirchenmitglieder unterscheiden sich hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen nicht wesentlich vom Bevölkerungsdurchschnitt. Dies ist eine schlechte Nachricht. Denn obwohl von der Botschaft des Evangeliums, als

auch von den öffentlich vertretenen Positionen der Kirchen und von der kirchlichen Verkündigung eine andere Einstellung als im Bevölkerungsdurchschnitt, also eine weniger rechtsextreme, zu erwarten wäre, ist dies empirisch nicht der Fall. Nach den Erhebungen des Thüringen Monitors¹, in welchem regelmäßig die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen erhoben werden, betrifft

»Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen«

EINE NEUE HANDREICHUNG GIBT KIRCHENGEMEINDEN TIPPS ZUM UMGANG MIT RECHTSEXTREMISTISCHEN GRUPPEN.



■ Unter dem Titel »Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen« hat die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) eine Handreichung für Kirchengemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit herausgegeben.

In den Jahren 2008 und 2009 stehen in Brandenburg und Sachsen Kommunal- und Landtagswahlen an. Die Kirchenleitung der EKBO hat dies zum Anlass genommen, Kirchengemeinden zu einem verstärkten Engagement für die Demokratie aufzurufen.

Die Handreichung gibt konkrete Tipps und Hinweise zum Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus und klärt über rechtsextreme Organisationen, deren Musik- und Kleidungsstil auf. Sie erläutert die Strategien rechtsextremer Gruppen und warnt vor deren sozialen Engagement oder dem Missbrauch von Kriegerdenkmälern. Ferner zeigt die Broschüre Handlungsmöglichkeiten etwa zum Umgang mit rechtsextremistischen Störern in Gemeindeveranstaltungen auf. Beispiele gelungenen Engagements, wie das Projekt »BAFF – Bands auf festen Füßen« sollen die Kirchengemeinden zum Handeln ermutigen. Adressen von Initiativen und Projekten in Berlin und Brandenburg sowie Literaturhinweise runden die Broschüre ab.

■ Zu beziehen über den Beauftragten für Migration und Integration der EKBO
Georgenkirchstraße. 69, 10249 Berlin, Tel.: 030/2 43 44-533
m.schmidt@ekbo.de
Die Broschüre ist als pdf auf der Homepage www.ekbo.de erhältlich.

dies sogar ca. 20 Prozent der Bevölkerung. Das heißt, ungefähr jedes fünfte Kirchenmitglied hat rechtsextreme Einstellungen. Leider gibt es keinen Grund anzunehmen, dass diese Zahl z.B. in Sachsen-Anhalt oder anderswo wesentlich anders sein sollte.

Mehrere Evangelische Kirchen in den neuen Bundesländern stellen sich gegenwärtig diesem Thema und haben unter anderem mit Handreichungen und Materialien reagiert. Sie stellen dabei unmissverständlich klar, dass das Welt- und Menschenbild des Rechtsextremismus mit dem Bekenntnis der Kirche unvereinbar ist.

Dabei konnten sie auf die Erfahrungen mancher Pfarrerinnen, Pfarrer und Gemeindeglieder zurückgreifen, die schon seit Jahren für eine Stärkung von Vielfalt und Toleranz vor Ort aktiv sind. Die sozusagen seit langem auf der Ebene des Handelns angekommen sind. Agieren, statt nur zu reagieren. Und sie bewegen dabei viel, sowohl in der Kirchengemeinde, als auch in der Kommune. Und ganz nebenbei leistet die Evangelische Kirche mit ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus auch einen wichtigen Beitrag zur Integration. Denn Integration ist nicht nur eine Angelegenheit von Zugewanderten, Integration betrifft uns alle.

Lesenswert zum Thema auch: epd-Dokumentation, Nr. 35 »Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Und Kirche? – Zum gesellschaftlichen und kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus« vom 31.08.2007. Diese Dokumentation enthält Referate einer Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen vom 23. bis 25. März im Augustinerkloster zu Erfurt. Sie ist einsehbar unter der Homepage www.epd.de

■ Petra Albert ist Migrationsbeauftragte der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland
Tel.: 03 91 / 53 46 493
petra.albert@ekmd.de
www.ekmd-online.de

1 Edinger, Michael; Hallermann, Andreas; Schmitt, Karl: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. 1990 - 2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005, Jena 2005.

EUROPÄISCHES JAHR DES INTERKULTURELLEN DIALOGS 2008



■ Das Jahr 2008 wurde von der Europäischen Kommission mit Unterstützung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und aller Mitgliedsstaaten zum »Europäischen Jahr des Dialogs« erklärt.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.dialogue2008.eu.

Dort kann auch das Logo zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs heruntergeladen werden.

NÄCHSTENLIEBE VERLANGT KLARHEIT

■ Die Dekade zur Überwindung von Gewalt geht weiter – in diesem Jahr mit dem Thema Gewalt und Rechtsextremismus.

Rechtsextremismus steht für rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Intoleranz und Gewalt.

Nicht erst seit den Wahlerfolgen der NPD versuchen rechtsextreme Gruppierungen in Mitteldeutschland Fuß zu fassen. Ihre Strategie hat Erfolg und findet bis in die Mitte der Gesellschaft Resonanz. Die evangelische Kirche ist davon betroffen.

Die Kirche bekennt sich zum Evangelium der Gewaltlosigkeit, der Feindesliebe und Versöhnung. Deshalb muss sie jedem Versuch entgegenzutreten, Menschen einzuschüchtern, auszugrenzen, herabzuwürdigen und zu verletzen.



In der Mappe finden Sie

- eine theologische Grundlegung
- eine Analyse der gegenwärtigen Situation rechtsextremistischer Aktivitäten
- eine Handreichung, wie Kirchengemeinden mit rechtsextremen Vorfällen umgehen können
- den Vorschlag eines EKM-weiten Friedensgebetes am 8. Mai 2008
- Bausteine und Beispiele für die praktische Arbeit in Gemeinde und Unterricht
- Referenten- und Fortbildungsangebote
- eine kommentierte Materialsammlung

■ Herausgegeben vom Kirchenamt der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM), Projektstelle Kirche gegen Rechtsextremismus
Dr.-Moritz-Mitzenheimstr. 2a, 99817 Eisenach, Tel.: 0 36 91 / 678-113
kirchegegenrechts@ekmd.de
www.ekmd-online.de

»HINGUCKEN!« – EIN LANDESPROGRAMM SOLL DIE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Cornelia Habisch

■ Im Dezember 2006 startete die Landesregierung von Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit einer Aktionskonferenz in Bitterfeld die Kampagne »Hingucken! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt«. Diese Initiative ist das Herzstück eines Aktionsprogramms der Landesregierung gegen Rechtsextremismus, das die Landesregierung von Sachsen-Anhalt am 17. Oktober 2006 beschlossen hatte. Sie reagierte damit auf spektakuläre rechtsextremistische Vorfälle wie die Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank in Pretzien und die antisemitische Demütigung eines Schülers an einer Schule in Elbe-Parey. Inzwischen liegt ein ereignis- und arbeitsreiches Jahr hinter den Initiatoren.

ELEMENTE DER KAMPAGNE SIND:

■ Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Fach- und Kultur-Veranstaltungen sowie einen Strauß an Aktionsmaterialien, die für jeden Bürger zugänglich sind: Schnell zeigte sich, dass gerade die Aktionsmaterialien wie Buttons, Charity-Bänder, Broschüren, Plakate und Banner eine wichtige Unterstützung für die lokalen Bündnisse im Land darstellten. Sie wurden aus zahlreichen Orten im Kontext von Demonstrationen, Diskussionsabenden, Festen, Schulprojekttagen und Sportevents angefragt und gaben so in vielen Aktionen der Kampagne ihr Gesicht.

■ Fortbildung von Multiplikatoren aus Schule, Jugendarbeit, Vereinen, Kirche, Polizei und Justiz: Hier wurde das Spektrum der Zielgruppen deutlich erweitert, um über den Kreis der langjährig engagierten Gruppen hinauszukommen.

■ Unterstützung von Schulen im Rahmen des Projekts »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SOR SMC), das in Sachsen-Anhalt in die Kampagne des Landes integriert wurde: Anstatt das Rad der schulischen Projektarbeit neu zu erfinden, setzte die

Kampagnen-Koordination mit SOR SMC auf ein bewährtes und gut aufgestelltes Projekt. So konnten zahlreiche neue Schulen für diese Arbeit gewonnen und ein landesweites Schul-Netzwerk initiiert werden, das auf Dauer eine antirassistische Bildungsarbeit trägt.

■ Bildungsangebote zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt für die außerschulische Jugendarbeit: Neben der Verpflichtung aller staatlich geförderten Jugendverbände im Land, ihren Mitgliedern zum Thema Rechtsextremismus Informationen anzubieten, fanden im Rahmen der Kampagne zwei Jugendkongresse statt, in denen Engagement-Potentiale von Jugendlichen gestärkt werden sollten.

■ Unterstützung, Beratung und Vernetzung lokaler, zivilgesellschaftlicher Netzwerke: Durch die Installation des Internetportals www.sachsen-anhalt-guckt-hin.de und eines landesweiten E-Mail-Verteilers wurde eine gute Grundlage für den kurzfristigen Informationsaustausch im Land geschaffen. Beratung und Förderung vieler lokaler Projekte stärkten vorhandene Strukturen und regten Neugründungen an.

Aus Sicht der Initiatoren hat die Kampagne »Hingucken!« im ersten Jahr erste Erfolge erzielt, sowohl in der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Problemfeld Rechtsextremismus als auch im Aufzeigen von Handlungsstrategien für jeden Einzelnen wie auch für Institutionen und Verbände. Die Qualifizierung von Multiplikatoren konnte ausgeweitet und so ihre Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Informationen für Jugendliche über Hintergründe und Ziele des Rechtsextremismus, Grundlagen der Demokratie und ihrer Handlungs- und Gestaltungspotentiale für den Einzelnen, Möglichkeiten des friedlichen, toleranten Zusammenlebens von Deutschen und Migranten erreichten ihre Zielgruppe. Vor allem aber konnte durch Vernetzung, Beratung, Bereitstellung von Informationsmaterial und finanzielle Förderung die lokale zivilgesellschaftliche Arbeit in Sachsen-Anhalt gestärkt und angeregt werden.



**H!NE!N
GUCKEN!MISCHEN!**
FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND
TOLERANTES SACHSEN-ANHALT

Zu Beginn dieses Jahres wurde die Kampagne um das Modul »Einmischen!« erweitert. Mit diesem Handlungsansatz soll die Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt motiviert werden, demokratische Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen und zwar im doppelten Sinne des Wortes. Mit ähnlichen Bausteinen wie beim Thema Extremismus, nämlich Informationsangeboten für die Öffentlichkeit und Fortbildung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Stärkung der demokratischen Kompetenz, reagiert die Landesregierung auf die Ergebnisse des ersten Sachsen-Anhalt-Monitors, der besorgniserregende Ergebnisse in Bezug auf die Perspektive der Bürger auf das Handeln der politischen und staatlichen Institutionen ergab.

Der neue Slogan der Gesamt-Kampagne heißt nun »Hingucken und Einmischen!« – Ein Satz, der gut zu beiden Modulen passt und zum Nachdenken und Handeln aufruft.

■ Cornelia Habisch ist Geschäftsführerin des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt.

■ Kontakt: Landeszentrale für politische Bildung, Geschäftsstelle Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt
Schleiufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 56 76 459
cornelia.habisch@lpb.stk.lsa-net.de
netzwerk@lpb.lsa.sachsen-anhalt.de
www.lpb.sachsen-anhalt.de
www.sachsen-anhalt-guckt-hin.de

3-2-1 MUT!

DER VERBAND BINATIONALER FAMILIEN UND PARTNERSCHAFTEN IN LEIPZIG WILL MIT EINEM NEUEN PROJEKT EMPOWERMENTPROZESSE BEI JUGENDLICHEN MIGRANTEN UND IHREN ELTERN IN SACHSEN ANSCHIEBEN.

Siri Pahnke

»Unser Tag hier ist langweilig. Ich habe hier keine Freunde und Freundschaften, weil sie uns in der Schule nicht wollen, das merke ich. Ich gehe in die Mittelschule mit deutschen Kindern. Sie nennen uns ›Assikind‹ und solche Worte. Niemand redet mit mir ...« (Dragan, 15 Jahre, in RAA: Ich wünsche mir nichts. Ich wünsche mir alles. 1995)

»Ich war in der Schule, die Deutschen haben mich angespuckt (...) Niemand hat mich angeguckt. Ich war irgendwie, wie soll ich sagen? Ich war da, aber für die Leute war ich nicht da.« (Bran, 18 Jahre, in Claus Melter: Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe, 2006, S.148)

Rassismus ist Alltag in Ostdeutschland. In vernichtenden Blicken und Gesten, verbalen Beschimpfungen, Angriffen, Ausgrenzungen oder Ignoranz trifft er Menschen, die auf Grund ihres Aussehens als »Nicht-Deutsch« erkannt werden. Gerade Jugendliche mit noch nicht gefestigter sozialer Position und Identität leiden unter diesen tagtäglichen Erfahrungen und ihre Eltern haben so gut wie keine Chance, sie da-

vor zu schützen.

Gerade im Osten Deutschlands, mit geringem Ausländeranteil, schwach ausgeprägten Angebotsstrukturen und offensiv auftretenden rechtsextremen Gruppierungen sind Menschen mit Migrationshintergrund oft allein gelassen mit ihren spezifischen Problemen. Es fehlen die Räume des Austausches, der Selbststärkung und Sicherheit, das gilt für die Kinder wie für die Eltern. Für viele Familien ist der Umzug in den Westen des Landes die einzige gehbare Möglichkeit, um der problematischen Situation in Ostdeutschland zu entkommen.

Das Empowermentprojekt »3-2-1-Mut!«, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »Vielfalt tut gut«, stellt Jugendliche mit Rassismuserfahrungen und ihre Eltern in den Mittelpunkt seiner Arbeit. In drei aufeinander aufbauenden Workshops wird den Jugendlichen ein geschützter Raum geboten, um ihre Rassismuserfahrungen reflektieren zu können. In Gruppenprozessen sollen sie ermutigt werden, ihre eigenen Stärken und Ressourcen zu entdecken und anzuwenden.

Empowerment beschreibt mutmachende Prozesse der Selbstbemächtigung, in denen Menschen in Situationen des Mangels, der Benachteiligung oder der gesellschaftlichen Ausgrenzung beginnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. (Herriger: Empowerment in der Sozialen Arbeit, 2006, S.20)

Kern des Empowerment-Konzepts ist das Bestreben, die Handlungskompetenz der Jugendlichen zu fördern und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken. Sie sollen die Chance erhalten, die von außen an sie herangetragene und von ihnen verinnerlichte Rolle des Opfers abzulegen und selbst aktiv zu werden, um als Handelnde gestärkt aus dem Training herauszugehen. Die (wieder-) gewonnen Fähigkeiten, Interessen, Ideen und freundschaftlichen Beziehungen, die im Training aktiviert werden, können dann eigenständig und mit Unterstützung bestehender Angebote umgesetzt und ausprobiert werden. Die Jugendlichen, die sich nicht in eine Opferrolle drängen lassen oder darin verhaftet bleiben, eröffnen für sich neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und des sozialen Engagements. Sie können neue Themen in die Jugendarbeit einbringen, sich zu Wort melden, spezifische Angebote etablieren und werden nicht zuletzt selbst zu positiven Vorbildern für Jüngere.

Aber nicht nur die Jugendlichen, sondern auch deren Eltern sind oftmals mit der Lebenssituation und den Diskriminierungserfahrungen sowie der Reaktion ihrer Kinder überfordert. Daher sollen neben den Trainings mit den Jugendlichen auch Elternworkshops stattfinden, die nicht nur deren Erziehungskompetenz stärken, sondern die Eltern auch bei der Begleitung des Empowermentprozesses ihrer Kinder unterstützen.



© Thomas Pläßmann

Das Projekt orientiert sich Konzepten des Empowerments von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und wird an ostdeutsche Verhältnisse und somit die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen angepasst. Die zwei Trainerinnen- und Trainerteams sind interkulturell zusammengestellt und beschäftigen

sich derzeit intensiv mit der bedarfsorientierten konzeptionellen Entwicklung der Trainings.

Die Jugendtrainings sowie die begleitenden Elternkurse werden ab September 2008 in verschiedenen sächsischen Orten stattfinden.

■ Kontakt: Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V., 3-2-1-Mut! Empowermenttrainings für Jugendliche und Eltern, Projektleitung: Marcela Zuñiga Kurt-Eisner-Str. 40, 04275 Leipzig Tel.: 03 41 / 30 68 168 mut@verband-binationaler.de www.sachsen.verband-binationaler.de

IRREGULÄRE EINWANDERUNG: SIEBEN ANSTÖSSE, MIT DER REALITÄT UMZUGEHEN

Johannes Brandstätter

■ Wenn sich eine einzelne Person der Realität systematisch und auf Dauer verweigert, wird sie in unserer leistungsorientierten Gesellschaft ihre Ämter und Funktionen verlieren und schließlich beim Psychologen auf der Couch landen.

In der Migrationspolitik scheint es um den Umgang mit Realität anders bestellt zu sein. Im Namen der Sicherheit türmen Innenpolitiker und Behörden einen Wall von restriktiven Aufenthaltsparagrafen, Sanktionsandrohungen und teuren Überwachungsinstrumentarien auf, um uns vor unerwünschten Einwanderern zu »schützen«. Was nicht sein dürfte, geschieht aber trotzdem: Frauen und Männer ohne Aufenthaltspapiere leben zahlreich unter uns, sie arbeiten auf dem Bau, im Haushalt, im Restaurant, in der häuslichen Pflege. Sie erleiden Unfälle und Schicksalsschläge, und sie haben Kinder. Das ist die Realität. Es widerspricht dem Grundgedanken unserer staatlichen Ordnung, diese Menschen von den öffentlichen Diensten auszuschließen. In der Logik der Verwaltung wird jedoch genau dieses gefordert. Die Begründung der Verwaltung: schliesse man illegale Einwanderer und ihre Kinder nicht von Gesundheitsversorgung, Schulbesuch und Lohnanspruch für getane Arbeit aus, vergrößere man den Anreiz, die Gesetze weiter zu übertreten.

Diese Logik ist tatsächlich ein Fall für die Couch. Die Kommunen, die Kirchen und die sozialen Dienste dürfen nicht versuchen, die alltägliche Realität der irregulär Eingewanderten zu ignorieren. Das Arbeiten mit Menschen

ohne Papiere gehört zu den originären kirchlichen Aufgaben.

Die Kirchen verneinen damit nicht den staatlichen Anspruch, Kontrolle über die Einwanderung auszuüben. Dieser darf aber nicht zu einem Selbstzweck überhöht werden. Aus der Debatte in den Kirchen lassen sich die folgenden sieben Anstöße für einen wirklichkeitsnäheren Umgang mit den unter uns lebenden Frauen, Männern und Kindern ohne Aufenthaltspapiere heraus filtern:

1. Anstoß: Zugang zu menschenwürdiger Gesundheitsversorgung schaffen

Erkrankte ohne Papiere neigen dazu, aus Angst vor Statusaufdeckung nicht oder zu spät zum Arzt zu gehen. Sie können Leistungen, die sie theoretisch beanspruchen könnten, praktisch nicht wahrnehmen, weil sie eine Meldung an die Ausländerbehörde befürchten müssen. Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung sieht anders aus; sie gehört zu den staatlichen Grundaufgaben.

Solange für öffentliche Stellen die Übermittlungspflichten an die Ausländerbehörden fortbestehen, ist eine gesundheitliche Versorgung nur in Ansätzen möglich. Sie wird durch freiwillige Initiativen, Beratungsstellen und kirchliche Organisationen wie die Malteser Migrantenmedizin und andere geleistet. Kirchliche Krankenhäuser haben aufgrund ihres Auftrages eine besondere Aufgabe: sie können und sollten sich für die Behandlung von Frauen, Männern und Kindern ohne Papiere öffnen. Die Kirchen fordern eine Einschränkung der Meldepflicht, so dass der Zugang zu menschenwürdiger Gesundheitsversorgung tatsächlich gewährleistet ist.

2. Anstoß: Zugang zu Kindertagesstätten und Schulen ermöglichen

Jedes Kind hat den Anspruch auf ein Höchstmaß an Förderung und schulischer Bildung, unabhängig vom Status der Eltern. In der Praxis ist Söhnen und Töchtern von Eltern ohne Aufenthaltspapiere der Besuch dieser Einrichtungen verweigert, weil sie als öffentliche Stellen der Meldepflicht unterliegen.

Kirchliche Kindertagesstätten und Schulen sind allerdings keine öffentlichen Stellen in diesem Sinne. Sie können und sollten Kinder von Eltern ohne Aufenthaltspapiere aufnehmen. Wenn den Eltern die Kosten nicht in voller Höhe zuzumuten sind, können einzelne Christinnen und Christen Patenschaften übernehmen. Die Kirchen fordern von den Ländern eine Einschränkung der Meldepflichten, so dass alle Kinder Kindertagesstätten ohne Angst und Schulen ohne Schulgeld besuchen können.

3. Anstoß: Rechte am Arbeitsplatz wahrnehmen

Die gesellschaftliche Nachfrage nach illegalen Arbeitskräften und ihren Produkten und Dienstleistungen in der häuslichen Pflege, in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe ist hoch. Das ist die Realität. Wer ohne Papiere arbeitet, tut dies meist unter sehr harten Bedingungen und ist zudem erpressbar. Die Arbeit zu verlieren, würde die Existenz bedrohen.

Löhne müssen auch bei illegalen Arbeitsverhältnissen gezahlt werden. Sie müssen vor dem Arbeitsgericht einklagbar sein, ohne dass deshalb die Abschiebung befürchtet werden muss. Die Kirchen setzen sich für eine Verteidigung

gung elementarer Rechte am Arbeitsplatz ein, gleichzeitig sind sie aber auch für eine Bekämpfung der Schwarzarbeit. Besonderen Schutzes bedürfen die Opfer von Menschenhandel.

4. Anstoß: Notunterkunft gewähren

Personen ohne Papiere sind auch in ihrer Wohnsituation leicht erpressbar. In unmittelbaren Notfällen bedürfen sie der Hilfe z.B. durch vorübergehende Unterbringung, damit sie sich aus Abhängigkeitsverhältnissen befreien können. Kirchengemeinden stellen im Notfall Gästezimmer und Gästewohnungen zur Verfügung. Dort können Menschen zur Ruhe kommen, und gemeinsam kann dann nach Auswegen und Perspektiven gesucht werden. Für Familien und Frauen mit Kindern, vor allem neugeborenen Kindern, werden in besonderen Notfällen auch längerfristige Unterkünfte bereit gestellt. Wichtig sind Notübernachtungsmöglichkeiten in bestehenden niedrig schwelligen

Einrichtungen. Anonyme Abrechnungsmöglichkeiten und eine Finanzierung aus Landesmitteln werden gefordert.

5. Anstoß: Straffreie Rückkehr ins Herkunftsland ermöglichen

Wenn Menschen ohne Aufenthaltspapiere die freiwillige Ausreise und die Rückkehr in ihr Herkunftsland wünschen, sollte die Ausreise ohne strafrechtliche Verfolgung und ohne Ausweisungsverfügung ermöglicht werden. Die Ausländerbehörde sollte ihre Ermessensspielräume nutzen. Eine freiwillige Rückkehr ermöglicht den Zugang zu Rückkehrprogrammen. Es empfiehlt sich für diese Menschen, eine kirchliche Beratungsstelle aufzusuchen.

6. Anstoß: Legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen

Irregulärer Einwanderung ist durch verstärkte Grenzkontrollen, verschärfte Visabestimmungen, ausgeweitete In-

landskontrollen und Sanktionsandrohungen nicht beizukommen. Wer irreguläre Einwanderung und Beschäftigung verhindern oder verringern will, muss Möglichkeiten schaffen, den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften auf reguläre Weise zu decken, Schutzmaßnahmen für Flüchtlinge und Asylsuchende zu treffen und den Familiennachzug zu verbessern. Mehr Großzügigkeit würde auch Schleusern die Geschäftsgrundlage entziehen.

7. Anstoß: Rechtssicherheit für die berufsspezifische Hilfe zur Wahrnehmung sozialer Rechte (humanitäre Hilfe) schaffen

Tätigkeiten wie das Gewähren von Notunterkunft oder das Verschenken warmer Kleidung im Winter können keine Beihilfe zum illegalen Aufenthalt im strafrechtlichen Sinne sein. Humanitäre Hilfe, genauer: berufsspezifische Hilfe zur Wahrnehmung sozialer Rechte, muss straffrei gestellt werden. Hierzu bedarf es der Klarstellung durch den Gesetzgeber bzw. die Verwaltung.

So lange diese Klarheit nicht besteht, sind Kirchen und Hilfsorganisationen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht als Arbeitgeber gefragt. Das Diakonische Werk in Hessen und Nassau hat z.B. 2006 entschieden, seinen Mitarbeitenden arbeitsrechtlichen und strafrechtlichen Schutz zu gewähren.

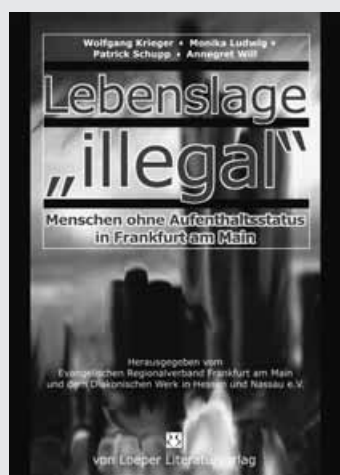
Materialhinweise:

■ »Zum Umgang mit Menschen ohne Aufenthaltspapiere«, Eine Orientierungshilfe des Kirchenamtes der EKD, EKD-Texte 85, September 2006
Zu bestellen für 0,75 Euro zzgl. Versandkosten
per Fax: 05 11/27 96-457 oder
per E-mail unter versand@ekd.de

■ Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität:
»Frauen, Männer und Kinder ohne Papiere in Deutschland – Ihr Recht auf Gesundheit«
Hrsg. »Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstraße 26-27, 10969 Berlin, November 2007. Kostenlos herunterzuladen unter www.institut-fuer-menschenrecht.de

■ Kontakt: Johannes Brandstätter
Referat für migrationspolitische Grundsatzfragen beim Diakonischen Werk der EKD, Zentrum Familie – Integration – Bildung – Armut (FIBA), Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin, Tel.: 030 / 83 001-346
brandstaeter@diakonie.de
www.diakonie.de
Johannes Brandstätter ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss.

LEBENSCLAGE »ILLEGAL« MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS IN FRANKFURT AM MAIN



Wolfgang Krieger, Monika Ludwig,
Patrick Schupp, Annegret Will:
Lebenslage »illegal«
Menschen ohne Aufenthaltsstatus
in Frankfurt am Main

Herausgegeben vom Evangelischen
Regionalverband Frankfurt/M. und
dem Diakonischen Werk in Hessen
und Nassau e.V.
256 S., kt., 19,90 Euro
Bestell-Nr.: 0-413
ISBN-10: 3-86059-413-3
ISBN-13: 978-3-86059-413-1

Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland spiegelt Frankfurt am Main mit seiner ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt den rasanten Wandel und die Veränderungen in der Bevölkerung wider. Menschen ohne Aufenthaltsstatus gehören dazu, sie sind mittlerweile fester Bestandteil der Gesellschaft.

Das vorliegende Buch beschreibt die Situation von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in der Mainmetropole. Es schildert Notlagen der Betroffenen, nennt aber auch Strategien der Lebensbewältigung.

Die Autorinnen und Autoren geben mit Auszügen aus Interviews, die sie mit statuslosen Menschen geführt haben, einen Einblick in deren Lebenswirklichkeit. Ihre Lebenssituation, die Motive, die sie zur Migration veranlasst haben, ihre Erfahrungen, Probleme und Perspektiven werden ausgewertet. Zugleich untersucht die Studie die Arbeit und Probleme der Hilfe- und Beratungseinrichtungen und Kontrollbehörden in Frankfurt am Main. Dabei wird unter anderem deutlich, dass die restriktive Rechtsauslegung nicht nur den Bewegungsradius so genannter Illegaler einschränkt, sondern auch die Arbeit der Beratungsstellen beeinträchtigt.

So entsteht aus neu gewonnenen empirischen Befunden und der Verknüpfung mit Ergebnissen anderer Studien ein umfassender Überblick. Außerdem geben die Verfasser praxisrelevante Empfehlungen zur Verbesserung der Hilfen für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und entwickeln schließlich Handlungsoptionen auf legislativer und politischer Ebene.

Kampagne: Achten statt ächten – Eine Initiative für benachteiligte Jugendliche

Sie sind auf Spielplätzen zu finden, wenn sie eigentlich in der Schule sein müssten. Sie sprechen eine Sprache, die viele Erwachsene nicht verstehen. Sie wissen nicht, wohin mit ihrer Energie, ihren Ideen, ihrer Kraft und ihren Träumen. Sie haben keine Lust auf die Schule und wollen doch vieles wissen. Sie finden keine Arbeit und möchten eine eigene Wohnung.

Es geht um Jugendliche, welche die Schule schwänzen, die keinen Abschluss machen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Die in Familien aufwachsen, in denen sich niemand dafür interessiert, ob sie gut in der Schule sind oder ob sie überhaupt in die Schule gehen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Jahr 2005 haben acht Prozent aller Schulabgänger die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen. Bei den Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit waren es sogar 17,5 Prozent. Im November 2007 waren mehr als 345.000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Rund 926.000 erwerbsfähige Menschen unter 25 Jahren haben von Leistungen nach SGB II gelebt.



Es gibt Jugendliche, die auf die Frage, was sie werden wollen, antworten: Ich werde Hartz IV. Und es gibt Jugendliche, die sich ihre Träume und ihre Hoffnungen nicht nehmen lassen. Die nicht aufhören, sich zu bewerben, obwohl ihre Chancen 1:1.000 stehen. Der Deutsche Caritasverband (DCV) setzt seine Befähigungsinitiative deshalb in diesem Jahr mit der Kampagne »Achten statt ächten. Eine Initiative für benachteiligte Jugendliche« fort.

»Die Stärke und die Kraft dieser Mädchen und Jungen verdienen es, anerkannt zu werden. Es gilt, ihre Fähigkeiten und Talente zu achten. Sie nicht dafür zu ächten, dass sie gesellschaftliche Konventionen nicht erfüllen. Sich nicht deswegen von ihnen abzuwenden, weil sie sich auf eine Weise kleiden, reden und verhalten, die viele Erwachsene irritiert und abschreckt,« so Prälat Dr. Peter Neher anlässlich der Eröffnung der Caritas-Kampagne 2008.

■ Informationen zur Kampagne finden Sie unter:
www.achten-statt-aechten.de

Wander-Ausstellung: »BallArbeit. Szenen aus Fußball und Migration«

Eine Spurensuche: Am Anfang steht der Ball, der Ball als Wanderer über den Kontinent. Seit der Entwicklung des modernen Fußballs spielen (Ein)-Wanderer hier tragende Rollen. Zur WM 2006 in Deutschland eine kulturelle Befragung des Fußballs: Sozialer und kultureller Wandel der Zeit werden im Fußball wie unter einem Brennglas sichtbar. Ein Kennzeichen dafür ist Migration: Von der UEFA Champions League bis zur F-Jugend bilden sich verschiedene Realitäten einer multikulturell geprägten Gesellschaft ab. Im Aktionsprogramm von Football Against Racism in Europe (FARE) präsentiert die Projektgruppe Flutlicht Anspielstationen und Streifzüge durch Fußball und Migration. Ausschnitte von Profifußballern als globale Nomaden zum Fußball als Feld für Integration: Was kann Fußball leisten? Die Ausstellung BallArbeit macht migrantisches Selbstorganisation sichtbar, stellt die Hintergründe einiger Profispieler vor. Wieso hat Marseille Zinedine Zidane so geprägt? Warum spielen beim belgischen Profiklub Beveren überwiegend Spieler von der Elfenbeinküste?

BallArbeit ist ein Versuch, das Zusammenspiel von Fußball und Migration erfahrbar zu machen. Gegen Rassismus und Diskriminierung.



BallArbeit gewann 2006 die Herbert-Wehner-Medaille von ver.di. Sie ist nach wie vor anzumieten. Ebenso stehen die Organisatoren für Workshops und Vorträge zu Integration im Fußball, aber auch zu Rassismus und Antisemitismus, Sexismus und Homophobie zur Verfügung.

Die Wander-Ausstellung wurde von der Projektgruppe Flutlicht und Football Against Racism in Europe (FARE) konzipiert.

■ Kontakt: www.flutlicht.org und www.gerd-dembowski.de
Gerd Dembowski: fefczak@web.de
Ronald Noack: ronbergkamp@web.de

Ausstellung: »Teilhaben – Teil werden!«

In der Ausstellung »Teilhaben – Teil werden!« kommen Persönlichkeiten, wie der weltweit bekannte Boxer Firat Arslan und der im deutschsprachigen Raum viel gelesene Schriftsteller Luigi Brogna, aber auch Menschen aus unserer Umgebung, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, zu Wort. Sie haben alle ihre kulturellen Wurzeln außerhalb Deutschlands und sie sind außerordentlich engagiert, sei es im Ehrenamt oder an ihrem Arbeitsplatz.



Die Ausstellung »Teilhaben – Teil werden!« ist als Wanderausstellung konzipiert.

Gebucht werden kann die kostenlose Ausstellung gegen Übernahme der Versandkosten bei der Integrationsbeauftragten der Stadt Göppingen:

Frau Dragica Horvat

Tel.: 0 71 61 / 650-182

oder DHorvat@goeppingen.de

Mit Offenheit und Spontaneität werden spannende Lebensgeschichten erzählt. Die Interviewpartner erläutern ihre Beweggründe für ihr Engagement. Sie geben uns Einblicke in ihre beiden Kulturen. Sie berichten über ihre Erfahrungen mit der neuen Heimat und benennen die Voraussetzungen für Integration und Teilhabe. Kombiniert mit Portraitaufnahmen des Fotografen Ciacinto Carlucci geben die Interviews ein spannendes und beeindruckendes Bild vom Engagement der Menschen mit interkulturellem Hintergrund.

Die Begleitbroschüre zur Ausstellung kostet 2,- Euro.

■ Mehr Infos unter www.goeppingen.de → Soziales, Ehrenamt, Sport → Ausländer → Teilhaben-Teil werden!

Kurzfilm: »Der Test« Eine amüsante Politsatire über Einbürgerungstests



Der Familienvater Levent Tekin muss einen Einbürgerungstest bestehen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Er ist gut vorbereitet, jedoch nervös. Bis zur letzten Minute im Warteraum, wo er einem Bekannten begegnet, übt er weiter. Letzte Tipps werden ausgetauscht. Den Test selbst muss er aber alleine machen.

Die Fragen des Films wurden aus wirklichen Einbürgerungstests entnommen. Wagen Sie nicht den Versuch, sie zu beantworten. Es besteht Ausbürgerungsgefahr!!!

Der bereits mehrfach ausgezeichnete Kurzfilm »Der Test« zeigt die Absurdität der Einbürgerungstests in humorvoller Weise. Er bietet dabei viele Details und Anspielungen auf die politischen und sozialen Umstände in Deutschland. Der Film ist als Diskussionsgrundlage hervorragend geeignet und zudem unterhaltsam.

Multilinguale DVD, Untertitel: Deutsch/Englisch/Französisch/Türkisch, Filmlänge: 13:45 Min., Regie: Güclü Yaman, Frankfurt am Main

■ Mehr Infos und Bestellung der DVD: www.der-test-kurzfilm.de

Enzyklopädie: Migration in Europa

Enzyklopädie Migration in Europa

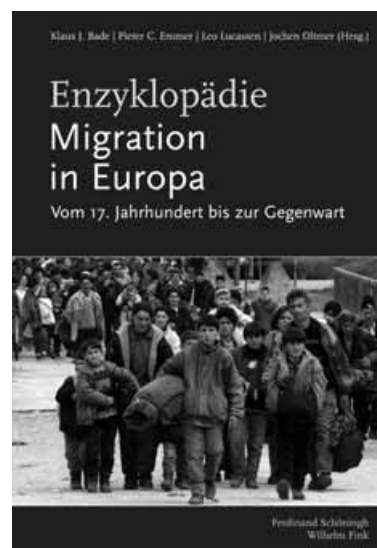
Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Migration und Integration prägen die europäische Geschichte seit ihren Anfängen. Heute stehen sie im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit.

Viele Europäer halten die aktuellen Herausforderungen für eine historische Ausnahmesituation. Wanderungsbewegungen, Integration und interkulturelle Begegnung aber waren seit jeher zentrale Elemente der europäischen Kulturgeschichte. Viele, die sich gegenwärtig über die Integration von Fremden sorgen, wissen nicht, dass sie selber Nachfahren von Zuwanderern sind. Die Vielfalt der Gruppen, die sich innerhalb Europas über die Grenzen staatlicher, kultureller und sozialer Räume bewegten oder von außerhalb nach Europa zuwanderten und dies weiter tun, ist nur wenigen bekannt. Dieser Mangel an historischem Bewusstsein in Sachen Migration und Integration hat Folgen für Politik und Gesellschaft.

Das verfügbare Wissen über Migration und Integration stellt die Enzyklopädie Migration in Europa übersichtlich, klar und kompetent bereit – von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart.

Herausgegeben von Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen und Jochen Oltmer, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn, 2008, ISBN 978-3-506-75632-9
Der Titel erscheint in Gemeinschaftsproduktion mit dem Wilhelm Fink Verlag.



Online-Quiz: »Dissen ist beschissen, Diversity ist in!«

Wovor schützt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz? Was bedeutet barrierefrei? Was tun Antidiskriminierungsbüros und wie viel Prozent der deutschen Bevölkerung sind laut Schätzungen lesbisch oder schwul?

Das Online-Quiz »Dissen ist beschissen, Diversity ist in!« stellt zehn wechselnde Fragen zu den Merkmalen Mann/Frau, lesbisch/schwul/bisexuell, Herkunft/Hautfarbe und Behinderung und gibt jeweils mehrere Antwortmöglichkeiten. Außerdem gibt es Fragen zu Diskriminierung, Diversity und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Entstanden ist das Quiz für Jugendliche im Rahmen der Interkulturellen Woche 2007 durch die Zusammenarbeit mehrerer Kölner Organisationen, die mit unterschiedlichen Zielgruppen zum Thema Diskriminierung arbeiten.

Hintergrund der Quiz-Initiative ist, dass Diskriminierung (»Dissen«) zwar Alltag von vielen Jugendlichen ist, sei es aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft, ihres Geschlechts, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Identität. Doch auch wenn die Mehrzahl der Jugendlichen »Dissen



voll krass« findet, sind Sprüche über die jeweils Anderen, »die Spastis, Schwuchteln oder Kanaken« an der Tagesordnung.

Häufig gibt es wenig Wissen über die, die anders sind als man selbst, und noch weniger über die eigenen Rechte und Handlungsmöglichkeiten bei Diskriminierung. Dies will das Quiz auf spielerische Weise ändern. Dass diese Wissens-erweiterung Spaß macht, zeigen die über 350 Jugendlichen und Erwachsenen, die bisher am Quiz teilgenommen haben.

Das Quiz ist online unter: www.quiz.vielfalt-statt-gewalt.de

■ Nähere Informationen zum Quiz:

- Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW, Almut Dietrich, Tel.: 02 21 / 27 66 999-55 kontakt@vielfalt-statt-gewalt.de
- AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., Banu Bambal, Tel.: 02 21 / 51 01 847, info@oegg.de

Film: »Next Generation – gib niemals auf«

Der Film »Next Generation« erzählt die Geschichte eines jungen Zuwanderers, der in einem sozial schwierigen Viertel aufwächst und seine Anerkennung bei einer Gang sucht. Sein großes Vorbild, ein talentierter Rapper aus der Nachbarschaft, versucht ihn aus den Machenschaften der Gang herauszuhalten, bis die Situation eines Tages eskaliert ...



»Next Generation« ist als Resultat prozessorientierter Spielfilmarbeit mit 12 Jugendlichen aus Aachen während der Sommerferien in der städtischen Jugendeinrichtung OT Talstraße zusammen mit dem Fachdienst für Integration und Migration des Regionalcaritasverbandes entstanden.

Kurzspielfilm, Deutschland 2006, Filmlänge 20 Min.

Regie: Emek Bozkurt und Michael Arnoneit

Darsteller: Jugendliche der OT Talstrasse, ab 12 Jahren

■ Mehr Infos: www.achten-statt-aechten.de/43431.asp

IG Metall und IG BCE veröffentlichen Materialien gegen Rechts – ZEIT ZU HANDELN!

Rechtsextreme präsentieren sich vielerorts als »Kämpfer für Arbeitsplätze« und als Vertreter der »Verlierer« unserer Gesellschaft. Gezielt treten sie insbesondere in ländlichen Regionen West- wie Ostdeutschlands als scheinbar »nette Nazis« in Erscheinung. Zur Entlarvung der Sozialdemagogie von NPD und Neonazis stehen jetzt neue Materialien von Gewerkschaften zur Verfügung.

Für die Arbeit von Multiplikatoren eignet sich insbesondere die DGB Broschüre »Trittbrettfahrer der sozialen Frage – Sozialdemagogie von NPD und Neonazis«, deren zweite Auflage als Nachdruck sowohl von der IG Metall als auch der IG Bergbau, Chemie und Energie für ihre Mitglieder herausgegeben wird. Sie vermittelt auf 44 Seiten Hintergrundwissen zu rechten Vorstellungen in Bezug auf Gewerkschaft, Sozialpolitik und Globalisierungskritik und gibt in einem großen Serviceteil Anregungen, wie Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften gegen Rechts aktiv werden können.

Die IG Metall hat darüber hinaus einen Flyer »Argumente gegen die soziale Demagogie von Rechtsextremen – Der braunen Propaganda entgegenzutreten« veröffentlicht. Er kann als Argumentationshilfe und zur Aufklärung in Betrieben sowie bei Veranstaltungen eingesetzt werden.

- Bestellungen IG Metall: über die Verwaltungsstellen der IG Metall oder für Ehrenamtliche über das Extranet
- Bestellungen IG BCE (Broschüre): Giovanni Pollice, Abt. Migration Tel.: 05 11 / 76 31-2 29, Giovanni.Pollice@igbce.de
- Die DGB Broschüre steht zum Download bereit unter: www.gelbehand.de/trittbrettfahrer



BESTELLUNGEN

Ihr Bestellungen richten Sie bitte schriftlich an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche /
Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Fax: 069 / 23 06 50
oder im Internet unter
www.interkulturellewoche.de

Hiermit bestelle ich:

Materialumschlag

..... Expl. des **Materialumschlags**
»Interkulturelle Woche/Woche der ausländischen Mitbürger 2008«

Inhalt: 1 Materialheft »Teihaben – Teil werden!«,
60 Seiten, DIN A4

1 Plakat DIN A3 »Teihaben – Teil werden!«,
Motiv »Gartenzwerge«

1 Materialheft zum Tag des Flüchtlings,
»Stoppt das Sterben! Menschenrechte achten –
Flüchtlinge schützen«, 48 Seiten, DIN A4

1 Plakat DIN A3 Tag des Flüchtlings,
»Stoppt das Sterben! Menschenrechte achten –
Flüchtlinge schützen«

Staffelpreise:

bis 9 Exemplare 4,60 Euro; ab 10 Exemplaren 3,60 Euro;
ab 50 Exemplaren 2,90 Euro

Kostenbeiträge für die neuen Bundesländer:

bis 9 Exemplare 2,60 Euro; ab 10 Exemplaren 2,30 Euro;
ab 50 Exemplaren 1,70 Euro

Plakate

..... Expl. des **Plakates DIN A3**
»Teihaben – Teil werden!«, Motiv »Gartenzwerge«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,40 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,30 Euro; ab 100 Exemplaren 0,20 Euro

..... Expl. des **Plakates DIN A2**
»Teihaben – Teil werden!«, Motiv »Gartenzwerge«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,80 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,50 Euro; ab 100 Exemplaren 0,40 Euro

Postkarten

(vierfarbig, siehe Titelbild und Umschlagrückseite
des Materialheftes)

..... Expl. **»Gartenzwerge«**

..... Expl. **»Schrift«**

..... Expl. **»Adler«**

..... Expl. **»Schuhe«**

..... Expl. **»S-Bahnnetz«**

Kostenbeitrag: 1 bis 49 Expl. 0,25 Euro; ab 50 Expl. 0,20 Euro

Alle Preise zuzüglich Versandkosten

Ich bitte um Lieferung an (bitte kein Postfach angeben):

☐ Privatadresse ☐ Adresse der Institution

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

.....
E-Mail


Datum, Unterschrift

 Bitte geben Sie, falls Sie tagsüber nicht erreichbar sind,
unbedingt eine Ersatzadresse an, bei der tagsüber Pakete
abgegeben werden können:

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

HERAUSGEBER:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche /
Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069/23 06 05, Fax: 069/23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

VORSTAND:

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen
Bischöfskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche
in Hessen und Nassau EKHN, Frankfurt/M.
Stellv. Vorsitzender: Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropolie, Bonn

WEITERE MITGLIEDER:

José Antonio Arzoz, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD, Berlin
Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
Dr. Doris Dickel, Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge
und Integration, Berlin
Dr. Ralf Geisler, Kirchenamt der EKD, Hannover
Katrin Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Peter Hünseler, Christlich-islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle CIBEDO,
Frankfurt/M.
Dr. Assion Lawson, Interkulturelles Büro, Stendal
Msgr. Wolfgang Miehle, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischöfs-
konferenz, Bonn
Karin Pergold, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
Klaus Pritzkeleit, Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen, Berlin
Volker Roßbach, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Nurhan Soykan, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Köln
Albrecht Steinhäuser, Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und
Landesregierung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Canan Topçu, Frankfurt/M.
Ioanna Zacharaki, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

REDAKTION: Günter Burkhardt, Friederike Ekl

TITELBILD: European School of Design, Frankfurt/M.

LAYOUT: Wolfgang Scheffler, Mainz

HERSTELLUNG: VARIO Medienproduktions GmbH

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss
herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
die Meinung der Autoren wieder.

**Als Termin für die Interkulturelle Woche 2008 wird
der 28. September – 4. Oktober 2008 empfohlen.**

**Freitag, der 3. Oktober 2008
ist der Tag des Flüchtlings.**

**Termine für die Interkulturelle Woche
2009 und 2010:**
2009: 27. September – 3. Oktober
2010: 26. September – 2. Oktober

WAS·WANN·WO?

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss ver-
öffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen
Woche auf der Homepage:

www.interkulturellewoche.de.

Dadurch wird die Breite des Engagements in der
Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie
uns Ihre Veranstaltungshinweise und Programme
im Sommer per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newslet-
ter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktu-
elle Entwicklungen informieren, Materialien und
gute Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen
den Newsletter kostenlos per E-Mail zu. Sie kön-
nen ihn in der entsprechenden Rubrik auf der
Website www.interkulturellewoche.de abon-
nieren.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl
von gelungenen Projekten und Veranstaltungen.
Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten
Newsletter, auf der Homepage und im Material-
heft 2008 vorstellen. Bitte senden Sie uns Berich-
te und Fotos über gute Projekte und Veranstaltun-
gen zu.

■ Bundesweite Auftakt- veranstaltung 2008

In Schwerin wird am Freitag, den 26. September
2008 um 17.00 Uhr in der Schelfkirche St.Nikolai
der ökumenische Gottesdienst zur bundesweiten
Eröffnung der Interkulturellen Woche stattfin-
den. Anschließend ist im Schweriner Schloss eine
Veranstaltung der Präsidentin des Landtags Meck-
lenburg-Vorpommern, der Stadt Schwerin und des
Ökumenischen Vorbereitungsausschusses geplant.

■ Terminhinweis

6. und 7. Februar 2009: Vorbereitungstagung zur
Interkulturellen Woche 2009 in Düsseldorf. Das
Programm wird Anfang Dezember auf der Home-
page www.interkulturellewoche.de abrufbar
sein.



Die Motive »Schrift«, »Adler«, »Schuhe«, »S-Bahnnetz« und »Gartenzwerg« (Titelbild) sind als Postkarte (vierfarbig) erhältlich. Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de